SPD

WIE WIR WIESBADEN GESTALTEN WOLLEN

PROGRAMM DER SPD WIESBADEN FÜR DIE KOMMUNALWAHL AM 14. MÄRZ 2021

ZUSAMMEN SIND WIR WIESBADEN.

Dr. HENDRIK SCHMEHL

FRAKTIONSIVORSITZENDER & SPITZENKANDIDAT

Vorwort

Liebe Wiesbadenerinnen und Wiesbadener!

Als SPD Wiesbaden konnten wir die Stadtpolitik auch in der letzten Wahlperiode maßgeblich mitgestalten. Wir sind stolz auf unsere Ergebnisse, die Wiesbaden an vielen Stellen noch besser gemacht und den Stadtgesellschaft gestärkt haben.

An erster Stelle steht der konsequente Ausbau der Kinderbetreuung mit über 1.000 zusätzlichen Plätzen – von der Krippe bis zur Grundschule. Das erleichtert Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ermöglicht den Kindern zusätzliche Bildungschancen und Teilhabmöglichkeiten. Gleichzeitig haben wir die KiTa-Beiträge gesenkt und die Betreuungszeiten vereinheitlicht.

Das soziale Netz der Stadt haben wir enger geknüpft: Zusätzliche Schulsozialarbeit, der Ausbau der Kinder-Eltern-Zentren und die Aufnahme von neuen Stadtteilen in das Bundesprogramm „Soziale Stadt". Um Kinder und Jugendliche zu unterstützen und der Kinderarmut zu begegnen, haben wir mit dem Handlungsprogramm „Jugend ermöglichen" und dem Maßnahmenpaket „Alle Chancen für" gute Antworten auf diese Herausforderung gegeben.

Wir haben das Thema Wohnen auf die Agenda gesetzt. Die hohen Mieten sind eine der zentralen sozialen Fragen unsere Zeit. Nun werden neue Baugebiete erschlossen und Möglichkeiten der Nachverdichtung stärker genutzt. Es gibt Quoten für den Anteil von Sozialwohnungen und Investoren müssen sich an den Kosten der sozialen Infrastruktur beteiligen. Mit der Mietpreisbremse für städtische Wohnungen versuchen wir der Verantwortung der Stadt für den Mietmarkt insgesamt nachzukommen.

Schulen stehen bei uns ganz vorne. Die Mittel für Sanierungen und Investitionen haben wir deutlich gesteigert. Mehr als 18 Schulbauprojekte haben wir angestoßen, darunter eine neue IGS und ein neues Gymnasium. Beim Abruf der Bundesmittel aus dem Digitalpakt ist Wiesbaden führend! Das ist wichtig, denn Schulen sollen Lernorte des 21. Jahrhunderts werden.

Sport, Vereinsleben und Bürgerengagement haben wir gestärkt. Die Sanierung und der Neubau von Bürgerhäusern, Vereinsstätten, Sportplätzen und Hallen deutlich vorangetrieben. Die städtischen Bäder werden weiter saniert und modernisiert, der neue Sportpark Rheinhöhe wird ein toller Ersatz für das Bad in der Mainzer Straße und die Eisbahn werden.

Die Kultureinrichtungen Wiesbadens konnten von unserer Unterstützung profitieren. Deutlich mehr Geld für Kleinkunst, freie und gemeinnützige Einrichtungen und Festivals, aber auch die Volkshochschule. In Zukunft gibt der Kulturentwicklungsplan Leitplanken für die Weiterentwicklung des kulturellen Lebens in der Stadt.

Das Dieselfahrverbot haben wir erfolgreich abwenden können, auch durch die Umstellung der ESWE-Flotte auf neue Antriebsformen. Den Radverkehr haben wir gestärkt und es wird zusätzlich in die Radinfrastruktur investiert. Dahinter steht auch der Gedanke und die Notwendigkeit, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Und das alles haben wir mit soliden Finanzen erreichen können: Durch vorrausschauende Planung, die den Aufbau einer erheblichen Rücklage ermöglicht hat. Diese erweist sich nun in der Corona-Pandemie als Segen, denn wir können die Leistungen für die Bürger:innen ohne Kürzungen aufrechterhalten.

Gewählt wird man aber nicht allein für die Leistungen der Vergangenheit – sondern für die Ideen für die Gestaltung der Zukunft. In diesem Sinne verstehen wir unser Wahlprogramm als Ideensammlung, wie wir als SPD unsere Heimatstadt in den nächsten fünf Jahren weiterentwickeln wollen – dabei wollen wir uns an den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen orientieren und unseren Beitrag für eine bessere Zukunft für nachkommende Generationen schaffen.

Damit unser **Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende, Sozialdezernent Christoph Manjura und Schul- und Kulturdezernent und Kämmer Axel Imholz** ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können, braucht es eine starke SPD im Wiesbadener Rathaus.

Dafür bitten wir Sie bei der Kommunalwahl am 14. März um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme.

Zusammen sind wir Wiesbaden!

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3

Corona 6

Wiesbaden ist... verantwortlich für Teilhabe- und Bildungschancen 7

Frühkindliche Bildung in Krippe und Kindertagesstätte 7

Schulische Bildung und Ganztagsschulen 8
Sozialindex an Schulen 8
Inklusive Bildung in KiTa und Schule 9
Übergang Schule – Beruf 9
Lernen im Erwachsenenalter 9

Wiesbaden ist... ein starkes soziales Netz 11

Wiesbaden für alle ermöglichen 11
Grundsicherung und Beschäftigungsförderung 12

Politik für ältere Menschen 13

Politik für Jugendliche 14

Wiesbaden ist... Gesundheitsstandort 15

Wiesbaden ist... bezahlbarer Wohnraum für alle! 16

Lebenswerte Großsiedlungen 16

Wiesbaden ist... aktive Stadtentwicklung 18

Wachstum steuern und Wiesbaden sozial und nachhaltig gestalten 18
Der Elsässer Platz als Chance für die westliche Innenstadt 18
Platz der Deutschen Einheit/Faulbrunnenplatz 18
Wohnen und Arbeiten neu denken 18
Kastel Housing 19

Ostfeld 19

Ein Stadtteil zum Wohnen 19
Für eine sozial gerechte Bodenentwicklung in Wiesbaden 19
Ein Stadtteil zum Arbeiten und der kurzen Wege 19
Ein ökologischer Stadtteil 19
Ein gesunder Stadtteil 20
Ein mobiler Stadtteil 20

Stadtentwicklung zum Wohle der Stadt – Investoren Regeln geben 20

Aktive Bodenpolitik für Wiesbaden 20
Wiesbaden als Teil der Rhein-Main-Region 21

Wiesbaden ist... mehr Mobilität für alle! 22

Dieselfahrverbot vermeiden 22
Starker öffentlicher Nahverkehr als Rückgrat 22
Wiesbaden ist... auch Fahrradstadt 23
Parken und Lieferverkehr 23
Klimaschutz im Verkehrsbereich 24
Mehr Sicherheit für alle 24
Carsharing-Angebote ausbauen 24
Mehr Experimente wagen 24
Keine Citybahn – und dennoch mehr Schienenverkehr 25
Besser und sicherer unterwegs 25

Wiesbaden ist... aktiver Klimaschutz vor Ort 27

Effizienzsteigerung beim Klimaschutz 27
Energieeinsparung bei Wärme- und Strombedarf 27
Nachhaltige Energieerzeugung 28
Folgen des Klimawandels vor Ort 28

Wiesbaden ist... Umwelt- und Naturschutz 30

Für mehr Grünflächen und Sanierung des Stadtwaldes 30
Für mehr Artenvielfalt 30
Für mehr nachhaltige Landwirtschaft 31
Erhalt der Streuobstwiesen als Kulturlandschaft 31
Starkregen- und Hochwasserschutz 31
Für eine bessere Wasserqualität – 4. Klärstufe 32

Wiesbaden ist... mehr Sauberkeit und Müllvermeidung 33

Wiesbaden ist... eine Stadt für Freizeit und Sport 34

Schwimmbäder und Eissport 34
Investitionen in die Sport-Infrastruktur 34
Vereinssport 34
Sport ist Stadtmarketing 35
Neroberg als Hausberg Wiesbadens 35
Wiesbaden und seine Feste 35
Für Zentren abseits des Zentrums – Bürgerhäuser 36
Freizeitflächen für Jung und Alt 36

Wiesbaden ist... gute Schulpolitik 38

Für mehr Bildungsgerechtigkeit 38
Für mehr Nachmittagsbetreuung 38
Für mehr Inklusion 38
Für mehr sanierte Schulen 38
Instandhaltungen durch die Eltern gehören der Vergangenheit an 39
Digitalisierung – Schulen des 21. Jahrhunderts 39
Für gute Planung und mehr Innovationen 40

Wiesbaden ist... Hochschulstandort 40

Wiesbaden ist... eine lebendige Kulturszene und Städtepartnerschaften 42

Volkshochschule 42
Musik- und Kunstschule Wiesbaden 42
Kulturentwicklungsplan umsetzen 42
Konkret wollen wir: 42
Kulturbeirat als Stimme der Kulturschaffenden 43
Kulturelle Nutzung der Walhalla 43
Kulturelle Arbeit der Kreativfabrik dauerhaft sichern 43
Stadtgeschichte und Brauchtum 43
Staatstheater 43

Städtepartnerschaften 44

Wiesbaden ist... Heimat für uns alle! 45

Wiesbaden ist... Arbeitsplatz und Wirtschaftsstandort 46

Mehr als nur Gewerbesteuer 46
Eine vielfältige und starke Wirtschaft 46
Für sichere Arbeitsplätze 46
Gründerszene unterstützen 46
Flächen für die Wirtschaft 47
Zukunftsfähige Verwaltung 47
Attraktives Einkaufen 47
Tourismus und Veranstaltungsstandort 47
Die Nach-Corona-Zeit vorbereiten 47

Wiesbaden ist... eine lebendigere Innenstadt 49

Erhalt der historischen Bausubstanz 49
Die Innenstadt als Ort des öffentlichen Lebens 49
Die Innenstadt als Ort der Kultur. 49

Stabilisierung und Ausbau des Wohnorts Innenstadt 49
Stärkung der Innenstadt als Einzelhandelsstandort 50
Mehr Aufenthaltsqualität in der Fußgängerzone 50
Wiesbadens Plätze 50

Wiesbaden ist... aktive Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement und Ehrenamt 52

Ausweitung des Wahlrechts 52
Ein starkes Ehrenamt 52

Wiesbaden ist... selbstverständlich Frauen- und Gleichstellungspolitik 53

Frauen an die Spitze 53
Politische Beteiligung für Frauen erleichtern 53
Entgeltgleichheit von Frauen und Männern 53
Hilfen bei häuslicher Gewalt 53
Gestaltung des öffentlichen Raums 53
Frauenförderung 54
Kostenfreie Hygieneartikel in öffentlichen Toiletten 54
Für ein regenbogenbuntes Wiesbaden 54

Wiesbaden ist... klare Haltung gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 55

Mit politischer Bildung für eine starke Demokratie 55
Klare Kante gegen rechtsextremistische Parteien und Gruppierungen 55

Wiesbaden ist... der Einsatz für Sicherheit und Rettungskräfte 56

Gefühlte und gemessene Sicherheit 56
Waffenverbotszone 56
Trinkergruppen 56
Stadtpolizei und kommunaler Verkehrspolizei 57
Rechtsextreme Strukturen in Sicherheitsbehörden 57
Rettungskräfte bestmöglich unterstützen 57

Wiesbaden ist... kritisch im Umgang mit städtischen Beteiligungen 58

Kontrolle städtischer Beteiligungen 58
Weniger ist mehr: Zahl und Struktur der städtischen Gesellschaften 58
Für mehr Transparenz bei Gehaltsstrukturen und Vertragsgestaltung 58
Stärkung der Tarifgemeinschaft 58

Wiesbaden ist... solide Finanzen und städtischer Haushalt 59

Solide Finanzpolitik 59
Bund und Land in der Verantwortung 59
Wer bestellt, der bezahlt! 59
Gewerbesteuereinnahmen 59
Auskömmliche Gebühren 59

Wiesbaden ist... eine Stadtverwaltung auf dem Weg zur Digitalisierung 60

Demografischer Wandel in der Stadtverwaltung 60
Führungskompetenz ist keine Frage des Geschlechts oder der Herkunft 60
Stadt 4.0 – Digitalisierung der Verwaltung 60

Wiesbaden ist... ein anderes Selbstverständnis der Stadtpolitik 62

Transparenz über Mandate 62
Ehrenkodex für Mandatsträger:innen 62

Wiesbaden ist mehr als die Innenstadt 63

Mobilität für alle 63
Kultur vor Ort und Vereinsleben 63
Wohnen 63
Daseinsvorsorge und kommunale Infrastruktur 63

Corona

Die Corona-Pandemie hat die ganze Welt erfasst. Die Be- und Überlastung unseres Gesundheitssystems und der Tod vieler Menschen sind unmittelbare, furchtbare Folgen – auch für Wiesbaden. Durch Schutzmaßnahmen, Kontaktverbote und Einschränkungen sind alle Menschen von der Pandemie direkt betroffen – ein beispielloses Ausmaß einer Krankheit. Das gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Leben wird davon schwer getroffen. Wir alle leiden unter der Einschränkung sozialer Kontakte. Auch die finanziellen und organisatorischen Belastungen, gerade für Familien, sind enorm. Uns fehlen die sonst so selbstverständlichen Anlässe des gesellschaftlichen, kulturellen, freizeitlichen oder sportlichen Miteinanders.

Die Corona-Pandemie verstärkt aber auch die bereits bestehenden sozialen Ungleichheiten. Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien sind durch Maßnahmen wie Homeschooling, eingeschränkten Zugang zu Kindertagesstätten, Jugendzentren etc. besonders betroffen, da die Einschränkungen häufig nicht durch die Familie kompensiert werden können. Bestehende Unterschiede in der Bildungsteilhabe werden sich verstärken.

Aber auch Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere in Gastronomie und Kultur, sind durch die Corona-Pandemie finanziell besonders betroffen. Viele sind in Kurzarbeit, haben ihren Arbeitsplatz verloren oder stehen als Selbständige vor dem Aus.

In Familien sind es meistens die Frauen, die neben ihrer Berufstätigkeit die Hauptlast von Homeschooling und Kinderbetreuung tragen und somit in ein traditionelles Rollenmuster zurückfallen.

Die allermeisten Maßnahmen im Zuge Linderung der Pandemie und von deren Folgen sind bundes- und landespolitischer Natur. Gleichwohl kommt auch auf die Städte und Gemeinden eine Vielzahl an Aufgaben zu, die wir auch in Wiesbaden zu bewältigen haben:

- Wir lassen kein Kind zurück. Wiesbaden braucht ein starkes soziales Netz und gute Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Gerade die dezentrale, soziale Infrastruktur in unseren Stadtteilen – bestehend aus Gemeinwesenarbeit, Kinder-, Jugend und Stadtteilzentren, Kinder-Eltern-Zentren und weiteren – hat sich in der Pandemie als unverzichtbar für unsere Stadt bewährt; ältere Menschen sowie Familien wurden unterstützt und Kindern geholfen. Die Kinderbetreuung bleibt ein wichtiger Ort der frühkindlichen Bildung, der die Chancen auf Teilhabe erhöht. Diese gilt es weiter zu stärken und, um die sozialen Folgen der Pandemie abzufedern, auszubauen.
- Die Pandemie hat gezeigt, dass das, was über Jahre und Jahrzehnte nicht erledigt wurde, nicht innerhalb von sechs Monaten aufgeholt werden kann. Umso mehr müssen wir als Schulträger den Digitalpakt ergänzen: Wir werden daher auf eine massive Aufstockung der Mittel für den Medienentwicklungsplan drängen und die Strukturen im Support ausbauen.
- Die Pandemie ist mehr als ein Stresstest für die Innenstädte, die gegen den Onlinehandel um Umsatz und Attraktivität kämpfen. Es bleibt abzuwarten, wie viele Geschäfte im Nachgang zur Krise weiterbestehen können. Als Stadt brauchen wir Konzepte, wie wir unsere Innenstadt stärken können und als gemeinsames Zentrum und belebten Ort erhalten.
- Kultureinrichtungen leiden besonders unter den Folgen der Pandemie und Schließung der Häuser. Es geht weiterhin darum, soviel Kultur wie möglich zu erhalten und über die schwierige Phase zu unterstützen, die selbst bei Lockerungen noch bevorsteht. Von einem Regelbetrieb werden wir noch länger weit entfernt sein, mit allen Folgen für Nutzerzahlen und die Finanzierung der Einrichtungen. Leitplanken für die Maßnahmen in Wiesbaden ist dabei der Corona-Exkurs der im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung erstellt wurde.
- Die Gestaltung der Arbeit müssen auch Stadt und stadtnahe Gesellschaften neu denken. Die Pandemie wird zu einem erhöhten Anteil an Home-Office führen – sofern die Kolleg:innen sich das wünschen. Dafür gilt es, die notwendige Infrastruktur und Leitplanken bereitzustellen – angefangen bei mobilen Endgeräten bis hin zu einer ausreichenden Zahl an Onlinezugängen. Für uns ist aber auch klar: die Stadtverwaltung muss für die Bürger:innen immer auch persönlich erreichbar und ansprechbar sein.

Für den städtischen Haushalt gilt: Keine chaotische Finanzpolitik. Wer jetzt Leistungen kürzt, Projekte verschiebt und Instandhaltungen aufschiebt, der verschärft die Krise: für die Menschen, für die Wirtschaft, für unser Gemeinwesen. Eine Kürzung bei Investitionen und Instandhaltungen ist Gift für die wirtschaftliche Erholung und die öffentliche Infrastruktur verliert noch mehr an Substanz. Gerade das soziale und kulturelle Netz aus kommunalen Einrichtungen, Einrichtungen der freien Träger der Wohlfahrtspflege und ehrenamtlichen Personen und gemeinnützigen Initiativen und Vereinen würde dauerhaft Schaden nehmen. Was einmal weg ist – das lässt sich nicht ohne weiteres in finanziell besseren Zeiten zurückholen. Gemeinnütziges Engagement lässt sich nicht nach Kassenlage reduzieren und wieder erhöhen. Gerade die dort tätigen Menschen brauchen Planungssicherheit und politische Verlässlichkeit. Dafür stehen wir als SPD Wiesbaden – auch in den kommenden Jahren!

Wiesbaden ist… verantwortlich für Teilhabe- und Bildungschancen

Gute Bildung ist der Schlüssel für die Persönlichkeitsentwicklung, eine eigenständige Lebensgestaltung und gesellschaftliche Teilhabe. Mittels Bildung soll das Postulat der Chancengleichheit umgesetzt, der Grundstein für den sozialen Aufstieg gelegt werden.

Die Gesellschaft, in der wir leben, ist hochkomplex. Die Veränderungen, denen die Menschen aufgrund der rasanten technischen Entwicklung unterworfen sind, erfordern ständige Anpassungen an die Herausforderungen in Arbeit und Gesellschaft. Insbesondere die sich durch alle Lebensbereiche ziehende Digitalisierung verlangt von den Menschen Bereitschaft und Fähigkeit, immer wieder Neues zu lernen, um so den Anforderungen gewachsen zu sein. Der in jungen Jahren erlernte und ausgeübte Beruf mag weiterhin existieren, jedoch braucht es regelmäßiger Fortbildungen, um auf dem Stand der Entwicklung zu bleiben. Manche Berufsbilder verschwinden ganz oder Maschinen/Computer/Roboter übernehmen bestimmte Tätigkeiten – sie sind im Zweifel billiger und weniger anfällig als menschliche Arbeitskraft. Wollen die dadurch „freigesetzten" Arbeitskräfte weiterhin durch Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt verdienen, bleibt ihnen oft kein anderer Weg als umzuschulen.

Die Entwicklung hin zu sich weiter verstärkender Automatisierung löst Angst und Unsicherheit aus: Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, Angst davor, sich beruflich noch einmal komplett neu orientieren zu müssen, aber auch die Befürchtung, nicht mehr mithalten zu können in der Arbeitswelt und Gesellschaft.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich allenthalben die Erkenntnis durchgesetzt, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit einerseits und die soziale Teilhabe des Einzelnen andererseits nur gesichert werden können, wenn die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Verwaltung Hand in Hand gehen mit der Bereitschaft der Menschen, sich neues Wissen anzueignen. Daraus erwächst die Maxime des lebensbegleitenden Lernens und führt zur Idee der Bildungsbiografie. Für die Rahmenbedingungen, in denen sich dieser Prozess vollzieht, und wie sozialverträglich er letztendlich gestaltet wird, sind vor allem die Bundes- und Landesebene mit ihrer gesetzgeberischen Zuständigkeit sowie die Tarifpartner gefragt.

Gleichzeitig rückt die Kommune als zentraler Akteur verstärkt in den Blick. Denn Lernen und Bildung erfolgen vor Ort, in den Städten und Landkreisen.

Nicht zuletzt aus dieser Logik heraus gehört die Bereitstellung von Strukturen, die geglückte Bildungsbiografien unabhängig vom Geldbeutel ermöglichen, zum Auftrag der kommunalen Daseinsvorsorge. Je nach Bildungsphase unterscheiden sich die konkreten Aufgabenstellungen der Kommune. Übergreifend für alle Bildungsphasen geht es darum, gleiche Bildungschancen und damit Chancengerechtigkeit zu ermöglichen.

Frühkindliche Bildung in Krippe und Kindertagesstätte

Die frühkindliche Bildung ist die erste Etappe im Prozess des lebenslangen Lernens und sie legt den Grundstein für den weiteren Bildungserfolg unserer Kinder. Zwar setzen auch hier bundesgesetzliche Regelungen (z.B. einklagbares Recht auf einen KiTa-Platz) sowie Tarifverträge (mit denen beispielsweise die Eingruppierung für Erzieher:innen festgelegt werden) den Handlungsrahmen. Doch Ausgestaltung und Qualität von Kindertagespflege liegen weitestgehend in der Hand der Kommune (wenn auch in Abhängigkeit ihrer Finanzkraft), ebenso die Gestaltung der Zugänge. Seit vielen Jahren setzt das sozialdemokratisch geführte Sozialdezernat auf qualifizierte und bildungsorientierte Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und bei der Tagespflege (bei der eine Tagesmutter oder ein Tagesvater eine bestimmte Anzahl von Kindern betreut). Unser vordringliches Ziel für die kommenden fünf Jahre ist es deshalb,

- die vorhandenen Plätze weiter auszubauen, um die von den städtischen Gremien beschlossenen Versorgungsquoten von 48 Prozent im Krippenbereich und 90 Prozent im KiTa-Bereich zu erreichen. Insbesondere ist hierbei darauf zu achten, dass die aktuelle Versorgungslage stadtweit große Unterschiede aufweist – in 17 von 26 Ortsbezirken ist die Versorgungslage mit Krippenplätzen als kritisch einzustufen (im Bereich von drei bis sechs Jahren sind es zehn Ortsbezirke). Hier wollen wir mittelfristig für ausgeglichene Verhältnisse sorgen, an erster Stelle steht für uns die zeitnahe Versorgung mit KiTa-Plätzen in benachteiligten Stadtvierteln
- dabei die Qualität der Betreuung (Personalschlüssel, erforderliche Qualifikation, stetige Fortentwicklung der pädagogischen Konzepte) aufrechtzuerhalten bzw. weiter zu erhöhen (z.B. durch die Verstetigung der Sprachberater:innen aus dem Bundesprogramm SprachKiTa)
- die Platzvergabe möglichst niedrigschwellig zu organisieren, um allen Familien gleiche Chancen auf einen wohnortnahen Betreuungsplatz für ihr Kind zu geben
- die Verbesserung der Nutzungsfreundlichkeit WIKITA
- uns auf Landesebene dafür einzusetzen, dass Angebote im frühkindlichen Bereich Bildung sind und deshalb auf Dauer kostenfrei sein sollten.

Um in Zeiten des Fachkräftemangels qualifiziertes und engagiertes Personal zu binden und neue Mitarbeiter:innen zu gewinnen, stehen wir für die Fortsetzung der städtisch geförderten Programme zur Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher, entweder mit der ‚Praxisintegrierte vergütete Ausbildung' (PivA) oder mit der praxisintegrierten Ausbildung für Quereinsteigende.

Mit all diesen Maßnahmen trägt die Stadt dazu bei, dass die Kinder in Krippe und KiTa Betreuung, Zuwendung und Förderung erfahren, und zwar inklusiv, in allen Stadtteilen, ungeachtet der Ressourcen des Elternhauses. Je besser dies gelingt, und umso mehr Familien mit diesem Angebot erreicht werden, desto besser sind die Voraussetzungen für einen gelungenen Schulstart.

Mit den Corona-bedingten Schließungen von Krippen, KiTas und Schulen im März 2020 erhöhte sich schlagartig das gesellschaftliche Be-

wusstsein darüber, wie wichtig diese Bildungsinstitutionen sind. Und zwar nicht in erster Linie, weil sie berufstätigen oder in Ausbildung befindlichen Eltern die Kinderbetreuung während der Arbeitszeit abnehmen, sondern in ihrer Bedeutung für die soziale Entwicklung der Kinder sowie für das Erlernen grundlegender Kompetenzen, die sie in Schule und im Leben dringend brauchen – und damit für ihre Bildungsbiografie und den möglichst gelungenen Einstieg ins lebensbegleitende Lernen.

Schulische Bildung und Ganztagsschulen

Niemand hat die durch das Corona-Virus ausgelöste Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung mit z.T. verheerenden Folgen gewollt. Unverzeihlich aber wäre es, die Lehren, insbesondere aus dem Schließen der KiTas und Schulen während des Lockdowns im Frühjahr und Winter 2020, nicht zu nutzen, um unser Bildungssystem gerechter zu machen.

Zu diesen Lehren gehört die Erkenntnis, wie wichtig die Schulen sind, um die unterschiedlichen Rahmenbedingungen im Elternhaus für das Lernen möglichst umfassend auszugleichen!

Die Schließung, aber auch der mit vielen Beeinträchtigungen laufende Schulbetrieb nach der Sommerpause, hat drastisch vor Augen geführt, dass die Elternhäuser ihren Kindern extrem unterschiedliche Ausgangsbedingungen für das Lernen bieten. Diese Feststellung bezieht sich auf

- räumliche Situation (kein ruhiger Platz zum Lernen in einer zu kleinen Wohnung, z.B. am Küchentisch, anstatt ein eigenes Zimmer)
- Ausstattung mit Technik/digitaler Infrastruktur (eigenes Notebook/Tablet/Smartphone versus max. steht dem Kind ein Handy zur Verfügung, um am digital gestützten Fernunterricht teilzunehmen). Auch die Möglichkeit der Datenübertragung ist z.T. stark eingeschränkt (kein LAN oder W-LAN in der Wohnung)
- Unterstützung und Kontrolle beim Lernen und den Hausaufgaben durch eine erwachsene Person im Haushalt.

Wir wollen deshalb Schulen zu einem Ort machen, an dem sich die Kinder gerne aufhalten und gut lernen und leben können. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Sicht auf Schule stark verändert. Familien erwarten vom Staat ein Angebot, das gleichermaßen die Berufstätigkeit beider Elternteile ermöglicht sowie bestmögliche Bildung der nachwachsenden Generation sicherstellt. Wir Sozialdemokraten ergänzen an dieser Stelle: bestmögliche Bildung aller Kinder und Jugendlichen, ungeachtet des Einkommens oder der Bildungsabschlüsse der Eltern. Ein weiterer Aspekt ist aus unserer Sicht entscheidend: Die Kinder und Jugendlichen sollen sich in diesen Bildungsinstitutionen wohlfühlen, denn sie verbringen mehr und mehr Zeit in der Schule.

Deshalb fordern wir:

- eine Schule, die den Werten der Inklusion und Chancengleichheit gerecht wird und längeres gemeinsames Lernen ermöglicht, also über Klasse 4 hinaus. Gerne würden wir uns hierfür an Beispielen aus Berlin oder Hamburg orientieren und als Partner des Landes daran mitwirken, dem Ziel gleicher Bildungschancen auch bei der schulischen Bildung näherzukommen.
- Ganztagsschulen, denn sie bieten mehr Zeit zum Lernen und Fördern. Sie helfen dabei, für alle Schüler:innen gleiche Chancen zu schaffen und die Familien zu entlasten. Deshalb setzen wir alles daran, gemeinsam mit dem Land, den auf Bundesebene vereinbarten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen umsetzen zu können. Entscheidend aus unserer Sicht ist dabei, dem Anspruch nicht allein in formaler Hinsicht Rechnung zu tragen – vielmehr muss es darum gehen, über diesen Weg mehr Bildung, Förderung und Inklusion für Grundschulkinder zu erreichen und damit die unterschiedlichen Voraussetzungen des Elternhauses auszugleichen. Die bereits erfolgten Vorarbeiten auf kommunaler Seite sollen weitergeführt werden. Sollte sich abzeichnen, dass das Land hier über die inhaltlichen und finanziellen Ansätze aus „Pakt für den Nachmittag" bzw. „Pakt für den Ganztag" nicht hinauskommt, fordern wir hierfür verstärkt kommunale Mittel einzusetzen, um die Qualität zu sichern. Wir fordern das Land auf, echte Ganztagsschulen zu schaffen und zumindest entsprechende Programme bis 15.30 Uhr über den für 2025 avisierten Rechtsanspruch zu finanzieren.
- eine Schule, die den Bedürfnissen der jungen Menschen Rechnung trägt: Denn wie im sonstigen Leben wünschen sich Kinder und Jugendliche von der Schule, dort sicher und geborgen zu sein sowie nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Wie wichtig es ist, an bestimmten Rahmenbedingungen mitwirken zu können, hat sich auch während Corona gezeigt: Schüler:innen, egal welcher Altersstufe, fühlten sich massiv übergangen und nicht ernst genommen in ihren Bedürfnissen. Damit Schule zu einem Lebensort wird, braucht es auch: gute Mensen für Frühstück und ein warmes Mittagessen, Platz zum Toben, Räume zum Zurückziehen. Ansprechpartner:innen bei Problemen Zuhause oder mit dem Unterrichtsstoff oder den Mitschüler:innen. Nicht zuletzt braucht es saubere Schultoiletten

Sozialindex an Schulen

Die Anforderungen an Schulen hängen stark mit der Zusammensetzung ihrer Schüler:innenschaft zusammen und damit mit den Stadtvierteln, in denen sie liegen. Wir wollen die besten Schulen dort, wo die Herausforderungen am größten sind. Entsprechend dem Grundsatz „Ungleiches ungleich behandeln", setzen wir uns für die Einführung eines kommunalen Sozialindex ein. Hierbei sollen kommunale Mittel so verteilt werden, dass Schulen in benachteiligten Gebieten stärker profitieren als solche in Stadtteilen ohne besondere Herausforderungen. Ziel ist es, die begrenzten Ressourcen differenzierter und zielgenauer einzusetzen, um mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu erreichen. Wir wollen, dass diejenigen Schulen, die die größten Herausforderungen zu meistern haben, auch die bestmögliche Ausstattung bekommen.

Ein solcher kommunaler Sozialindex würde den landesweiten Index ergänzen, mit dem seit 2013 ein gewisser Anteil von Lehrerstellen so verteilt wird, dass Schulen mit „schwieriger" sozialer Zusammenset-

zung davon profitieren.

Wir unterstützen das Vorhaben des Sozialdezernats, an den 17 Grundschulen, die derzeit Standort einer „Betreuenden Grundschule" (BGS) sind, zukünftig Schulsozialarbeit für alle einzurichten. Die bis dato von den Betreuenden Grundschulen angebotenen Betreuungsplätze sollen in diesem Zuge von einem freien Träger übernommen werden. Dieses Modell wurde bereits an der Goetheschule und der Ursula-Wölfel-Grundschule erfolgreich eingeführt.

Inklusive Bildung in KiTa und Schule

Spätestens mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Bundesrepublik im Jahre 2008 stehen staatliche Stellen in Bund und Land sowie die Kommune in der Pflicht, Schulen und Einrichtungen des Elementarbereichs sukzessive in Richtung eines inklusiven Systems weiterzuentwickeln. Die Separation von Kindern mit Behinderung oder Beeinträchtigung soll vom Regel- zum Ausnahmefall werden.

Für den frühkindlichen und schulischen Bereich gilt es also, möglichst inklusive Settings anzustreben und umzusetzen – Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung/Beeinträchtigung sollen gemeinsam spielen und lernen. Umfragen zeigen, dass es hierfür in der Bevölkerung insgesamt sowie bei Eltern (ungeachtet, ob das eigene Kind unter einer Beeinträchtigung leidet oder nicht) eine hohe Akzeptanz gibt. Diese Settings braucht es in allen Schulformen, von Klasse 1 bis zum Schulabschluss!

Ein zentraler Faktor für gelingende Inklusion in der frühkindlichen sowie der schulischen Bildung ist die Eingliederungshilfe. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung (Bundesteilhabesetz), das zum 01.01.2020 in Kraft trat, wurde die Eingliederungshilfe aus dem Recht der Sozialhilfe (SGB XII) herausgelöst und in das Recht der Rehabilitation und Teilhabe (SGB IX) eingebunden. Wir begrüßen die hierdurch gestiegenen Möglichkeiten der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in KiTa und Schule, denn es senkt die Voraussetzungen für die Kostenübernahme für eine Begleitperson/Schulassistenz. Insbesondere die Möglichkeit, eine solche Assistenz auch für den schulischen Nachmittag zu gewähren, stärkt die Inklusion in Schule und Ganztag.

Tief in der Historie wurzelnde Strukturen haben ihr eigenes Beharrungsvermögen. Insbesondere gilt dies für das Schulsystem, das in Deutschland eine lange Tradition des Separierens und Aussonderns hat. Dieses „Sortieren" der Schüler:innen nach bestimmten Kriterien erfolgt nicht allein entlang etwaig bestehender sonderpädagogischer Förderbedarfe, sondern insgesamt nach Kriterien von Leistung und Eignung.

Umgekehrt ausgedrückt: Nimmt man die Inklusion beim Wort, so liegt der Schluss nahe, dass sie in Schule nur umsetzbar ist, wenn man das gesamte System verändert: Brechen mit der Tradition des Sortierens, hin zu einem gemeinsamen Lernen, dass allen Kindern zugutekommt, ungeachtet ihrer kognitiven Begabung, ungeachtet der Ressourcen ihrer Familie, die diese zur Unterstützung ihrer Kinder zur Verfügung haben. Solange das auf frühe Trennung basierende Schulsystem nicht grundsätzlich verändert wird, muss die schulische Inklusion im bestehenden Rahmen verbessert werden. Hierfür fordern wir das Land auf, für bessere Ausstattung der Schulen zu sorgen. In erster Linie fehlt es an sonderpädagogischen Fachkräften, zumal aufgrund des – ideologisch motiviertem – Beharrens auf Fortbestand der Förderschulen entscheidende finanzielle und personelle Ressourcen für die inklusive Beschulung fehlen.

Übergang Schule – Beruf

Seit über 40 Jahren ist Schulsozialarbeit in Wiesbaden ein Erfolgsgarant für erfolgreiche Übergänge von Schule und Beruf. Schüler:innen werden in ihren Kompetenzen gestärkt, in ihrer Entwicklung positiv begleitet und erfahren berufliche Orientierung. Zum Schuljahresbeginn 2020/21 ist es uns gelungen, Schulsozialarbeit an der Albrecht-Dürer-Schule und der Gerhart-Hauptmann-Schule (beides Haupt- und Realschulen) einzuführen, ebenso für den Realschulzweig der Erich-Kästner-Schule.

In den kommenden Jahren wollen wir insbesondere Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen weiter stärken.

Die Bemühungen des Landes Hessen, mittels des UBUS-Programms zusätzliche Stunden für Sozialpädagogen an allen Schulen zu ermöglichen, erkennen wir an. Wir wünschen uns jedoch eine bessere Abstimmung mit der Stadt Wiesbaden, um die Ressourcen zielgerichteter einsetzen zu können.

Lernen im Erwachsenenalter

Allen Bürger:innen muss in jedem Alter der Zugang zu Bildung, Weiterbildung, Qualifikation und gesellschaftlicher Teilhabe möglich sein. Die rasante Entwicklung technischer Neuheiten, geopolitischer Konflikte und Fragen der Nachhaltigkeit sind nur einige Beispiele für die Themen, mit denen sich die Menschen auseinandersetzen müssen. Um mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten, ist es unabdingbar, sich immer neu und zu immer komplexer werdenden Fragen zu informieren. Hierfür braucht es Informations- und (Weiter-) Bildungsangebote, abgestimmt auf unterschiedliche Lebensphasen und unterschiedlichen Vorkenntnisse. Wir wollen die politische Bildung und die Diskussionskultur fördern.

Mit dem Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung („Arbeit-von-morgen-Gesetz") möchte der Bund die Rahmenbedingungen für den Strukturwandel definieren und sozialverträglich gestalten. Dahinter steht die Erkenntnis, dass in lebensbegleitendem Lernen und Weiterbildung der Schlüssel zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit liegt. Das Gesetz ist im Mai 2020 vom Bundestag beschlossen worden.

Für Wiesbaden wollen wir lebensbegleitende Weiterbildung durch die Volkshochschule Wiesbaden und weitere öffentlich geförderte Träger der Weiterbildung, neben Schule, Ausbildung und Hochschule – als gleichwertigen Teil des öffentlichen Bildungssystems.

Als Kommune wollen wir insbesondere die VHS Wiesbaden sowie die Bildungswerke in den Stadtteilen zukunftsfähig machen und finanziell absichern .

(Querverweis: Kapitel Wiesbaden ist... eine lebendige Kukturszene und Städtepartnerschaften)

Wiesbaden ist... ein starkes soziales Netz

Wiesbaden für alle ermöglichen

„Zusammen sind wir Wiesbaden“ heißt für uns: ein Wiesbaden für alle und ein Wiesbaden, in dem sich alle zu Hause fühlen! Wir wissen aber auch: Wiesbaden ist eine sozial gespaltene Stadt. Wir haben einerseits ein sehr hohes Pro-Kopf-Einkommen; auf der anderen Seite sind unsere Armutsraten sehr viel höher als in Städten wie Frankfurt oder Darmstadt. Die Wiesbadener Sozialraumanalyse von 2019 zeigt, dass sich diese Ungleichheit auch in den verschiedenen Stadtteilen widerspiegelt: Den Bedarfen im Schelmengraben, im Inneren Westend oder im Hochfeld müssen wir deshalb anders begegnen als denjenigen in Sonnenberg oder im Nerotal.

Deshalb kümmern wir uns um gleichwertige Lebensbedingungen und kämpfen für den sozialen Zusammenhalt. Deshalb müssen wir Benachteiligungen entgegenwirken und allen Wiesbadenern gleiche (Teilhabe-)Chancen eröffnen. Um gleichwertige Lebensbedingungen zu erreichen, müssen wir aber diejenigen Stadtteile stärken, die eine besondere Unterstützung benötigen. Das heißt für uns aber auch, dass wir Ungleiches ungleich behandeln und diejenigen besonders unterstützen, die aktuell weniger Chancen haben. Unsere Vertreter:Innen in den Ortsbeiräten und unsere Ortsvorsteher:Innen werden sich weiter für ein starkes und soziales Netz in den Ortsbezirken einsetzen und einen intensiven Kontakt mit den Bewohner:Innen pflegen.

Konkret wollen wir:

- einen „Wiesbadener Teilhabestandard“, den das Sozialdezernat gemeinsam mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege entwickelt. Dort soll festgeschrieben werden, wie wir Stadtteile mit hohen Bedarfen künftig mit sozialen Einrichtungen, Angeboten und Maßnahmen ausstatten – um die Menschen in diesen Stadtteilen besonders zu unterstützen
- im Erbenheimer Hochfeld ein Stadtteilbüro einrichten, das eine Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche, Familien und ältere Menschen wird und dort hilft und unterstützt, wo Hilfe und Unterstützung nötig sind
- einen „Sozialindex“, der die besonderen Bedarfslagen der Stadtteile berücksichtigt und soziale Einrichtungen, Kindertagesstätten und Schulen in diesen Stadtteilen (oder einem hohen Anteil armer Kinder) mit zusätzlichen Personal- und Finanzressourcen ausstattet, damit besondere Förderangebote (wie z.B. Sprachförderung, kulturelle, musische und kreative Bildungsangebote) durchgeführt werden können
- die soziale Mischung der Menschen, insbesondere in innenstadtnahen Quartieren erhalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass eine Milieuschutzsatzung in Wiesbaden erlassen wird, um Luxussanierungen von Wohnungen oder auch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu verhindern. Wir wollen dafür sorgen, dass sich alle Wiesbaden:innen das Wohnen in „begehrten“ Wohngebieten leisten können
- Initiativen gemeinschaftlicher Wohnformen (insbesondere als Genossenschaften) unterstützen, die sich in Stadtquartieren engagieren
- das Programmgebiet des „Sozialen Zusammenhalts“ (ehemals „Soziale Stadt“) ausweiten: nachdem es uns gelungen ist, dass neben dem Inneren Westend, dem Schelmengraben und dem Gräselberg auch Biebrich Mitte in das Förderprogramm aufgenommen wurde, setzen wir uns jetzt dafür ein, dass Klarenthal als fünfter Standort in Wiesbaden in das städtebauliche Entwicklungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ aufgenommen wird. Mit den finanziellen Mitteln aus Bund, Land und Kommune kann dann in Klarenthal ein Stadtteilbüro bzw. Stadtteilmanagement eingerichtet werden und zahlreiche Verbesserungen von z.B. Stadtteilzentrum, Spielplätzen, Grün- und Freiflächen – mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – umgesetzt werden
- die bisherige Familienkarte zu einer „Wiesbadener Freizeitkarte“ mit einer Vielzahl von Vergünstigungen für Familien umwandeln und das bestehende Angebot ausweiten, damit sich z.B. auch kulturelle Einrichtungen (z.B. das Hessische Staatstheater oder das Schloss Freudenberg) und/oder gastronomische Betriebe beteiligen können. Auch hier gilt: Ungleiches ungleich behandeln. Familien, die staatliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes erhalten, sollen die „Wiesbadener Freizeitkarte" zu einem günstigeren Preis erhalten
- die konsequente Umsetzung der „Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen“, dem Wiesbadener Programm gegen Kinderarmut. Hier haben wir schon viel erreicht, viele Maßnahmen sind umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Einige Handlungsempfehlungen wollen wir noch umsetzen, wie etwa die Entwicklung von Maßnahmen, damit Angebote aus dem „Bildungs- und Teilhabepaket“, z.B. Lernfördergruppen an Schulen, Mitgliedschaften in Vereinen oder die Nutzung von Musikschulen, besser genutzt werden. Dazu wollen wir Maßnahmen entwickeln, um die Bekanntheit des Programms einerseits zu steigern und andererseits das vorhandene Budget durch zusätzliche kommunale Mittel aufstocken
- eine personell gut ausgestattete Bezirkssozialarbeit (Allgemeiner Sozialer Dienst) als Voraussetzung für einen funktionierenden Kinderschutz. Daher war es richtig und wichtig, in den letzten Jahren Trainer- und Springerstellen einzurichten, die Sozialarbeiter:innen bei Verwaltungstätigkeiten zu entlasten, ein neues Fachverfahren einzuführen und die digitale Ausstattung zu verbessern. Wir werden insbesondere vor dem Hintergrund des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes weiter für eine gute personelle Ausstattung der Bezirkssozialarbeit und damit auch die Stärkung von präventiver Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien und eintreten
- die Entwicklung der frühen Hilfen und Elternbildungsangebote in Wiesbaden in den letzten zehn Jahren als eine Erfolgsgeschichte vieler Akteur:innen, die von der SPD von Anfang an unterstützt

mit Haushaltsmitteln hat, weiterführen. Seit 2019 werden in Wiesbaden flächendeckend Willkommensbesuche für alle Eltern Neugeborener angeboten. Die Mittel für die zehn Wiesbadener Kinder-Eltern-Zentren (KiEZ) haben wir im aktuellen Haushalt verdoppelt und die Elternbildungsangebote für alle Wiesbadener Eltern haben wir Zug um Zug ausbebaut. Der niedrigschwellige und dezentrale Zugang zu den Angeboten sozialer Arbeit ist für unser soziales Netz von elementarer Bedeutung – und Ausdruck einer familienfreundlichen Stadt. Diesen Weg werden konsequent fortsetzen

- Vorurteile gegenüber bestimmten Stadtteilen und ihren Bewohner:innen abbauten. Wir wollen ein Begegnungs- und Kennenlern-Programm für junge Menschen entwickeln (gegenseitige Treffen, Stadtteilspaziergänge)
- angesichts der hohen Quoten von dauerhaft armen Kindern, Jugendlichen, Menschen im erwerbsfähigen Alter und dem Ansteigen der Altersarmutsquoten, eine „Wiesbadener Teilhabekarte". Diese Karte soll Vergünstigungen beim Besuch von Schwimmbädern, kulturellen Einrichtungen und im ÖPNV sicherstellen.

Grundsicherung und Beschäftigungsförderung

Das Thema Grundsicherung ist zuallererst ein Thema des Bundes. Nichtsdestotrotz ist die Ausgestaltung in Wiesbaden eine Aufgabe der Stadt in Form des Kommunalen Jobcenters. 2005 hat sich das sozialdemokratisch geführte Sozialdezernat in Wiesbaden bewusst für die „Option" entschieden, die Aufgaben der Grundsicherung ohne die Beteiligung der Agentur für Arbeit wahrzunehmen (ist also eine so genannte Optionskommune) und wir halten große Stücke auf die Art und Weise, wie dies vor Ort (in enger Vernetzung und Kooperation mit anderen Leistungen) ausgestaltet wird.

Die Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II beziehen hauptsächlich erwachsene, erwerbsfähige Personen (zu 2/3), aber eben auch ein erheblicher Anteil von Kindern. Für diese Kinder sind weitere Mittel des Bundes nicht vorgesehen – außer Leistungen der Bildung und Teilhabe. Dadurch wird einerseits eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben oft eingeschränkt und andererseits belegen Studien, dass diese fehlenden Ressourcen zu weiteren Benachteiligungen im Erwachsenenalter führen.

Konkret wollen wir:

- hinsichtlich des Themas Kinderarmut seitens der Kommune handeln und für diese Kinder eine möglichst gute Unterstützung bieten, wo Bundes- oder Landesmittel dies nicht abdecken, bspw. bei der Mobilität von Kindern und Jugendlichen
  (Querverweis: Kapitel Wiesbaden ist... eine Stadt für alle)
- für erwachsene Leistungsberechtigte Arbeitsplätze im un- und angelernten Bereich, denn die meisten der Personen im SGB II verfügen über keine Berufsausbildung. Gerade die Branchen Logistik, Gastronomie und Einzelhandel sind die aufnahmefähigsten für diese Helfer:innen-Tätigkeiten. Deshalb werden wir uns für den Erhalt und die Ansiedlung solcher Betriebe einsetzen.
  (Querverweis Kapitel Verkehr (Logistik) und Wirtschaftsförderung)
- insbesondere für (Allein-)Erziehende eine Vielzahl an Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Hier müssen wir als Kommune – u.a. mit dem Arbeitgeberservice des Kommunalen Jobcenters – darauf hinwirken, vor allem diesen Unternehmen Anreize/Möglichkeiten zu bieten, die solche Arbeitsplätze bereitstellen
- für die Vielzahl an Menschen, für die der Schritt auf den ersten Arbeitsmarkt seit Jahren nicht möglich ist, dringend über den Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes nachdenken und entsprechend handeln. Kommunal wollen wir die vielseitigen Möglichkeiten, die jetzt schon in Beschäftigungsförderungsprojekten in Kooperation mit Betrieben und Trägern bestehen, ausbauen
- gerade im Bereich der Ausbildung junger Menschen im Grundsicherungsbezug, die Wiesbadener Linie einer eigenen Beschäftigungsgesellschaft (Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH) weiter verfolgen, um ausreichend sozialpädagogisch begleitete Ausbildungsplätze für die Jugendlichen bereitzustellen, die auf dem ersten Ausbildungsmarkt keinen Ausbildungsplatz finden. Gleichzeitig unterstützen wir die Wiesbadener Jugendwerkstatt mit ihrer Idee, am Standort Domäne Mechtildshausen einen modernen Campus für alle 30 Ausbildungsberufe und Betriebseinheiten zu errichten
- in all diesen Bereichen auch die gute Kooperation mit den Kammern und Betrieben fortführen

Politik für ältere Menschen

In Wiesbaden nimmt der Anteil älterer und hochbetagter Menschen weiter zu. Für uns ist es wichtig, dass selbstständiges Leben im Alter weiterhin durch verschiedenste Unterstützungen genauso ermöglicht wird. Unterstützung sollen vor allem diejenigen erhalten, die im Alter aufgrund von Erkrankungen (bspw. Demenz), Sprachbarrieren oder aber alleinstehend und auf Hilfe angewiesen sind. Aufgrund der ebenfalls steigenden Altersarmut ist es für die SPD eine wichtige kommunale Aufgabe, Konzepte zur weiteren sozialen Teilhabe an Kultur- und Freizeitangeboten für ältere Menschen – und zwar unabhängig von ihrem Geldbeutel – zu entwickeln und zu fördern.

Wir wollen:

- mehr Angebote aufsuchender Beratung schaffen, insbesondere für Menschen, die das Spektrum an Hilfsangeboten nicht kennen, z.B. ältere Menschen mit Migrationshintergrund oder Aussiedler. Wir treten für Quartiersmanager/Kümmerer im Quartier ein, auch durch die Förderung von freiwilligem/ehrenamtlichem Engagement
- gezielte Maßnahmen der Kommune, der Polizei, der Presse, des Seniorenbeirats, von Trägern der Altenarbeit usw. zur Aufklärung, Schulung und Schutz von Senioren gegen die wachsende Betrugskriminalität
- gemeinschaftliche, generationsübergreifenden Wohnformen, auch in Genossenschaften sowie Treffpunkte im öffentlichen Raum, altengerechte Fußwege mit Sitzgelegenheiten, Ampelschaltungen, die die unter Umständen eingeschränkte Schnelligkeit älterer und beeinträchtigter Fußgänger berücksichtigen
- leistungsfähige öffentliche und private Betreuungs- und Versorgungsangebote fördern, beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Prävention sowie altersgerechte Bewegungsformen
- die offene Altenarbeit in allen Stadtteilen mit hohen Bedarfslagen konsequent weiterentwickeln, so dass Menschen im Alter auch mit wenig Geld gut leben können. Die freien Träger der Alten- und Seniorenarbeit finanziell absichern und zudem Programme der kommunalen Altenarbeit, wie das Programm 55+, die Treffpunkte aktiv, Seniorentreffs, Ausflüge, Mittagstische, Freizeit- und Kulturprogramme und weitere langfristig sichern
- ausreichende Kapazitäten von Pflegeplätzen schaffen, möglichst wohnortnah mit Quartiersbezug. Gleichzeitig aber auch die Weiterentwicklung einer guten ambulanten Versorgung und der Tagespflegeangebote

Politik für Jugendliche

Wiesbaden wird überwiegend als eine Stadt der Älteren wahrgenommen. Dies ist auch ihrer Geschichte als Kurstadt geschuldet, was sich auch in den Freizeit- und Tourismusangeboten widerspiegelt. Jugendliche machen etwa ein Sechstel gesamten Stadtbevölkerung aus, werden aber oft übersehen oder gar als störend empfunden. Dies hat einen starken Einfluss auf die Selbstwahrnehmung der Wiesbadener Jugendlichen, die ihre Interessen und Bedürfnisse in der Stadtpolitik häufig nicht angemessen beachtet und berücksichtigt sehen. Deshalb legen wir in unserem Wahlprogramm einen Fokus auf die Wünsche und Anliegen der jungen Bevölkerung von Wiesbaden, um dieser Gruppe ein gutes Leben in unserer Stadt und mehr Mitbestimmung zu ermöglichen.

Dabei erfährt der vom Jugend- und Sozialdezernat in den letzten Jahren eingeschlagene Weg – von der Jugendstudie bis zur Erarbeitung und Beschlussfassung eines eigenen Handlungsprogramms „Jugend ermöglichen" – unsere volle Unterstützung. Die Jugend als eigenständige Lebensphase muss in unserer Stadt ermöglicht werden, damit Jugendliche und junge Erwachsene ihren Platz in unserer Stadtgesellschaft selbstbestimmt finden können.

Konkret wollen wir:

- mit Unterstützung des Handlungsprogramms „Jugend ermöglichen" die Taktung der Nightlinerfahrten noch weiter erhöhen. Konkret wollen wir eine Regelung im Stundentakt unter der Woche und im Halbstundentakt am Wochenende
- alle städtischen Schwimmbäder für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kostenlos machen. Der vergünstigte Tarif für Studierende soll dann auch für Auszubildende gelten
- die finanziellen Mittel des Jugendparlaments und des Stadtschüler:innenrats erhöhen. Wir fordern eine Erhöhung der Mittel des Jugendparlaments auf 25.000 € und des Stadtschüler:innenrats auf 10.000 € pro Jahr.
- dass alle Wiesbadener Schüler:innen in angemessener Art und Weise in Berührung und Austausch mit kommunaler Demokratie kommen und Formate und Institutionen wie „Jugend im Rathaus", „Tag der Jugend", das Jugendparlament oder weitere niedrigschwellige Angebote in den Stadt- und Ortsteilen eine Stärkung erfahren
- die Jugendverbandsarbeit weiter fördern. Jugendorganisationen gelten aus gutem Grund als „Werkstätten der Demokratie". Es ist für unser Gemeinwesen und unser demokratisches Miteinander von unschätzbarem Wert, dass sich junge Menschen ehrenamtlich engagieren. Ganz egal ob es in Rettungsorganisationen, im Sportverein oder in einer Religionsgemeinschaft ist. Dieses Engagement wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring noch besser anerkennen und begleiten
- die Idee eines „Haus der Jugendorganisationen" und „Jugenddemokratiebildungszentrum" unterstützen
- angelehnt an das Projekt im Rheingau-Taunus-Kreis, einen subventionierten Taxi-Tarif einführen, sodass Jugendliche auch nachts sicher und bezahlbar nach Hause kommen und auch die Vororte besser an die Innenstadt angebunden werden
- auf eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung hinwirken, sodass ab der nächsten Wahlperiode in Hessen das Wählen in Kommunen ab 16 Jahren wieder möglich ist
- mit Unterstützung des Handlungsprogramms „Jugend ermöglichen" mehr Räume im öffentlichen Raum schaffen, die von Jugendlichen genutzt werden können und die Aufwertung bereits vorhandener Räume (Bolzplätze, Pump Tracks, Skatemöglichkeiten etc.)
- die in den letzten Jahren Zug um Zug erweiterten Angebote der offenen Jugendarbeit, z.B. in Naurod und Auringen, in Erbenheim und Amöneburg oder im Europa- und Künstlerviertel absichern und weiterführen, ebenso das Fanprojekt des SV Wehen Wiesbaden
- möglichst allen Jugendlichen internationale Begegnungen ermöglichen und sie damit auf das Leben in einer globalisierten Welt vorbereiten
- weiterhin ein attraktives Ferienprogramm anbieten, auch mit frei zugänglichen offenen Angeboten
- einen Nachtbürgermeister einstellen

Wiesbaden ist... Gesundheitsstandort

Gesundheitsversorgung und Krankenbehandlung ist Daseinsfürsorge in sozialer Verantwortung der demokratischen Institutionen von Kommunen, Ländern und Bund sowie der daran beteiligten Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Die Stadt Wiesbaden zeichnet sich durch gute Qualität und Infrastruktur im Bereich der stationären und ambulanten medizinischen Versorgung aus. Mit drei Krankenhäusern der Akutversorgung sowie verschiedenen Reha-Einrichtungen und einer hohen Arztdichte sind alle Bereiche, mit Ausnahme des universitären Sektors, gut abgebildet.

Die verschiedenen Träger der medizinischen Einrichtungen in Wiesbaden agieren im Spannungsfeld wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Diese führen zu unterschiedlich starken Auswirkungen auf die Aufgaben der Patientenbehandlung und Gesundheitsförderung.

Die SPD setzt sich für einen starken öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) ein.

Unter der Leitung des Gesundheitsamts der Stadt Wiesbaden haben die städtischen Mitarbeiter:innen herausragende Leistungen in der Bekämpfung der Corona-Pandemie erbracht und sind weiterhin äußerst engagiert. Die SPD Wiesbaden wird über die Corona-Pandemie hinaus für eine personell und finanziell leistungsfähige Abteilung Infektionsschutz im Gesundheitsamt eintreten.

Die SPD setzt sich dafür ein, dem Hebammenmangel in der Landeshauptstadt entgegenzuwirken. Die bestehende Hebammennotfallversorgung sowie die Servicestelle sollen weiter ausgebaut werden.

Die SPD setzt sich für eine Stärkung des kinder- und jugendärztlichen Dienstes im Gesundheitsamt ein. Der kinder- und jugendärztliche Dienst erfüllt zentrale Aufgaben in Prävention, Beratung und Screening von Entwicklungsstörungen und Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen. Die Mitarbeiter:innen des kinder- und jugendärztlichen Dienstes sind unverzichtbar zur Unterstützung von sozial benachteiligten Familien mit behinderten oder chronisch erkrankten Kindern. Sie sind Bindeglied zwischen Kindergarten, Schule, Jugendhilfe und Ärzt:innen sowie Kliniken. Für die Beratung der Schulen in gesundheitlichen Fragen und zum Monitoring des Impfgeschehens bei Kindern und Jugendlichen der Stadt sind sie im Einsatz.

Die SPD Wiesbaden setzt sich ein für die Stärkung des Sozialpsychiatrischen Dienstes am Gesundheitsamt. Bürger:innen mit psychiatrischen Erkrankungen benötigen zusätzliche Beratung und Hilfe zu den psychosozialen Folgen ihres Leidens.

Aufgaben des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes nach Paragraph 8 des Hess. Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD) sollen mit Unterstützung der SPD stärker berücksichtigt werden.

Prävention und Gesundheitsförderung nach Paragraph 7 (HGöGD) sind zentrale Elemente für die Bürger:innen der Stadt Wiesbaden. Veranstaltungen hierzu und die Koordination der Selbsthilfegruppen gehören in die Zuständigkeit des Gesundheitsamts. Eine Auslagerung in städtische Gesellschaften wird zukünftig nicht unterstützt.

Die SPD tritt für den Erhalt und die bedarfsorientierte Funktionsfähigkeit der humanitären Sprechstunde der Stadt Wiesbaden ein. Darüber hinaus unterstützen wir Initiativen auf Landesebene zur Schaffung eines anonymen Krankenscheins für Menschen ohne Krankenversicherung.

Für die Stadt Wiesbaden sind regionale und überregionale Kongresse wichtiger Teil des Informationsaustauschs für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Der Erhalt und die Erweiterung der dafür notwendigen städtischen Infrastruktur sind dabei für uns wichtig.

Wir setzen uns ein für einen problembezogenen Informationsaustausch aller an der Gesundheitsversorgung beteiligten Institutionen – private Betreiber und Sozialverbände mit Pflegeeinrichtungen, Träger der stationären Versorgung wie Akutkrankenhäuser und Reha- sowie Privatkliniken, den niedergelassenen Kassenärzt:innen und Privatärzt:innen, der Bezirksärztekammer und den medizinischen Fachgesellschaften.

Die SPD ist sich der besonderen Verantwortung für den Werdegang der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken als ehemaliges städtisches Krankenhaus der Maximalversorgung bewusst. Die Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH (EGW), mit 51 Prozent Gesellschafterin der HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH und mit 100 Prozent Gesellschafterin der HSK Pflege GmbH, soll stärker ihr Wächteramt bezüglich Qualität und Umfang der Patientenversorgung an den HSK wahrnehmen.

Im Bereich der Krankenhausversorgung unterstützt die SPD Wiesbaden landes- und bundesweit Initiativen zur Schaffung eines stärker patientenzentrierten Abrechnungssystems und der Eindämmung privatwirtschaftlicher Trägerschaften mit fehlender sozialer Bindung.

Ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst

- für Kinder- und Jugendliche
- für psychosozial benachteiligte Familien
- für Selbsthilfeorganisationen
- für eine städtische Umweltmedizin
- für Gesundheitsaufklärung und Prävention

Wiesbaden ist... bezahlbarer Wohnraum für alle!

Wiesbaden ist eine attraktive, lebenswerte Stadt – aber auch ein teures Pflaster. Die Wiesbadener Mieten zählen mit zu den höchsten in Deutschland. Hinzu kommt, dass, wie in anderen Großstädten und Ballungsgebieten auch, mit Wachstum und Zuzug der Bedarf an Wohnraum – vor allem aber an erschwinglichem Wohnraum – steigt. Dies gilt für Familien wie Alleinstehende, für Studierende wie für ältere Menschen. Aber auch Azubis oder Studierende suchen nach günstigem Wohnraum – sei es in Wohngemeinschaften oder Wohnheimen. Wiesbaden soll eine Stadt für alle bleiben und deshalb ist Ziel der SPD Wiesbaden nach wie vor der Neubau und Erhalt bezahlbarer Wohnungen! Wir müssen der Reduzierung der Zahl geförderter Wohnungen entgegentreten und zugleich den geförderten Wohnungsbau weiter verstärken. Dies gelingt nur, wenn wir auf alle verfügbaren Maßnahmen setzen: die Entwicklung von neuen Baugebieten, wie die behutsame Nachverdichtung im Bestand, den Erhalt bzw. Erwerb von Belegrechten ebenso wie die Mietpreisbegrenzungen und eine Milieuschutzsatzung. Ein weiterer Lösungsansatz kann der Wohnungstausch sein. Oftmals leben Senioren in zu großen Wohnungen und gleichzeitig suchen junge Familien größere und bezahlbare Wohnungen. Oftmals scheuen ältere Menschen aus nachvollziehbaren Gründen den Auszug aus ihrer zu großen Wohnung: Der Aufwand und die Kosten eines Umzuges, die Angst vor einem Verlust des gewohnten Wohnumfeldes und höhere Mieten. Dennoch wollen wir den Versuch unternehmen und eine Wohnungstauschbörse einrichten. Diese kann tauschwillige Menschen zusammenführen und es sollen Zuschüsse für Umzüge gezahlt werden.

Konkret wollen wir:

- dass in Wiesbaden eine Baulandbevorratung analog des Münsteraner-Modells verfolgt wird und die Stadt aktiv Bauland aufkauft und im Besitz behält. Eine Vergabe zur Bebauung erfolgt sozial verträglich und – soweit möglich – im Erbbaurecht.
- das erstmals für einige Wiesbadener Quartiere (für die „Neue Mitte Breckenheim“ Bierstadt Nord, das ehemaliges Gelände der Carl-von-Ossietzky-Schule und Teilbereiche des Gebietes Kastel Housing) angewandte Konzeptverfahren – wonach kommunale Grundstücke nicht mehr nach dem Höchstpreis sondern nach Konzeptqualität vergeben werden – soll auch in Zukunft weiterverfolgt und angewendet werden. Das Konzeptverfahren ermöglicht, dass gute Konzepte für bezahlbaren Wohnraum, genossenschaftliche und/oder gemeinschaftliche Wohnprojekte oder Einrichtungen, die der Gemeinschaft nutzen (z.B. Nachbarschaftstreffs, Wohnformen für alte oder beeinträchtigte Menschen und Mehrgenerationenwohnen) realisiert werden können
- dass in Neubaugebieten eine Quote von 30 Prozent für Privatinvestoren und 40 Prozent für stadtnahe Gesellschaften für die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen (für kleine und mittlere Einkommen) gilt
- dass Wohnungen mit einer sinnvollen Grundrissplanung gebaut werden, um bezahlbaren Wohnraum auch für diejenigen zu schaffen, die nicht in die Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus fallen (d. h. eine 3-Zimmer-Wohnung ist ca. 80 qm groß und nicht 120 qm)
- dass neben dem Neubau auch die (energetische) Modernisierung und Sanierung der Bestandswohnungen – insbesondere bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften – im Sinne der CO_2-Reduktion weiter vorantreiben
- den Erhalt und Erwerb von so genannten Belegrechten weiterverfolgen, damit Wohnungen nicht aus der Förderung fallen, sondern auch weitere Jahren bezahlbar bleiben
- mittels einer Milieuschutzsatzung Luxussanierungen von Wohnungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Wiesbaden verhindern
  (Querweis: Kapitel Wiesbaden ist... eine Stadt für alle)
- Die aktuellen Zahlen und verschiedenen Prognosen zeigen, dass der Bedarf an preisgünstigem Wohnraum auch in Zukunft nicht abreißen wird. Um die Herausforderungen an den Wiesbadener Wohnungsmarkt – zielgruppenspezifisch – langfristig in den Blick zu nehmen, soll in Kooperation des Sozialdezernats mit dem Stadtplanungsdezernat ein „Konzept Wohnen“ erarbeitet werden. In diesem sollen die Rolle der Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaften und deren Mietpreisbegrenzung ebenso wie die Ergebnisse aus dem beauftragten „umfassenden Wohnungs- und Grundstücksbericht" berücksichtig werden.
- Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass auch weiterhin Wohnmöglichkeiten für Schüler:innen, Auszubildende und Studierende geschaffen werden, denn auch junge Menschen in Ausbildung (sei es in Studium oder gewerblicher Ausbildung) benötigen bezahlbaren Wohnraum! Deshalb wollen wir dies in Form von Studierenden- bzw. Azubi-Wohnheimen oder durch Errichtung entsprechend zugeschnittener WG's in Neubaugebieten realisieren. Wichtig ist uns, dass die Mieten an den BaFöG-Höchstsatz angelehnt sind. In einem ersten Schritt soll hierfür eine Machbarkeitsstudie für ein Pilot-Projekt eines Azubi-Wohnheims in Auftrag gegeben werden.
- eine Wohnungstauschbörse für Menschen einrichten, die ihre Wohnung gegen eine andere tauschen möchten (insb. Senioren und junge Familien)

Lebenswerte Großsiedlungen

Aber auch die Gestaltung von (Wohn-)Quartieren und des Wohnumfeldes spielen bei der Entwicklung von Wohngebieten eine entscheidende Rolle: Sie sollen sowohl die Vielfalt unserer Stadt widerspiegeln und zugleich Lebensqualität und Teilhabe (sozial, kulturell) im Quartier sichern und verbessern. Wie dies gelingen kann, zeigen die Erfolge der Programme des „Sozialen Zusammenhalts“ im Inneren Westend, im Schelmengraben, im Gräselberg oder Biebrich Mitte. Um dies aber auch in den anderen Wiesbadener Stadtteilen sicherzustellen, wollen wir:

- Großsiedlungen lebenswerter gestalten (Grün- und Freiflächen-

entwicklung, behutsame Nachverdichtung, Sanierung der Wohnungen etc.)

- gemeinsam mit den Wohnungsgesellschaften (bzw. den Vermietern) und unter Einbeziehung der Mieter:innen ein passgenaues Konzept für jede Siedlung entwickeln
- die sozialen und kulturellen Angebote aufwerten und ausbauen sowie Investitionen in die Infrastruktur vorantreiben
- einen Antrag zur Aufnahme des Stadtteils Klarenthal in das Programm „Sozialer Zusammenhalt“ vorlegen
- im Erbenheimer Hochfeld ein Stadtteilbüro in Kooperation mit den anderen sozialen Akteuren und der Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte einrichten, das eine Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche, Familien und ältere Menschen wird und dort hilft und unterstützt, wo Hilfe und Unterstützung nötig sind

Wiesbaden ist... aktive Stadtentwicklung

Wachstum steuern und Wiesbaden sozial und nachhaltig gestalten

Wiesbaden ist eine lebenswerte Stadt. Wir werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass das für alle Menschen in Wiesbaden gilt: für alle Generationen, für alle Einkommensschichten und für alle Nationalitäten. Vieles ist in den letzten Jahren auf den Weg umgesetzt oder angestoßen worden, aber es bleibt weiterhin noch viel zu tun. Wiesbaden wird, so die bisherigen Prognosen, weiterhin wachsen. Neue Menschen kommen ins Rhein-Main-Gebiet und bevorzugt auch nach Wiesbaden wegen Arbeitsplätzen, der zentralen Lage und der guten Verkehrsanbindung. Diese Tatsache können wir nicht einfach ignorieren. Wer das versucht, der verschließt die Augen vor den Herausforderungen und vergrößert die Probleme.

Das heißt, Wiesbaden ist eine Stadt mit weiter steigendem Wohnungsbedarf und steigendem Bedarf an Gewerbeflächen für Erweiterungen und Verlagerungen von bestehenden Betrieben, aber auch für Neuansiedlungen – nicht nur im Dienstleistungsbereich, sondern auch für Industrie und produzierendes Gewerbe. Gleichzeitig müssen und wollen wir als Stadt Wiesbaden unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Oberstes Ziel unserer Politik ist es, dass das Wohnen in Wiesbaden bezahlbar bleibt bzw. für viele Menschen wieder bezahlbar wird. Bei neuen Quartieren wollen wir deshalb mindestens 30 Prozent der Wohnungen bei privaten Investoren und 40 Prozent der Wohnungen bei städtischen Projekten als sozial geförderten Wohnraum ausweisen.

Als SPD setzen wir aber auch auf eine soziale, ökologische und verantwortungsvolle Politik, die neben der Innenstadt auch die Stadtteile als lebenswerte Zentren stärkt. Wir setzen auf Quartiere, die im Bestand und Neubau gemischt, effizient und nachhaltig lebenswert sind. Dabei muss sich Stadtplanung und Stadtpolitik auch daran messen, ob wir es schaffen, unseren lokalen Beitrag zur Erfüllung der internationalen Klimaschutzziele zu leisten, die Erdüberhitzung auf 1,5° zu begrenzen.

Wir wollen deshalb auch das kommunale Planungsrecht verstärkt für Klima- und Umweltbelange nutzen und bei neuen Bauvorhaben und grundlegenden Sanierungen mehr Regeln vorgeben. Das können beispielsweise Vorgaben für die zu verwendenden Baustoffe sein, wie etwa Holzbauweise, das Vorschreiben von Solaranlagen für Energie- und Wärmegewinnung oder Dach- und Wandbegrünungen.

Der Elsässer Platz als Chance für die westliche Innenstadt

Zurzeit ist der Elsässer Platz mit seinen ca. 450 Parkplätzen eine Blechwüste, die sich durch die Fahrzeuge im Sommer besonders stark aufheizt. Es gab in der Vergangenheit schon viele Ansätze, diese einzige große Freifläche im hoch verdichteten Westend umzugestalten, um hier einen Platz mit Aufenthaltsqualität für Jung und Alt zu schaffen. Sie scheiterten an den Kosten und den widersprüchlichen Interessen der Anwohner:innen: einerseits der Wunsch nach einer Grünfläche, andererseits aber auch nach Erhalt der Parkplätze. Die noch zunehmende Überhitzung der Innenstädte aufgrund der Klimaveränderung erfordert aber unverzüglich die Befreiung des Platzes von parkenden Autos, da diese mittlerweile eine negative Auswirkung auf die Kaltluftströmung aus dem Wellritztal und damit die Frischluftversorgung der Innenstadt insgesamt haben.

Im Frühjahr 2015 führte die Landeshauptstadt Wiesbaden eine Befragung aller Haushalte im Westend durch mit dem Ziel, mehr über ihr Mobilitätsverhalten und ihre Bereitschaft, kostenpflichtige Parkplätze anzumieten, zu erfahren. 1.226 Haushalte haben sich an der Umfrage beteiligt. Ein erheblicher Anteil der Haushalte mit Auto ist danach bereit, einen durchschnittlichen Betrag für einen sicheren Abstellplatz zu zahlen. Deshalb wollen wir nun zügig an die Umgestaltung des Platzes herangehen, um die klimatische Situation der angrenzenden Wohngebiete zu verbessern und dem Westend eine Freifläche mit Aufenthaltsqualität zu geben. Grundsätzlich wollen wir Parkmöglichkeiten für Anwohner:innen erhalten. Wir sind bereit, solch ein Projekt zum Wohl aller zügig zu realisieren.

Wir lehnen auf und rund um den Platz herum jegliche Bebauung ab, die die Frischluftströme aus dem Wellritztal behindert, ebenso wie die Einrichtung von Pendlerparkplätzen. Letztere sollten nicht innerhalb des 2. Rings geschaffen werden, da sonst keine Entlastung vom Verkehr damit einhergeht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der überwiegende Teil des Platzes zu einer Frei- und Grünfläche umgestaltet wird und dass eine Bebauung höchstens als Randbebauung, bevorzugt für soziale Einrichtungen, realisiert wird. Studentenwohnungen, eine Gastronomie, möglicherweise ein Kinder- und Jugendzentrum wären u.a. geeignet, den Platz zu beleben, sozial zu durchmischen und aufzuwerten. Die Bepflanzung des Platzes soll zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen.

Ersatzparkraum für die Anwohner:innen soll durch verschiedene Maßnahmen angeboten werden: Schaffung von Parkplätzen im Zusammenhang mit der Randbebauung, intelligente Gestaltung der Spielflächen wie z.B. Parkplätze unter einem Ballspielplatz auf Ständern wie auf dem Wallufer Platz, Mitbenutzung der Stellplätze der Hochschule, des Arbeitsamtes und der AOK. Zusätzlich können im Zuge des Neubaus der Sporthalle für die Gerhard-Hauptmann-Schule ebenfalls Anwohnerparkplätze in unmittelbarer Nähe entstehen.

Platz der Deutschen Einheit/Faulbrunnenplatz

Die Situation an der Haltestelle „Platz der Deutschen Einheit“ und am Faulbrunnenplatz ist mehr als unbefriedigend. Der Versuch einer Gastronomie mit öffentlichen Toiletten ist krachend gescheitert. Die Gestaltung bleibt Stückwerk und die Haltestelle ist unterdimensioniert und von räumlicher Enge geprägt. Das alles trägt dazu bei, dass dieser Ort als unsicher empfunden wird und auch eine erhöhte Kriminalität aufweist, die zur Kameraüberwachung geführt hat. Wir wollen die Haltestelle komplett umgestalten und Raum für die Menschen schaffen. Am Faulbrunnenplatz werden wir zur Not mit städtischen Mitteln für eine Errichtung öffentlicher Toiletten und einer gastronomischen Nutzung sorgen.

Wohnen und Arbeiten neu denken

Vor allem in der Innenstadt, aber zunehmend auch in den Stadtteilzentren sind und werden weiterhin zu viele Flächen versiegelt, es fehlen Bäume und Grünflächen, Menschen sind geplagt von Hitzestaus im Sommer und von Massen an fahrenden und parkenden Autos. Verdichtung als Antwort auf den Zuzug von Menschen in die Stadt muss an der richtigen Stelle erfolgen. Als wachsende Kommune können wir es uns nicht erlauben, nur eines zu tun und müssen auch unter Berücksichtigung hoher ökologischer Vorgaben neue Wohn- und Gewerbegebiete entwickeln. Die Stadt muss auf den wertvollen Flächen dichter und höher bauen – urbane Quartiere anstatt Reihen- und Einfamilienhäuser auf dem ehemaligen Acker. Diese sind zum einen teuer, zum anderen verbrauchen wir dafür zu viel Fläche.

Kastel Housing

Auch in Kastel wird eine von der SPD geführte Stadtregierung die Entwicklungschancen weiter nutzen. Da es 2015 gelungen ist, die US-Gaststreitkräfte dazu zu bewegen, den vorderen ca. 4,3 ha großen Teil des Kastel Housing Area freizugeben, konnte auf dieser Fläche schon viel erreicht werden. Das Haus der Bildung und der in Holzhybridbauweise geplante Wohnturm ist aber erst der Anfang der Entwicklung, mit der neue Maßstäbe gesetzt werden: Ein Quartier für alle mit bis zu 1.000 neuen Wohnungen, ökologisch vorbildlich mit perfekter ÖPNV-Anbindung. Deshalb möchte die SPD auch, dass die Stadt die Flächen entlang der Bahn zwischen Kastel und Kostheim am Rheinufer erwirbt, um sie selbst zu entwickeln und sie nicht einem privaten Investor überlässt.

Ostfeld als sozialer und ökologischer Musterstadtteil

Mit der städtebaulichen Entwicklungsmaßname „Ostfeld/Kalkofen" soll Wiesbaden einen neuen Stadtteil erhalten. Aber auch andere Stadtteile werden hiervon berührt und sich infolgedessen vergrößern. Der Stadtteil soll für die Menschen des 21. Jahrhunderts sein, der die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen des Jahres 2030 und darüber hinaus erfüllt und europaweit Maßstäbe setzt.

Ein Stadtteil zum Wohnen

Ganz oben auf der Agenda steht für uns das Thema Wohnen: Die Kosten für Miete oder den Erwerb einer Wohnung sind so zu gestalten, dass es für alle Wohnungssuchenden attraktiv ist, im Ostfeld zu wohnen. Ziel ist es, eine Mischung aus allen Teilen der Bevölkerung zu erreichen. Das Ostfeld soll ein integrativer und inklusiver Stadtteil werden: Als Stadtteil der sozialen Vielfalt und des sozialen Zusammenhalts entworfen, soll es ein Wohnungsangebot geben, das an alle sozialen Gruppen und Generationen adressiert ist, mit Integrations- und Bildungsangeboten sowie attraktiven öffentlichen Räumen. Wir wollen ein echtes Miteinander im Stadtquartier dauerhaft verankern. Ziel ist ein öffentlicher Diskurs über neue Wohn- und Lebensmodelle, die im Ostfeld ermöglicht werden können. Genossenschaftlicher Wohnungsbau soll gefördert werden.

Für eine sozial gerechte Bodenentwicklung in Wiesbaden

Der Weg, das Ostfeld über eine Städtebauliche Entwicklungssatzung (SEM) zu entwickeln, ist im höchsten Maß sozial gerecht! Der Mehrwert, den Ackerland durch die Aufwertung zu Bauland erfährt, wird für die Errichtung der Infrastruktur verwendet. Wenn am Ende dieser Entwicklung Geld übrigbleibt, bekommen dies die bisherigen Eigentümer ausgezahlt. Wird die Infrastruktur teurer als die Einnahmen aus dem Verkauf der baureifen Grundstücke, bezahlt dies die Stadt und somit wir alle als Steuerzahler. In jedem Fall erhalten die Eigentümer bereits jetzt einen höheren Betrag für ihre Grundstücke als den aktuellen Wert z.B. als Ackerland. Von Enteignung kann also nicht die Rede sein! Wovon die Eigentümer allerdings nicht sofort und auch nicht garantiert profitieren, ist der Wertzuwachs, der sich aus der Umwandlung des Ackerlandes in Bauland ergibt. Die SEM ist ein Beitrag zu bezahlbarem Wohnen. Zum einen muss das Angebot an Wohnungen wachsen, um bei weiter hoher Nachfrage preisdämpfend wirken zu können. Zum anderen wird bei der SEM der Verkaufspreis der baureifen Grundstücke vom Gutachterausschuss der LHW bestimmt und es bekommt nicht der Investor den Zuschlag, der am meisten zu zahlen bereit ist. Dies ist in Kombination mit einer urbanen Dichte die Voraussetzung, die Kosten, die aus dem Grundstück in die Miete oder in den Verkaufspreis von Wohnungen einfließen, möglichst gering zu gestallten.

Ein Stadtteil zum Arbeiten und der kurzen Wege

Der Stadtteil soll Wohnen und Arbeiten verbinden sowie ein Dienstleistungsangebot vor Ort schaffen. So soll kein reines Wohngebiet entstehen, sondern das Wohnen durch Handwerksbetriebe und andere Dienstleister ergänzt werden. Diese könnten zum Beispiel in eigenen Handwerkshöfen angesiedelt werden, Wohnen und Arbeiten soll in direkter Nachbarschaft möglich sein. So können Wege zur Arbeit zu Fuß, mit dem Rad zurückgelegt werden. Das eigene Auto wird für viele Bewohner:innen gar nicht mehr notwendig sein. Die Mitarbeiter:innen des Bundeskriminalamtes (BKA) wohnen z.B. im Ostfeld und kommen zur Arbeit, ohne einmal das überörtliche Straßennetz zu nutzen.

Ein weiteres Ziel ist die Sicherung von Arbeitsplätzen. Es ist ein Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen in Wiesbaden zu erwarten, vor allem in den Bereichen Unternehmensdienstleistungen und öffentliche Dienstleistungen. Mit der Entwicklung des Ostfelds wird dem Bedarf an Gewerbegrundstücken Rechnung getragen. Wichtig ist für uns die Ansiedelung des BKA, damit die Bundesbehörde auch in Zukunft einen festen Platz in der Landeshauptstadt hat. Diese soll zudem an die Ländchesbahn angebunden werden. Die Flächen, die wiederum heute vom BKA genutzt werden, sind die Konversionsflächen von morgen. Für diese innerstädtischen Flächen wollen wir schon jetzt an den Plänen für die Nachnutzung arbeiten. Hier ist ein Mix aus Arbeiten, Forschung und Bildung sowie Wohnen anzustreben.

Ein ökologischer Stadtteil

Die Gebäude im neuen Stadtteil Ostfeld müssen sich in Ausrichtung und Gestaltung konsequent am Passivhaus-Dämmstandard (<15 kWh/(m^2 a)) ausrichten, sodass der Heizwärmebedarf bei nur noch einem Bruchteil von durchschnittlichen Bestandsgebäuden liegt (z.B. Altbau vor 1980: ca. 150-200 kWh/(m^2 a)). Verpflichtend wird die Nutzung von Solarenergie auf und an den Gebäuden mit dem Ziel, einer möglichst weitgehenden Abdeckung des lokalen Bedarfs vorgesehen. Die bedarfsgerechte Bereitstellung von Strom, Wärme, Kälte und Mobilitätsleistungen wird durch ein integriertes Energie-

konzept gesichert, das eine sinnvolle Verknüpfung durch innovative Technologien ermöglicht. Auch bei der Errichtung der Gebäude ist die Verwendung umweltfreundlicher Baustoffe und innovativer Techniken ein wichtiges Ziel. Die sogenannte „graue Energie“ – die Energie, die zur Produktion und dem Transport sowie dem Einbau und auch später für den Abbruch benötigt wird, soll auf ein Minimum reduziert werden - und Schlupfsteine gemäß dem Artenschutzmodell „Animal Aided Design“ (AAD) werden dabei als Standard mit geplant und verbaut. Unter dem Motto „Smart City“ werden Informations- und Kommunikationstechnologien eingeführt, um die kommunalen Infrastrukturen, wie bspw. Mülltrennung und Müllvermeidung, Energie, Gebäude, Verkehr, Wasser und Abwasser zu verknüpfen.

In Zeiten des Klimawandels sehen die Städte einer Häufung von Wetterextremen mit Trockenperioden und Starkregenereignissen entgegen. Um sich diesen Herausforderungen zu stellen, sind Maßnahmen an Oberflächen und im Untergrund erforderlich. Das Ostfeld soll als sogenannte Schwammstadt gebaut werden. Das bedeutet, dass Niederschlagswasser auch bei Starkregenereignissen ortsnah gespeichert und dann im örtlichen Wasserkreislauf gehalten wird. Natürlich muss das Ostfeld eine Trennung der Abwasserkanäle für Schmutzwasser und Oberflächenwasser erhalten. Was so selbstverständlich klingt, ist aber nur dank der kompletten Neuplanung möglich. In bestehenden Strukturen ist die Umrüstung auf zwei Abwasserleitungen nicht zu finanzieren. Bei der Auslegung des Systems ist darauf zu achten, dass die Maßnahmen einen Mehrwert für die Nutzung und Gestaltung des Wohnumfeldes schaffen. Wasser auf den Plätzen, in Parks und Grünzügen stiftet Identität, führt zu kühlenden Effekten und steigert die Lebensqualität.

Ein gesunder Stadtteil

Die Quartiere im Wiesbadener Ostfeld sollen nach den Kriterien der gesunden Stadt entstehen. Es wird ein Wohn- und Arbeitsumfeld angestrebt, das positiv auf das physische, psychische, soziale und umweltbedingte Wohlergehen der zukünftigen Bewohner:innen und Beschäftigten wirkt. Im Fokus der Planung im Ostfeld steht ein Städtebau, der sich an den Merkmalen und Elementen gesunder Lebensbedingungen orientiert. Dies ist auch dank der kurzen Wege im Ostfeld möglich. Es ist erwiesen, dass ein Lebensumfeld, das alle Erledigungen des Tages zu Fuß ermöglicht, auch eine Prophylaxe für z.B. die Volkskrankheit Diabetes ist.

Ein mobiler Stadtteil

Mit einem Anteil von ca. 18 Prozent gehört der Verkehr zu den großen Verursachern von CO_2-Emissionen in Deutschland. Der Mobilität kommt damit im Rahmen einer klimagerechten Quartiersentwicklung eine besondere Bedeutung zu. Das Ostfeld wird als Stadtteil der kurzen Wege geplant werden. Dank einer Vielfalt an Mobilitätsangeboten sollen die Bewohnerinnen und Bewohner mobil unterwegs sein können, ohne auf einen eigenen Pkw angewiesen zu sein. Dafür ist ein leistungsstarkes ÖPNV-Angebot Grundvoraussetzung. Dieses muss auch schon betriebsbereit hergestellt sein, wenn die ersten Bewohner einziehen. Nur so kann in der Entscheidung, welche Wohnung ich mir leisten kann, schon einkalkuliert werden, ob ich überhaupt noch einen eigenen Wagen benötige.

Leitverkehre im Ostfeld sollen der Fuß- und Radverkehr sein. Die Verbindung in die Innenstadt und Region soll über schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr hergestellt werden. Nach dem Scheitern der Citybahn soll dies über eine Anbindung an die Ländchesbahn bzw. über eine Anbindung an den Bahnhof Wiesbaden-Ost realisiert werden, zudem Busse, Carsharing, Sammeltaxis, E-Scooter sowie Bike-and-Ride-Stationen dafür sorgen, dass wenig Autoverkehr im Viertel herrscht.

Stadtentwicklung zum Wohle der Stadt – Investoren Regeln geben

Als SPD setzen wir auch in den wirtschaftlich schwierigeren Zeiten weiterhin auf das integrierte Stadtentwicklungskonzept, das die unterschiedlichen Bedürfnisse wie Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Mobilität und Umweltverträglichkeit aufeinander abstimmt und einen Ausgleich zwischen privaten und öffentlichen Interessen, zwischen den Bedürfnissen von Innenstadt und Vororten, zwischen ökologischen und ökonomischen Belangen ermöglicht. Dieses Konzept ist zusammen mit den Bürger:innen stetig weiterzuentwickeln.

Investoren haben sich an diese politisch vorgegebenen Leitlinien zu halten. Wenn die Entwicklung der Stadt von den Interessen einzelner Investoren bestimmt worden war, war das oft zum Nachteil der Stadt, wie z.B. die Gestaltung des Luisenforums mit dem Übergang über die Schwalbacher Straße zeigt. Es muss aber auch verhindert werden, dass Projekte wie z.B. die City-Passage oder das Zollamt in Biebrich – trotz größtem Entgegenkommen der Stadt – viele Jahre brach liegen. Die Landeshauptstadt ist also einerseits in vielen Bereichen auf eine gute Zusammenarbeit mit potenziellen Investoren angewiesen, muss aber gleichzeitig die eigenen Ziele gegenüber deren wirtschaftlichen Interessen behaupten und die Umsetzung von vereinbarten Planungen mit allen rechtlichen Mitteln durchsetzen. Dafür braucht es eine starke und personell gut aufgestellte Stadtverwaltung. Dies gilt künftig umso mehr unter den voraussichtlich schwierigeren finanziellen Rahmenbedingungen.

2018 hat das Stadtparlament auf Initiative der SPD die WiSoBoN-Richtlinie zur Wiesbadener Sozialgerechten Bodennutzung beschlossen. Danach ist der Investor verpflichtet, sich an den Baukosten für Kindertagesstätten und Grundschulen zu beteiligen, die durch sein Bauvorhaben für die Stadt entstehen. Unabhängig davon besteht die Verpflichtung, bei den Wohnungen einen Anteil von mindestens 22 Prozent an geförderten Wohnraum zu errichten. Die SPD tritt weiter dafür ein, Investoren an den Folgekosten für die soziale Infrastruktur zu beteiligen. Immerhin steigen die Grundstücke der Investoren erheblich im Wert, wenn die Stadt durch eine Änderung des Planungsrechtes Wohnbebauung ermöglicht. Auch deshalb wollen wir den Anteil von sozial geförderten Wohnungen bei Investorenprojekten von derzeit 22 auf 30 Prozent anheben.

Aktive Bodenpolitik für Wiesbaden

Grund und Boden ist nicht beliebig vermehrbar, sondern eine endliche Ressource. Der massive Anstieg der Bodenpreise schlägt auf die Mieten durch und ist einer der wesentlichen Gründe für die Mietpreis-

entwicklung der letzten Jahre. Deshalb brauchen wir eine Bodenbevorratungspolitik, wie sie z.B. durch den Erwerb von Teilen des Dyckerhoffbruchs und von Konversionsflächen (Kastel Housing, Fläche des American Arms in der Frankfurter Straße) begonnen wurde. Die Stadt muss aber auch die rechtlichen Möglichkeiten von Vorkaufsrechten viel stärker nutzen. Außerdem soll sie eigene Flächen, wenn sie sie nicht selbst bewirtschaftet (direkt oder in Form einer städtischen Gesellschaft), nur noch in Erbbaurecht privaten Dritten überlassen. Bei der Entwicklung von neuen Quartieren soll nicht mehr der Höchstbietende den Zuschlag bekommen, sondern, wie bereits teilweise in Bierstadt Nord, das beste Konzept für bezahlbaren Wohnraum und ein gutes Miteinander in unserer Stadt bei Schonung des Klimas. Denn Höchstpreise sorgen für höchste Mieten.

Wiesbaden als Teil der Rhein-Main-Region

Wiesbaden ist keine Insel. Gelegen im Rhein-Main-Gebiet mit hunderttausenden Arbeitsplätzen, einer regional, deutschlandweit und international hervorragenden Verkehrsanbindung ist Wiesbaden abhängig von der Entwicklung der Region. Nicht nur aufgrund der Landesentwicklungspläne sind die Auswirkungen der Entscheidungen in Wiesbaden auf die Region zu beachten, sondern es liegt auch in unserem eigenen Interesse, dass die Wettbewerbsfähigkeit dieser polyzentrischen Rhein-Main-Region erhalten bleibt und dass sie ihren Beitrag zur Erfüllung der internationalen Klimaschutzziele leistet. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen in Fragen des Wohnungsangebots, der Entwicklung von Gewerbeflächen, der Verkehrsinfrastruktur und der Abfallwirtschaft ist dafür unerlässlich.

Bei der Zusammenarbeit der Weiterentwicklung des ÖPNV mit der Deuutschen Bahn und dem RMV sieht die SPD die Kommunen auf einem guten Weg. Für die Entwicklung von Bauland wurde eine gemeinsame Gesellschaft der Stadt Frankfurt am Main und der Landeshautstadt Wiesbaden, die Entwicklungsgesellschaft Metropolregion RheinMain mbH, gegründet. Diesen Ansatz wollen wir grundsätzlich weiterverfolgen, auch wenn derzeit noch keine konkreten Erfolge vorzuweisen sind.

Wir wollen:

- bei Neubaugebieten, dass private Investoren mindestens 30 Prozent geförderte Wohnungen und bei städtischen Projekten mindestens 40 Prozent bauen
- bei Sanierungen und Neubauten Holz als Bau- und Dämmstoff nutzen sowie Photovoltaikanlagen, Solarthermie und begrünte Dächer mitplanen
- Maßnahmen, wie Lebendige Zentren „Innenstadt-West“ (ehemals Aktive Kernbereiche - Laufzeit noch bis 2024) und sozialer Zusammenhalt Inneres Westend (ehemals soziale Stadt Westend) fortführen
- Quartiere gemischt, nachhaltig, effizient planen und bauen
- Quartiere möglichst autofrei planen und umsetzen
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung: möglichst schonender Umgang mit unversiegelten Böden
- das Stadtplanungs- und des Bauaufsichtsamtes personell besser ausstatten
- das Integriertes Stadtentwicklungskonzept umsetzen und weiterentwickeln
- Konzeptvergaben statt maximaler Verwertung
- ein konsequente Bodenbevorratungspolitik und Vorkaufsrechte sichern.

Wiesbaden ist... mehr Mobilität für alle!

Die Menschen in Wiesbaden sind auf unterschiedliche Weise mobil: zu Fuß, mit dem Rad oder dem Auto, mit Bussen und Bahnen. Alle Verkehrsteilnehmer:innen unter einen Hut zu bekommen, ist mitunter schwierig, insbesondere dort, wo nicht viel Platz im Straßenraum ist. Um das drohende Dieselfahrverbot zu verhindern, hat die Stadt Wiesbaden in den vergangenen Jahren viel unternommen: So wurde der Radverkehr gestärkt, Busspuren wurden zu Umweltspuren umgebaut und neue Umweltspuren geschaffen. Der gesamte Verkehr soll ab 2021 digital gesteuert werden. Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung, sodass Autos wieder zügiger vorankommen.

Wir wollen, dass alle Verkehrsteilnehmer:innen gleichberechtigt und schnell von A nach B kommen. Für die einen mag das Rad, für die anderen der Bus, für die Dritten das Auto die beste individuelle Lösung sein. Manch einer könnte durch einen neuen Fahrradweg oder eine Buslinie aber auch zum Umstieg weg vom Auto motiviert werden. Denn Wiesbaden verkraftet nicht noch mehr Autoverkehr. Das funktioniert aus unserer Sicht am besten mit positiven Anreizen – nämlich einem starken, bezahlbaren und verlässlichen öffentlichen Nahverkehr, der zum Umsteigen einlädt. Die Einführung von Restriktionen und Verboten für den Autoverkehr, ohne entsprechende Alternativen zu schaffen, kann keine Lösung sein – denn Mobilität für alle muss möglich sein!

Insbesondere sind wir davon überzeugt, dass die allerwenigsten Menschen sich nur für ein Verkehrsmittel entscheiden. Vielmehr entscheiden sich die allermeisten, was in der jeweiligen Situation sinnvoll ist: schnell, günstig, praktisch. Das kann das Auto sein, das kann Carsharing sein, aber eben auch Bus, Bahn und Rad. Oder auch mal der Fußweg. Deshalb lehnen wir pauschale Zuweisungen in der öffentlichen Debatte zurück. Aussagen wie „die Radfahrer“ oder „die Autofahrer“ spalten und erschweren die Erarbeitung von gemeinsamen Lösungen. Wichtige Verkehrsprojekte, von denen im Zweifel alle profitieren, verlieren so unnötig an Akzeptanz.

Konkret wollen wir:

- die bisherigen Entwicklungen und Zielvorgaben des Mobilitätsleitbildes und des Verkehrsentwicklungsplans unterstützen. Der Ausbau von Park & Ride-Parkplätzen, ein BikeSharing-Programm muss weiter und intensiver verfolgt werden. Um alle Mobilitätsformen unter einem Hut zu bringen und Menschen zur Nutzung aller Mobilitätsformen zu bewegen, braucht es eine umfangreiche App für alle Mobilitätsangebote.

Dieselfahrverbot vermeiden – Gesundheit der Menschen schützen.

Stickoxide sind lebensgefährlich. Epidemiologische Studien gehen davon aus, dass an der Überschreitung der Grenzwerte von 40 Mikrogramm jährlich so viel Menschen sterben wie im Straßenverkehr. Durch ein ambitioniertes Maßnahmenpaket hat Wiesbaden die Luftschadstoffe deutlich senken können. Ein Dieselfahrverbot konnte bisher abgewendet werden. Hier dürfen wir nicht nachlassen – denn mit den Maßnahmen schützen wir die Gesundheit der Menschen und ermöglichen auch Autos mit Dieselmotoren die Einfahrt in die Stadt – mit Blick auf die Verbreitung dieser Antriebsart sicher die stärkste Unterstützung für diejenigen, die auf ein Fahrzeug angewiesen sind.

Nachts Tempo 30 auf den Hauptverkehrsstraßen mit dichter Wohnbebauung – so können Anwohner:innen ungestört schlafen. In Erbenheim wurde dies dem Ortsbeirat versprochen, wir halten das Versprechen. Wir sind grundsätzlich für die weitere Ausweisung von Tempo 30 – insbesondere in den Vororten mit viel Durchgangsverkehr. Wir wollen prüfen, ob nicht in allen Seitenstraßen Tempo 30 zur Vorschrift werden kann. Einbahnstraßen in Wohngebieten sollen häufiger in Spielstraßen umgewandelt werden, sofern das mit Blick auf die Verkehrssicherheit möglich ist.

Gerade die östlichen Vororte leiden unter einem hohen Verkehrsaufkommen. Durch Nachverdichtung und neue Baugebiete droht dies weiter zuzunehmen. Wir wollen gute Verkehrskonzepte für die östlichen Vororte entwickeln, um die Gesundheit der Menschen zu schützen und die Verkehrsbelastung mit täglichen Staus zu reduzieren.

Konkret wollen wir:

- Dieselfahrverbote vermeiden und die Umsetzung des Luftreinhalteplans. Dabei ist jede einzelne Maßnahme zu betrachten und den politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen. Insbesondere erwarten wir bei einschneidenden Maßnahmen, die gewohnte Fahrtwege der Menschen strukturell verändern, eine frühzeitige und breite Information der Öffentlichkeit
- überörtlichen Durchgangsverkehrs vom ersten auf den zweiten Ring verlagern. Dazu ist zu prüfen, wo und in welchem Umfang der zweite Ring – insbesondere im Bereich der Kreuzungen zu ertüchtigen ist
- Tempo 30 nachts auf Hauptverkehrsstraßen mit starker Wohnbebauung sowie Tempo 30 in den Seitenstraßen. Wo es sinnvoll ist wollen wir Einbahnstraßen zu Spielstraßen umwidmen
- Die schon jetzt vom Verkehr geplagten Vororte müssen entlastet werden, zumal dort viele neue Baugebiete entstehen und die Lage noch verschärfen. Wir beginnen mit einem übergreifenden Konzept für die östlichen Vororte

Starker öffentlicher Nahverkehr als Rückgrat

Unser oberstes Ziel der städtischen Verkehrspolitik ist und bleibt die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). ESWE Verkehr ist hierbei unser Partner, dessen Angebote im Kernbereich des Busbetriebes wir konsequent stärken wollen. Wir brauchen eine starke Verknüpfung der Vororte untereinander, aber auch mit der Innenstadt. Wir sehen allerdings heute bereits, dass auf einigen Linien Kapazitätsgrenzen erreicht sind – nach dem Aus für die Citybahn müssen auch neue Buslinien geprüft werden. Insbesondere Gewerbegebiete in den Vororten – wie etwa in Delkenheim – brauchen eine bessere Busanbindung.

Entscheidend für die Nutzung des Nahverkehrs ist der Preis. Und dieser ist aus unserer Sicht für viele Menschen zu hoch – Mobilität muss bezahlbar bleiben, auch damit Menschen mit niedrigen Einkommen am

öffentlichen Leben teilhaben können. Wir wollen deshalb:

- Busfahren für einen Euro pro Tag, das macht 365€ im Jahr für alle Wege im Stadtgebiet

Mit diesem Tarif sollen nicht nur mehr Menschen zum ÖPNV wechseln. Das 365€-Ticket ist auch eine große finanzielle Entlastung für diejenigen, für die das Jahresticket derzeit nicht erschwinglich ist. Das Geld für diese Maßnahme steht bereits im Haushalt 2021 zur Verfügung, wir wollen dieses Projekt umsetzen – möglichst mit umfassender finanzieller Unterstützung von Bund und Land.

Mit einem Jobticket können Arbeitgeber Anreize für ihre Mitarbeiter:innen schaffen und haben ein weiteres Pfund beim Wettbewerb um Fachkräfte im Angebot. Die Stadt Wiesbaden geht mit gutem Beispiel voran. Wir wollen diese Angebote auch bei städtischen Gesellschaften umsetzen. Mit großen Unternehmen wollen wir gezielt Gespräche über Jobtickets führen.

Um Pendlerströme aus dem Umland, insbesondere aus dem Taunus, vom Auto auf öffentliche Verkehrssystem zu bekommen, braucht es Anreize. Dazu braucht es die Kooperation mit den Nachbarkommunen und Landkreisen, die für die Einpendler verantwortlich sind.

Konkret wollen wir:

- mehr Buslinien, die die Vororte (z.B. Ringlinie östliche Vororte) und die Nachbarkommunen besser untereinander und mit der Innenstadt verbinden
- Schnellbuslinien vom Umland in die Innenstadt, insbesondere zu den Stoßzeiten im Berufsverkehr
- ein Konzept zur Gestaltung des östlichen Vorplatzes vom Hauptbahnhof, inkl. der Busterminals und der Park&Ride-Anlagen
- mehr Jobtickets bei großen Unternehmen in Wiesbaden und insbesondere bei städtischen Beteiligungen fördern
- das 365-Euro-Tickets einführen – ein zentraler Beitrag für bezahlbare Mobilität für alle
- Ausbau von Haltestellen mit Wartehäuschen
- den benutzerfreundlichen Umbau der Haltestelle Platz der Deutschen Einheit inkl. städtebaulicher Aufwertung (mehr Fläche für Fußgänger, Entzerrung der Nutzung zwischen Gastronomie und Haltestelle)

Wiesbaden ist... auch Fahrradstadt

Ein Radanteil von 25 Prozent ist in den nächsten fünf Jahren möglich – wenn wir die notwendige Infrastruktur schaffen. Auch Radfahrer:innen brauchen angemessenen Verkehrsraum – ihre Radwege müssen langfristig mindestens die gesetzliche Mindestbreite haben, da wo es möglich ist. Radschnellwege nach Mainz, Taunusstein und Frankfurt nehmen wir in Angriff. Die Mittel für den Ausbau und die Stärkung der Radinfrastruktur werden wir beibehalten: 10 Euro pro Kopf und Jahr. Auch Fahrradschutzstreifen („Protected-Bike-Lanes“) tragen zur Sicherheit im Radverkehr bei.

Mit Pedelecs und E-Bikes nimmt die Bedeutung der Topografie der Stadt immer mehr ab. Hügelige Routen in den Wiesbadener Osten oder nach Dotzheim sowie Biebrich oder Nordost sind damit auch für untrainierte Menschen zu schaffen.

Konkret wollen wir:

- den Radverkehrs ausbauen: die Förderung von 10 Euro pro Einwohner beibehalten und den Radverkehrs auf 25 Prozent in fünf Jahren erhöhen
- Radschnellwege ausbauen
- den Radweg entlang der Mainzer Straße Richtung Biebrich ausbauen sowie den Mittelstreifens auf dem Bismarckring, dem Kaiser-Friedrich-Ring und der Rheinstraße ertüchtigen
- Investitionen in Fahrradschutzstreifen („Protected-Bike-Lanes“)
- ein Investitionsprogramm in E-Bikes und Lastenräder
- den Ausbau der Rad-Abstellinfrastruktur. Je nach Anforderung kann das beispielsweise in Form von normalen Fahrradbügel, abschließbaren Fahrradboxen oder Abstellflächen mit ausreichenden Maßen für Lastenräder geschehen. In städtischen Einrichtungen soll außerdem, soweit machbar und sinnvoll, die Einrichtung von sicheren Abstellmöglichkeiten von Lastenfahrrädern berücksichtigt werden.

Parken und Lieferverkehr

Parken ist in Wiesbaden ein sensibles Thema. Um jeden Parkplatz wird heftig gerungen. Das ist für jede und jeden einzelnen auch verständlich. Gerade in den Feierabendstunden wird die Parkplatzsuche in einigen Stadtteilen für viele ein Marathonakt – man kreist und kreist und parkt am Ende sein Auto zur Not auch dort, wo aus Sicherheitsgründen eigentlich nicht geparkt werden darf. Wir brauchen in Wiesbaden endlich ein Parkraumkonzept, das seinem Namen gerecht wird. Mit dem Bau von Quartiersgaragen, Park&Ride-Anlagen und der Kooperation mit Unternehmen zur nächtlichen Nutzung ihrer Parkflächen wollen wir gegensteuern.

Die Parkraumbewirtschaftung in der Stadt muss sich ändern. Wir wollen wieder Zugriff auf die verpachteten Parkhäuser der Stadt haben, auch wenn es dazu eines langen Atems bedarf. Damit wollen wir Einfluss auf die Verkehrssteuerung erhalten, aber auch einen Finanzierungsbeitrag für den ÖPNV generieren.

Eine übermäßige Anpassung der Gebühren für das Anwohnerparken lehnen wir hingegen ab, da mit der Gebühr kein Anrecht auf einen festen Stellplatz verbunden ist und die Preise für private Stellplätze weiter nach oben treibt. Letzteres ist mit Blick auf soziale Fragen ebenso von Bedeutung wie der damit verbundene Anreiz, Innenhöfe als Stellplätze zu vermieten, anstatt diese zu begrünen und Aufenthaltsorte für Anwohner zu nutzen.

Im Bereich der Logistik für Lieferverkehre wollen wir neue Wege gehen und die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Ebenso können E-Cargo-Bikes für den letzten Streckenabschnitt Abhilfe schaffen. Das berühmt-berüchtigte „Zweite-Reihe“-Parken gefährdet nicht nur andere Verkehrsteilnehmer:innen, es führt an vielen Stellen auch zu erheblichen Behinderungen des Verkehrs. Es muss allerdings weiterhin

gewährleistet sein, dass Gewerbetreibende an ihre Waren kommen. Deswegen führen wir intelligente Lieferzonen ein. Hier können Paketdienste sich per App einen Parkplatz reservieren.

Konkret wollen wir:

- neu Park&Ride-Anlagen bauen und bestehender Einrichtungen ertüchtigen
- Quartiersgaragen in stark überlasteten Gebieten errichten
- neue Wege der Parkraumbewirtschaftung und die Parkhäuser in städtische Regie überführen
- keine übermäßige Verteuerung des Anwohnerparken
- ein Verkehrs- und Parkleitsystem für die Innenstadt
- ein Logistikkonzept für Lieferverkehr mit Güterverteilstationen, an denen die Empfänger auch per Lastenfahrrad kleinere Kontingente abholen können, inkl. Lieferzonen, die per App gebucht und zugewiesen werden

Klimaschutz im Verkehrsbereich

Der wichtigste Beitrag für mehr Klimaschutz im Verkehr liegt im Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr oder das Rad – hier gilt es entsprechende Anreize zur Nutzung zu setzen (siehe oben). Darüber hinaus kann die Stadt Wiesbaden weitere Maßnahmen ergreifen:

- den gesamten ESWE-Fuhrparks auf Energie aus regenerierbaren Quellen (Elektrobusse und Wasserstoffantrieb) umstellen. Dabei ist die Herkunft des Stroms entscheidend, ansonsten werden Emissionen nur verlagert (was mit Blick auf die Luftqualität bereits ein erster Erfolg wäre)
- öffentliche Ladestationen für Elektrofahrzeuge im gesamten Stadtgebiet ausbauen und entsprechende Parkflächen ausweisen

Mehr Sicherheit für alle

Wir gestalten den Verkehr von den Schwächsten her. Gerade die Schulwegesicherung muss bei jeder neuen Verkehrsplanung und bei jeder städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme mitgedacht werden. Der Schulweg muss überall und für jeden sicher sein. Generell haben Fußgänger:innen als schwächste Verkehrsteilnehmer:innen „Vorfahrt". Das gilt insbesondere für die Fußgängerzone. Zu bestimmten Zeiten müssen Radfahrer absteigen und schieben, denn die Fußgängerzone soll zum Verweilen und Bummeln einladen.

In Wiesbaden ist zudem ein neues Verkehrsmittel heimisch geworden: Der E-Scooter soll das Verkehrsmittel für die letzte Meile sein. Theoretisch können E-Scooter so gesteuert werden, dass sie auf bestimmten Flächen gesperrt werden ("Geo-fencing"). Appelle auf mehr Rücksichtnahme werden dann überflüssig. Wir wollen die Anbieter:innen und Nutzer:innen hier nicht aus ihrer Verantwortung lassen, was das Fahren und das Abstellen ihrer Geräte betrifft.

Kreuzungen sind Unfallschwerpunkte. Sie sind auf den motorisierten Verkehr ausgerichtet und deshalb eine besondere Gefahr für den Radverkehr und Fußgänger:innen. Dagegen gibt es in den Niederlanden „geschützte Kreuzungen" mit guten Sichtbeziehungen zwischen Rad- und Autoverkehr. Bevor ein Auto einen Radweg kreuzt, steht es im rechten Winkel. Ein Schulterblick ist nicht mehr nötig. In Kopenhagen sorgen getrennte Ampelphasen für Fußgänger:innen, Radfahrer:innen und den Autoverkehr für mehr Sicherheit. Neuralgische Orte wie der Amöneburger Kreisel, am ersten Ring und an weiteren Stellen in Wiesbaden müssen fahrradfreundlicher werden. Fußgänger:innen können in einer Ampelphase die Kreuzungen überqueren.

Konkret wollen wir:

- Schulwege sichern und den Grundsatz „kurze Beide – kurze Wege" beibehalten
- die Verkehrserziehung an den beiden Verkehrsübungsplätzen erhalten
- angemessene Ampelphasen für Fußgänger:innen
- klarere Regelungen für E-Scooter
- Unfallschwerpunkten in „geschützte Kreuzungen" umbauen

Carsharing-Angebote ausbauen

Carsharing-Angebote können – gerade in der Innenstadt – ein wichtiger Baustein sein, zusätzliche Mobilitätsangebote zu machen und Anreize zu schaffen, auf ein eigenes Auto zu verzichten oder zumindest kleinere Fahrzeuge zu wählen. Problematisch bleibt aber die relativ geringe Anzahl an Stationen mit weiten Laufwegen bis zur Wohnung – hierfür müssen gemeinsam mit der Stadt Lösungen gefunden werden – idealerweise werden die Flächen für „free-floating" (d.h. freie Abstellmöglichkeit im öffentlichen Raum) ausgeweitet. Ebenso sind für uns Kombinationsmodelle mit ESWE Verkehr (günstigere Preise für Inhaberinnen und Inhaber von Zeitkarten) und der Stadt (z.B. Vergabe eines Budgets an Bürger:innen ,die ihre Autos abschaffen). Unser Ziel ist es darüber hinaus, eine schnelle Elektrifizierung der Flotten zu erreichen – denn nur so sparen wir tatsächlich Schadstoffe und CO2 ein.

Konkret wollen wir:

- mehr Stationen im Stadtgebiet und größere free-floating-Bereiche
- stärkere Bereitstellung von Parkflächen auf Flächen städtischer Unternehmen (insbesondere der GWW und GeWeGe)
- attraktive Kombi-Tarife mit dem Nahverkehr und für städtische Programme
- ggf. Gründung eines Joint-Ventures mit einer Car-Sharing-Firma, um das Angebot zu verbessern

Mehr Experimente wagen

Nicht alles, was auf dem Reißbrett gut aussieht, bewährt sich in der Praxis. Das zeigt sich ganz deutlich an der unfallträchtigen Umgestaltung der Kreuzung am Landeshaus. Hier müssen Fehlentscheidungen korrigiert und alternative Lösungen umgesetzt werden. Abbiegemöglichkeiten für den Individualverkehr ersatzlos zu sperren bzw. auf untaugliche Alternativen zu verweisen, ist keine Lösung. Aber auch umgekehrt gilt, dass viele Probleme, vor denen man sich fürchtet, in der Praxis nicht auftreten oder lösbar sind. Deshalb: nicht nur Masterpläne

schreiben, sondern einfach mal etwas ausprobieren!

Pilotprojekte wie die Fußgängerzone in der Wellritzstraße zeigen, dass Skepsis gegenüber neugedachtem Verkehrsraum nach praktischer Umsetzung schnell verfliegen kann und die Vorteile überwiegen. Gerade dieses Beispiel zeigt aber auch: Für eine langfristige Umsetzung muss der improvisierte Charakter (z.B. Gestaltung des öffentlichen Raums) dann in feste Strukturen überführt werden.

Keine Citybahn – und dennoch mehr Schienenverkehr

Eine Bahn kann mehr Menschen schneller von A nach B bringen, als alle anderen Verkehrsmittel. Das Projekt City-Bahn ist jedoch an der Ablehnung einer breiten Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gescheitert. Dies ist zu akzeptieren. Stattdessen wollen wir unseren Blick stärker auf vorhandene Eisenbahntrassen von und nach Wiesbaden richten. Diese gilt es, wieder in Betrieb zu nehmen und zu stärken. Damit verfolgen wir die aus unserer Sicht zweitbeste Lösung nach der Ablehnung der Citybahn. Wir sind uns bewusst, dass dies nicht alleine in der Hand Wiesbadens liegt, sondern auch Städte und Gemeinden in der Nachbarschaft überzeugt werden und auch das Land und der Bund hierfür unterstützen müssen.

Konkret wollen wir:

- Ländchesbahn: Die Ländchesbahn verbindet Wiesbaden mit Niedernhausen; von dort gibt es eine Bahnverbindung bis nach Idstein und Diez. Diese Linie soll perspektivisch durch das Ostfeld führen und dort auch den neuen Standort des BKA anbinden. Alte Haltepunkte, wie am Rhein-Main-Theater in Niedernhausen sollten reaktiviert und zusammen mit einem P&R-Platz ausgebaut werden.
- Rheinschiene: Von Koblenz über den Rheingau und Wiesbaden nach Frankfurt. Die Rheingau-Linie ist nicht nur unter der Woche bei Berufspendlern beliebt. Am Wochenende nutzen die Einwohner:innen des Rhein-Main-Gebietes die Bahn, um im Rheingau zu wandern und den ein oder anderen Wein zu trinken. Die Linie wird seit Jahren verstärkt genutzt. Eine engere Vertaktung ist erwünscht.
- Wallauer Spange: Das verbindende Element mit eigenem Haltepunkt zwischen Delkenheim und Wallau ist von oberster Priorität für Wiesbaden, um endlich vernünftig an das ICE-Netz angebunden zu werden. Nicht nur werden so die Fahrtzeiten nach Frankfurt und Darmstadt, sondern eben auch an den Frankfurter Flughafen und den Fernbahnhof verkürzt. Das macht die Bahn deutlich attraktiver, weil Menschen aus den östlichen Vororten eine attraktive Alternative zum Auto erhalten. Die Bürger:innen in Delkenheim müssen bei der Ausgestaltung des Haltepunktes beteiligt werden und es braucht eine kluge Verkehrsplanung für die Pendler:innen, die zum Haltepunkt fahren.
- Aartalbahn: Die Aartalbahn könnte für viele Pendler aus dem Taunus eine echte Alternative zum Auto darstellen - pünktlich und witterungsunabhängig wäre theoretisch eine Fahrt bis Mainz oder Frankfurt möglich. Unser Ziel: Von Dietz und Limburg bis nach Frankfurt fahren – je weniger Notwendigkeit umzusteigen, desto attraktiver wird die Bahn. Aber schon eine Ertüchtigung bis Hauptbahnhof Wiesbaden könnte die Innenstadt Wiesbadens entlasten. Immer wieder war die stillgelegte Strecke im Gespräch, doch aus Kostengründen stets verworfen worden. Die Ertüchtigung des Bahnkörpers, die Reparatur und Erneuerung etlicher Brückenbauwerke sowie eine ggf. notwendige Elektrifizierung der Strecke machen hohe Investitionen notwendig. Aber nach der Ablehnung der Citybahn im Bürgerentscheid sollte eine erneute Prüfung erfolgen – auch weil bundespolitische Veränderungen bei der Finanzierung eintreten könnten.
- grundsätzlich eine Aufwertung der Wiesbadener Bahnhöfe in den Vororten anstreben

Besser und sicherer unterwegs: Durchsetzung geltender Regeln

Im Wiesbadener Verkehr konkurrieren viele Menschen um denselben, oft knappen Verkehrsraum. Die entstehenden Konflikte erfordern klare Regeln sowie deren Kontrolle. Die Wiesbadener Stadt- und Verkehrspolizei leisten bereits einen guten Job bei der Durchsetzung der Verkehrsregeln. Dennoch kommt es immer wieder zu Verstößen, wodurch andere Verkehrsteilnehmer beeinträchtigt, behindert oder gar gefährdet werden.

Falsch abgestellte Fahrzeuge führen besonders an Kreuzungen häufig zu Behinderungen von Fußgängern oder gar Rettungsfahrzeugen. In zweiter Reihe stehende Fahrzeuge behindern den Verkehrsfluss. Die Akzeptanz von Ladezonen basiert maßgeblich darauf, wie zuverlässig diese frei von unerlaubt parkenden und haltenden Fahrzeugen sind. Auch wild abgestellte Fahrräder und E-Scooter können Fußwege und Radwege beeinträchtigen.

Kreuzungen, die nicht konsequent freigehalten werden, behindern den Verkehr für alle anderen Verkehrsteilnehmer. Auch eigentlich sinnvolle Eingriffe in den Verkehr können ihre Wirkung nicht entfalten, wenn beispielsweise veränderte Verkehrsführungen nicht konsequent durchgesetzt werden. Auch neun Monate nach Änderung des Linksabbiegers an der Ringkirche wird dieser immer noch nicht durchgängig beachtet – auf Kosten des restlichen Verkehrsflusses.

Aber auch Bus- und Umweltspuren können ihre volle Wirkung nur entfalten, wenn sie konsequent frei sind. Bushaltestellen können nur zuverlässig barrierefrei sein, wenn die Busse ausreichen Platz zum Ein- und Ausscheren haben. Die Standzeiten von dort unerlaubterweise haltenden Fahrzeugen sind aber häufig zu kurz, um Stadt- und Verkehrspolizei zu aktivieren.

Konkret wollen wir:

- geänderte Verkehrsführungen besonders in der Anfangszeit über längere Zeit konsequent kontrollieren
- Überwege und Kreuzungsbereiche verstärkt kontrollieren, um sichere und komfortables Kreuzen sicherzustellen – für Kinderwagen, Rollstuhl oder Rollator
- Bushaltestellen und Busspuren konsequenter freihalten. Wo möglich und notwendig, sollen Bushaltestellen dafür als Kap (statt als Bucht) realisiert werden. Das erhöht die Barrierefreiheit.

Da Busse an diesen Kap-Haltestellen nicht mehr ein- und ausscheren müssen, kann die freiwerdende Fläche zur Begrünung, für Fahrradabstellflächen oder Parkplätze genutzt werden.

- neu gekaufte Busse mit DashCams ausgestatten, die bei Behinderungen von Busspuren und -haltestellen eine Dokumentation und Ahndung per Tastendruck ermöglichen.

Wiesbaden ist... aktiver Klimaschutz vor Ort

Effizienzsteigerung beim Klimaschutz

Klimaschutz ist auch eine zentrale kommunalpolitische Aufgabe, selbst wenn die Zuständigkeiten hierfür oft beim Bund oder den Ländern liegen. Die Vermeidung von Emissionen und die Anpassung der Stadt an den Klimawandel bedürfen aber eines engagierten Handelns vor Ort. Und Kommunen sind dafür bestens gerüstet, da sie die Gegebenheiten vor Ort und die Handlungsmöglichkeiten gut kennen und einschätzen können. Und dennoch: Wir haben unsere eigenen, als Stadt Wiesbaden gesteckten Klimaschutzziele verfehlt. Die Ursachen dafür sind vielfältig und liegen nicht allein bei der Stadt. Eine wirksame und rasche Umsetzung von Maßnahmen zur energetischen Modernisierung sowie zum Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien sind, nicht nur für das Erreichen der Klimaschutzziele, daher unbedingt notwendig.

Nur folgerichtig war die Entscheidung, in und für Wiesbaden den Klimanotstand auszurufen. Dies erfordert an vielen Stellen weitreichende Maßnahmen zum Schutze des Klimas. Allerdings kosten Klimaschutzmaßnahmen Geld, sie sind nicht zum Nulltarif zu haben. Für die SPD ist wichtig, dass diese Lasten gerecht verteilt werden und sozial ausgewogen sind. Einseitige Belastungen wollen wir vermeiden, aber auch nicht mit eventuellen sozialen Einwänden grundsätzlich ablehnen. Dies ist eine große Herausforderung, der wir uns in der nächsten Wahlperiode noch entschiedener stellen werden.

Nach dem bisherigen Ansatz wird versucht, auf jedem Feld möglichst viele Treibhausgase, insbesondere CO_2, einzusparen. Daraus folgen viele Einzelmaßnahmen und Ideen über viele Themenfelder hinweg – unabhängig von den damit verbundenen Kosten. Wir finden: es muss umgedacht werden. Statt die begrenzten Mittel in vielen Maßnahmen zu verzetteln, brauchen wir eine Fokussierung auf diejenigen Maßnahmen, bei denen wir am meisten CO_2 pro investierten Euro einsparen. Damit ermöglichen wir die größten Erfolge für die Energiebilanz und das Klima – denn im Ergebnis sparen wir mehr CO_2 ein als jetzt. Aus unserer Sicht muss sich das kommunale Energiemanagement mit dieser Aufgabe und der Priorisierung von Maßnahmen immer wieder neu beschäftigen.

Energieeinsparung bei Wärme- und Strombedarf

Fast 40 Prozent des Energieverbrauchs der privaten Haushalte fallen auf Gebäude. Das hat sich leider in den letzten Jahren kaum verändert – auch in Wiesbaden nicht. Gerade was das Thema Sanieren im Bestand angeht, sind wir in Wiesbaden im Prinzip gut aufgestellt. Über die Klimaschutzagentur und den Innovations- und Klimaschutzfonds der ESWE Versorgung AG gibt es derzeit sechs Förderprogramme zum energieeffizienten Sanieren, zur CO_2-Reduzierung in Wohngebäuden, zur Sanierung bei denkmalgeschützten Gebäuden und zur Förderung von Solarstrom. Diese Programme werden fortgeschrieben und um notwendige Komponenten, bspw. Innendämmung, erweitert. Letztlich ist die energetische Sanierung aber eine Entscheidung der privaten Hauseigentümer. Hier möchten wir bei den Verbänden verstärkt für Maßnahmen werben.

Stärker in den Fokus nehmen müssen und können wir hingegen die städtischen Liegenschaften und die kommunalen Wohnungen. Die SPD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass die energetische Sanierungstätigkeit bei der stadteigenen GWW noch mehr Fahrt aufnimmt. Möglich wäre dies, indem auf die Gewinnabführung der GWW zu Gunsten des städtischen Haushaltes in Höhe von 1,5 Mio. Euro pro Jahr verzichtet wird, um diese in zusätzliche energetische Sanierungen der Wohnungen zu investieren. Zudem wollen wir einen Klimaschutztopf für Wiesbaden, der deutlich umfassender ausgestattet wird, als das bisher der Fall ist. Hier kommen die Kraftwerke Mainz Wiesbaden (KMW) ins Spiel. Diese gehören den Stadtwerken der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Stadt Mainz. Die KMW hat in den Jahre 2008 geplant, ein großes Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue zu bauen. Dieses Projekt scheiterte am lautstarken Widerstand der Bürger:innen in Wiesbaden, aber auch aus einigen politischen Parteien, so auch der SPD Wiesbaden. Ein Teil der Mittel für dieses Projekt ist bei der KMW noch vorhanden, es handelt sich um einen zweistelligen Millionenbetrag.

Wir möchten, dass die KMW AG einen möglichst großen Teil der Summe ausschüttet, ggf. auch über mehrere Jahre gestreckt. Davon möchten wir den Wiesbadener Klimatopf auffüllen und damit die energetische Sanierung (Dämmung, Fenster, Heizungsanlagen etc.) von öffentlichen Gebäuden, wie Schulen, Sporthallen oder kommunale Funktionsgebäude und Gebäude der städtischen Gesellschaften, finanzieren. Wir wissen, dieser Weg ist keinesfalls einfach. Die KMW AG gehört der Stadt Wiesbaden nicht allein, es müssen die Anteilseigner aus Mainz, aber auch die Belegschaft überzeugt werden, die ebenfalls im Aufsichtsrat vertreten sind. Auch wollen wir dieses Unternehmen nicht gefährden, sondern für die Zukunft fit machen und die Arbeitsplätze ebenso wie die Energieerzeugung in kommunaler Hand langfristig sichern. Hinzu kommt außerdem, dass auf Grund der Eigentümerstrukturen nur 25 Prozent der ausgeschütteten Summe tatsächlich in Wiesbaden ankommt. Gleichwohl wollen wir diese Hürden überwinden – denn von der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude profitieren wir alle langfristig.

Ein weiterer Fokus soll auf einer konsequenten Effizienzstrategie für sämtliche städtischen Einrichtungen und Liegenschaften liegen. Dazu muss vor allem in Stromeffizienz investiert werden (wie bspw. bei der bereits laufenden Umrüstung auf LED) und in ein Programm zur umfassenden wärmetechnischen Modernisierung des gesamten städtischen Gebäudebestands (optimierte Dämmung zur Verminderung des Heiz-Wärmebedarfs in Kombination mit hocheffizienter Wärmetechnik bzw. regenerativen Technologien). Wo möglich, streben wir einen Anschluss an das Fernwärmenetz an.

Neubauten müssen ökologischen Standards entsprechen. Dort, wo es sinnvoll und möglich ist, sollen eigene kleine Blockheizkraftwerke die Quartiere versorgen. Wo es sinnvoll ist, werden wir bei öffentlichen Gebäuden Passivhausstandard umsetzen.

Die SPD Wiesbaden wird sich auch in der kommenden Wahlperiode für den Ausbau des Energiemanagements in der städtischen Verwaltung

einsetzen. Am Beispiel Frankfurt kann man sehen, dass dies nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes sinnvoll gewesen ist, das Energiemanagement deutlich auszuweiten und ihm eine besondere Bedeutung beizumessen. Wiesbaden braucht einen Energiestadtplan. Welche Gebäude haben einen hohen Energiebedarf? Wo steht saubere Energie, z.B. aus regenerativen Quellen, zur Verfügung? Dieses Wissen ermöglicht eine effiziente Energieversorgung. Auch dies kann Aufgabe des Energiemanagements sein.

Eine Aufgabe des Energiemanagements sollte es sein, alle städtischen Heizungsanlagen noch einmal eingehend auf ihre Energiebilanz und Leistungsfähigkeit zu überprüfen und daraus eine Handlungsempfehlung für die Stadt zu erstellen. Wo möglich erfolgt ein Anschluss an das Fernwärmenetz oder Austausch der Anlagen.

Konkret wollen wir:

- Energiesparprogramme zum energieeffizienten Sanieren, zur CO2-Reduzierung in Wohngebäuden, zur Sanierung bei denkmalgeschützten Gebäuden und zur Förderung von Solarstrom fortführen und ausbauen
- die bestehenden Förderprogramme um Förderprogramme für kleinere Maßnahmen ergänzen. Möglich wäre hier beispielsweise ein "Abwrackprogramm" für ältere Elektrogeräte (v.a. Kühlschränke) und die Erneuerung von Beleuchtung in Vereinshäusern und Kultureinrichtungen
- Blockheizkraftwerke in geeigneten Quartieren, und, wo möglich, ein Anschluss an das Fernwärmenetz
- ein Programm zur umfassenden wärmetechnischen Modernisierung des gesamten städtischen Gebäudebestands
- ein städtischen Energiemanagements und Energiestadtplans aufbauen
- das Projektes Emi, bei dem Schulgemeinden für energiesparendes Verhalten finanziell belohnt werden fortführen und ausweiten

Nachhaltige Energieerzeugung

Wir werden uns auch weiterhin aktiv für einen zügigen Zubau von Anlagen zur solaren Stromerzeugung Wiesbadens einsetzen. Das städtische Projekt der Bürgersolaranlagen GmbH ist sehr erfolgreich. Jährlich werden so 650.000 kWh erzeugt und über 500 Tonnen CO_2 eingespart. Bürger:innen können sich mit eigenen Beträgen an der Energiewende beteiligen und die Stadt bekommt das notwendige Kapital für die Investitionen. Leider ist der Projekttopf geschlossen und es werden keine neuen Projekte aufgesetzt. Das wollen wir ändern und diesem Modell neues Leben einhauchen und so weitere Projekte gemeinsam mit den Wiesbadener:innen umsetzen. Wir wissen, dass die Renditen nicht mehr auf dem hohen Niveau des ersten Projekts sein werden und auch die rechtlichen Hürden für solche Modelle sind gestiegen. Aber wir sind überzeugt: Die Kosten refinanzieren sich schnell und die Menschen sind bereit, angesichts der niedrigen Zinsen insgesamt und des Klimaschutzaspektes auch mit geringeren Gewinnen zu investieren. Flächen für eine solche Solarinitiative – die auch unabhängig von der Bürgersolaranlagen GmbH erfolgen könnte – gibt es auf Gebäuden der Stadt und von stadtnahen Gesellschaften mehr als genug, wie ein Blick in das Solarkataster zeigt.

Wir stehen zu Windenergie auf dem Taunuskamm. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sein werden.

Konkret wollen wir:

- eine Solarinitiative in Bürgerprojekte auf städtischen (und ggf. auch privaten) Gebäuden
- die Option zur Windenergie auf dem Taunuskamm weiterverfolgen
- den Ausbau der Fernwärme

Folgen des Klimawandels vor Ort

Der Klimawandel ist längst auch in Wiesbaden angekommen. Das merkt man nicht nur an der Überhitzung der Stadt in den Sommermonaten. Die Zunahme von Extremwetterereignissen und die anhaltende Dürre setzen den Menschen, der Tierwelt und der Natur zu. Insbesondere der Stadtwald und die Straßenbäume leiden darunter. Eine wichtige Maßnahme zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist der Erhalt von Grünflächen als potenzielle Kaltluftentstehungsgebiete sowie die Freihaltung von Luftleitbahnen für die nächtliche Kaltluftströmung. Beides ist notwendig, um der Überhitzung der Innenstadt, aber auch in Vororten entgegenzuwirken. Ein zentrales Mittel hierbei ist die Klimprax-Studie zum Stadtgebiet in Wiesbaden. Diese gibt wertvolle Hinweise zur Lage von und zum Umgang mit sensiblen Flächen. Gleichwohl bedeutet dies nicht, dass zwingend jede Bebauung ausgeschlossen werden muss – angesichts der Herausforderungen der Stadt beim Wohnungsbau, aber auch für Flächen für Kitas und Schulen bedarf es Abwägungsprozesse. Durch eine sinnvolle Anordnung von Gebäuden und entsprechende Kubaturen lassen sich die Auswirkungen auf mikroklimarelevanten Flächen nämlich deutlich verringern.

Um in bestehenden Quartieren für ein besseres Mikroklima und Abkühlung zu sorgen, wollen wir mehr Bäume und Grünflächen in der Innenstadt schaffen. Auch Wasser eignet sich im besonderen Maße als Mittel gegen die Überhitzung. Mit dem Programm ‚Bäche ans Licht' liegen gute Pläne und auch erste fertige Bauabschnitte (z.B. am Platz der Dt. Einheit) vor. Die SPD wird sich weiter dafür einsetzen, dass dieses Potential noch stärker genutzt wird.

Ebenso wollen wir Hinterhöfe entsiegeln und die Vorgartensatzung konsequent anwenden, um möglichst viele Grünflächen in der Innenstadt zu sichern.

Für die Auswahl und Festschreibung von Pflanzenarten in Bebauungsplänen, im Stadtwald und auf städtischen Grünflächen müssen resistentere Arten gewählt werden, die Hitzestress und Wassermangel besser vertragen.

Konkret wollen wir:

- Verdichtung statt Landschaftszersiedlung – aber mit Augenmaß. Freiflächen, vor allem in den Bereichen, in denen die Bebauung ohnehin schon dicht ist, sind notwendig aus Klimagründen, aber auch als Orte der Begegnung. Wir wollen ökologisch und sozial

hochwertige Gemeinschaftsflächen

- intensive Abwägungsprozesse zu neuen Baugebieten bzgl. der Auswirkungen auf das Mikroklima. Dies gilt beispielsweise für das Baugebiet am Klinikstandort Dotzheim/Freudenberg. Es ist aus unserer Sicht zu prüfen, ob anstatt der zusätzlichen Flächenversiegelung durch Neubauten am Landeplatz/Wäldchen nicht der Parkplatz der HSK überbaut werden kann, da diese Fläche ohnehin schon klimatologisch vorbelastet ist
- Grünflächen und Baumstandorten ausweiten, um das innerstädtische Mikroklima vor Überhitzung zu schützen
- das Programmes „Bäche ans Licht" fortführen
- Hinterhofentsiegelung analog dem Kesselaustauschprogramm fördern
- die Vorgartensatzung konsequent umsetzen und Verstöße ahnden
- den Naturschutzbeirat künftig frühzeitiger und umfassender bei Vorhaben beteiligen

Wiesbaden ist... Umwelt- und Naturschutz

Beim Schutz der Umwelt und aller natürlicher Ressourcen kommt den Kommunen in Deutschland eine zentrale Rolle zu. Denn bis auf Landes- und Staatswälder fällt der öffentliche Raum in ihren Zuständigkeitsbereich. Alle Entscheidungen, die wir in und für Wiesbaden treffen, müssen wir immer auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf unsere Umwelt hinterfragen. Nur so können wir verantwortungsvolle Entscheidungen treffen.

Für mehr Grünflächen und Sanierung des Stadtwaldes

Wiesbaden ist eine grüne Stadt. Hier findet man großzügig angelegte Alleen mit altem Baumbestand, prächtige Vorgärten, den repräsentativen Warmen Damm, den Schlosspark in Biebrich und den Kurpark sowie die bewaldeten Hänge des Taunus und die Wiesen am Rhein. Auch der Stadtwald ist, wie viele Waldflächen in Deutschland, in keinem guten Zustand. Viele Baumarten kommen mit den veränderten klimatischen Bedingungen nicht zurecht. Sie sind gefährdet durch lange Trockenperioden und den Borkenkäfer. Kommt es dann zu starkem Niederschlag, kann der Boden diesen nicht aufnehmen und das Wasser fließt unkontrolliert ab. Wir werden ein "Waldumbauprogramm" auf den Weg bringen. Ziel soll ein klimastabiler Mischwald sein.

Und dennoch ist vor allem das innerstädtische Grün in Gefahr. Die Alleen sind vom Autoverkehr in Beschlag genommen; Fußgänger und Radfahrer stoßen hier auf viele Hindernisse. Darüber hinaus fehlt es in den innerstädtischen, stark verdichteten Quartieren an begrünten Flächen. In den vergangenen Jahren hat die Stadt sich dieses Problems verstärkt angenommen: Die Schwerpunkte lagen hierbei darauf, das vorhandene Stadtgrün aufzuwerten und die grüne Infrastruktur weiter auszubauen. Vor allem wurden die Baumlücken der Vorjahre geschlossen. Flächenmäßige Schwerpunkte sind daher die dicht bebauten Innenstadtbereiche sowie die Verbindungsachsen zu den Stadträndern. Unterstützt wurde dies durch das Förderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ bzw. seit 2020 durch das Programm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung". Vorhandenes Stadtgrün stärken und zur grünen Infrastruktur verbinden sowie neue Grünflächen schaffen, sind dabei die zentralen Aufgaben. Ganz konkret wollen wir in der nächsten Wahlperiode eine umfassende Prüfung (und Umsetzung) für zusätzliche Baumstandorte innerhalb des Bereiches des ersten Rings und dort vor allem im unmittelbaren Bereich der Innenstadt.

Als eine der ersten Maßnahmen wurde die Gestaltung des neuen Kultur- und Freizeitparks auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofs in Angriff genommen. Auf den in Bahnhofsnähe gelegenen Flächen ist für alle sichtbar neuer Raum für Sportmöglichkeiten und Veranstaltungen, aber auch für "ruhigere" Nutzungen, wie z.B. Urban Gardening, entstanden. Wir stehen zur weiteren Entwicklung des Kulturparks Schlachthof.

Konkret wollen wir:

- einen gesunden, klimastabilen und nachhaltig bewirtschafteten Stadtwald, der viele Baumarten berücksichtigt
- konsequent das Programms „Zukunft Stadtgrün“ in den kommenden fünf Jahren sowie Pflege und Erhalt des vorhandenen Baumbestandes umsetzen
- Flächen der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, z.B. für Urban Gardening
- (innerstädtische) Gemeinschaftsgärten unterstützen
- Neupflanzungen und Ersatzpflanzungen für klimaresistente Bäume und Sträucher
- bei der Sanierung und der Neugestaltung von Spielplätzen wir auf eine sinnvolle Begrünung und Wasserversorgung achten
- konsequente Dächer der Bushaltestellen begrünen. Die jetzigen Haltestellen sind dafür nicht geeignet. Bei der Neuausschreibung des Vertrages mit der WALL-AG soll dieser Punkt aufgenommen werden
- ein Programm zur Gebäudebegrünung beim Neubau und der Sanierung städtischer Gebäude auflegen
- bei der Aufstellung von Bebauungsplänen Dach- und Fassadenbegrünung vorschreiben

Für mehr Artenvielfalt

Nicht nur im Innenstadtbereich ist es wichtig, das Grün zu pflegen. Gerade die Wiesbadener Vororte mit Streuobstwiesen und landwirtschaftlich genutzten Flächen müssen geschützt werden. Wirksamer Arten- und Naturschutz setzt voraus, dass Biotope miteinander verbunden sind. Bundesweit gilt die Leitidee, ein Netz von Biotopen zu erschaffen, die höchstens 10 km voneinander entfernt sind. Zusammen mit den Landesregierungen sind alle Gemeinden dazu aufgefordert, sich an diesem Projekt zu beteiligen und neue Biotope in Absprache mit den ansässigen Landwirten zu erschaffen. Gute Beispiele hierfür sind die Kiesgrube in Delkenheim, die Renaturierung des Wellritztals und der geplante Biotopverbund im Ostfeld. Unabhängig davon wollen wir weitere Gebiete in Wiesbaden gemäß der Empfehlung von Naturschutzverbänden als Naturschutzgebiete ausweisen.

Konkret wollen wir:

- die von den Naturschutzverbänden vorgeschlagenen Naturschutzgebiete ausweisen: „Aussicht“ in Bierstadt, „Scheuerling“ in Breckenheim, „Leierkopf“ in Frauenstein und die Gebiete „Heide“ und „Hintere Heide“ in Kostheim
- für die Erhaltung und Pflege der besonderen Biotopflächen notwendigen Mittel sowie für die Fortführung der Biotopkartierung bereitstellen
- das Artenschutzmodell „Animal-Aided Design“ bei Bebauungsplänen berücksichtigen
- mindestens 10 Prozent der städtischen Grünflächen dauerhaft als Bienenweiden einsäen
- zur Stütze der gefährdeten Feldlerche die Einrichtung von sog. Lerchenfenstern auf den Flächen des Getreideanbaus als Stan-

dard anstreben, auch zur Kompensation der Lebensraumverluste für diese Tierart bei der Entwicklung des Ostfeldes

Für mehr nachhaltige Landwirtschaft

Landwirtschaft und Natur- und Artenschutz stehen sich nicht unvereinbar gegenüber. An vielen Stellen gehen sie Hand in Hand. Viele Landwirte kümmern sich gut um ihre Flächen. Dies wollen wir fördern und andere anregen, sich zu beteiligen.

Mit den Ortslandwirt:innen und Kleingärtner:innen soll ein Übereinkommen angestrebt werden, dass sie einen Teil ihrer bewirtschafteten Flächen dauerhaft als Insektenlebensräume einrichten. Gerade wild bewachsene Ackerrandstreifen haben eine große Bedeutung für die Vernetzung im Biotopverbundsystem und für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Diese Randflächen sind als Lebensräume gefährdeter Offenlandarten wie Rebhuhn, Wachtel, Goldammer, Feldlerche usw., auch für Insekten, Würmer, Schnecken und für eine Vielzahl von Mikroorganismen von existentieller Bedeutung. Soweit sie im Rahmen der Feldbewirtschaftung durch Unterpflügen oder durch das Befahren mit breitem Ackergerät untergegangen sind, streben wir im Einvernehmen mit den Ortslandwirt:innen ihre Wiederherstellung und ihre dauerhafte Pflege an. Sie haben als Netzwerk ökologischer Korridore für den Naturschutz in der Feldflur hochrangige Bedeutung.

Immer mehr Menschen wollen gesunde und unbelastete Lebensmittel aus regionaler und ökologischer Landwirtschaft. Zusammen mit Verantwortlichen und Expert*innen werden wir ein Handlungsprogramm „Ökologische Landwirtschaft – BIO, REGIONAL, FAIR“ entwickeln. Zusammen mit den Akteuren wollen wir die Chancen der ökologischen Landwirtschaft noch stärker nutzen und die Umstellung fördern und voranbringen. Ein erster Beitrag für regionale Produkte könnte die Nutzung des Schlachthofes der Domäne Mechtildshausen für externe Landwirte aus der Region sein. So werden - unabhängig von der Frage Bio oder konventionell - Transportwege und damit Stress für das Schlachtvieh begrenzt.

Konkret wollen wir:

- die Feldwegesatzung von 1983 durch eine zeitgemäße Satzung, die die Pflichten der Nutzer neu regelt, ersetzen
- den Einsatz von Glyphosat auf städtischen Flächen verbieten. Pachtverträge sollen bei Neuverhandlung entsprechend angepasst werden
- das Handlungsprogramm „ökologische Landwirtschaft – BIO, REGIONAL, FAIR“ mit eigener Dachmarke bzw. mit Wiesbadener Siegel und einen zukunftsfähigen Vertriebs aufbauen
- auf städtischen Flächen/Wiesbadener Gemarkung und besonders in Landschaftsschutzgebieten dem Ökolandbau bevorzugen
- den Ökolandbauanteils auf städtischen Flächen bei Neuvergaben auf mindestens 30 Prozent in zehn Jahren erhöhen
- städtische Flächen nur noch mit Naturschutzauflagen bzw. an vorwiegend ökologisch arbeitende Betriebe verpachten
- bei der Umstellung auf Bio unterstützen und nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ handeln
- Maßnahmen für Biodiversität, Gewässerschutz oder Klima besser honorieren
- ein Förderprogramm Öko-Kooperativen zur Bewirtschaftung von kleinen landwirtschaftlichen Flächen durch Familien nach dem Vorbild des Vereins SoLaWie e.V. (Solidarische Landwirtschaft Wiesbaden) auflegen
- neue Initiativen, wie z.B. die Nutzung von Dächern für Mikro-Landwirtschaft und essbare Mini-Gärten im öffentlichen Raum, unterstützen
- die landwirtschaftliche Direktvermarktung stärken und einen emissionsfreien Lieferdienst aufbauen. Hierfür prüfen wir ein Beschäftigungsprojekt bei der Wiesbadener Jugendwerkstatt/ Domäne Mechtildshausen

Erhalt der Streuobstwiesen als Kulturlandschaft

Besonders am Herzen liegen uns die Streuobstwiesen. Als Kulturlandschaft von höchstem Wert für die Artenvielfalt der Tier- und Pflanzenwelt, leben auf ihnen bis zu 5.000 Tier- und Pflanzenarten. Viele von ihnen sind vom Aussterben bedroht. Deshalb sind die einzigartigen Biotope, wie Totholz- und Hochstämme für viele Tiere, überlebenswichtig.

Doch immer mehr Streuobstgebiete verbuschen, weil sie nicht mehr gepflegt werden. Langfristig stirbt diese Kulturlandschaft ab. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Deshalb wird die SPD Wiesbaden sich für ein Programm einsetzen, das genau dort ansetzen soll. Dort wo keine Pflege mehr stattfindet, wird diese von der Stadt übernommen. Dies beinhaltet sowohl den Baumschnitt als auch die Neupflanzung. Im Gegenzug wird ein festgelegter Prozentsatz der Ernte auf die Stadt übergehen. Hierfür gibt es unterschiedliche Verwendungszwecke; Schulen könnten dies nutzen für Projektwochen oder der Wiesbadener Tafel könnte ein Teil zur selbstständigen Ernte vor Ort überlassen werden. Ebenso wäre es vorstellbar, bestimmte Flächen für die Ernte durch die Allgemeinheit freizugeben. Eine weitere Möglichkeit wäre auch eine Kooperation mit der WJW und den Berufsschulen zur Bewirtschaftung einer oder eines Teils der Streuobstwiesen, z.B. bei einer Ausbildung im Bereich Garten- und Landschaftsbau. Wichtig ist uns, dass Maßnahmen mit den einzelnen Beteiligten abgesprochen und gemeinsam erarbeitet werden müssen.

Konkret wollen wir:

- die Streuobstwiesen als Kulturlandschaft erhalten
- Besitzer:innen von Streuobstwiesen finanzielle unterstützen
- die Ernte für soziale Einrichtungen übernehmen oder für die Allgemeinheit freigeben

Starkregen- und Hochwasserschutz

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Bäche nach Starkregenereignissen großen Schaden verursacht. Damit es nicht wieder dazu kommt, wurden gefährdete Bereiche identifiziert, kartiert und umgebaut – wie etwa in Rambach und Sonnenberg. Ziel dieser Hochwasserkartierung ist es, dem Hochwasser die natürlichen Überflutungsräume zu erhalten, d.h. Überschwemmungsgebiete sollen möglichst freige-

halten werden. Wo dies nicht möglich ist, braucht es entsprechende baulicher Sicherungen, wie etwa am Hofgartenplatz in Sonnenberg.

Konkret wollen wir:

- die Reaktivierung von Retentionsräumen
- die dauerhafte Freihaltung von Überschwemmungsgebieten
- die Kennzeichnung von durch Überschwemmung gefährdeten Gebieten
- die konsequente Renaturierung von Fließgewässern
- die Entsiegelung von Flächen, damit Niederschlag besser versickern kann

Für eine bessere Wasserqualität – 4. Klärstufe

Das Land Hessen hat sich zum Ziel gesetzt, den Eintrag von bedenklichen Spurenstoffen in Gewässern so weit wie möglich zu vermindern – dies gilt insbesondere für Medikamentenrückstände und Mikroplastik. Im Rahmen dieser Spurenstoffstrategie werden in Hessen Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe ausgestattet und vom Land finanziell gefördert. In der 4. Klärstufe wird mittels Aktivkohle und Ozon die Spurenstoffelimination erfolgen. Das wirkt sich direkt auf die Qualität des Grundwassers aus. So stellen wir einen höheren Gesundheitsschutz sicher. Außerdem ist das wichtig für die im Wasser lebenden Mikroorgansimen sowie Insekten und Fische. Als SPD Wiesbaden unterstützen wir die Bemühungen der Entsorgungsbetriebe (ELW) zur Einführung einer 4. Klärstufe.

Die Wiesbadener Bäche wollen wir regelmäßiger beproben lassen, um Verunreinigungen, wie etwa durch die Airbase in Erbenheim, früher erkennen zu können.

Konkret wollen wir:

- die 4. Klärstufe im Wiesbadener Hauptklärwerk einführen
- Mikroplastik vermeiden, wo es für die Stadt möglich ist
- eine regelmäßige Beprobung Wiesbadener Bäche, um Verunreinigungen frühzeitig zu erkennen

Wiesbaden ist... mehr Sauberkeit und Müllvermeidung

In den vergangenen Jahren haben wir einige Anstrengungen im Bereich der Sauberkeit in der Stadt unternommen. Die Straßenreinigungssatzung haben wir zusammen mit einer Bürgerinitiative weiterentwickelt; auch deshalb genießt sie eine große Akzeptanz, gerade in den Vororten. Die Leerung der Mülleimer (z.B. auf Spielplätzen) wurde ebenso in der Hand der städtischen Entsorgungsbetriebe gebündelt, wie die Reinigung von Flächen. Gleichzeitig wurde die Zahl der Hundekotbeutel und Tütenspender deutlich erhöht. Mit einer App können Verschmutzungen und Müllablagerungen unbürokratisch gemeldet und zügig beseitigt werden. Auf Wiesbadener Festen ist es zu einer Abkehr vom Einweg-Plastikgeschirr und -besteck gekommen. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen und Initiativen und Vereine dabei unterstützen.

Und dennoch stoßen wir an unsere Grenzen. Wiesbaden produziert immer noch zu viel Abfall und nicht selten landet der Müll nicht in den vorgesehenen Tonnen. Wiesbadens Müllaufkommen liegt deutlich über dem Durchschnitt anderer Städte. Müllvermeidung fängt schon bei der Aufklärung an. Wir werden dafür sorgen, dass auch in Kindertagesstätten und Schulen die Vermeidung von Müll thematisiert wird. Ein geeignetes Format soll mit der ELW entwickelt werden.

Wir sehen darin auch einen Hebel, die Sauberkeit in der Innenstadt deutlich zu verbessern. Gerade in der Fußgängerzone kommt es, trotz eines hohen Reinigungs- und Leerungsintervalls, abhängig von der Tageszeit, zu einer raschen Vermüllung, gerade auf dem Mauritiusplatz und den umliegenden Straßen. Hierfür brauchen wir rasch eine Lösung. Dazu müssen wir wissen, ob es tatsächlich eines höheren Reinigungs- und Leerungsintervalls bedarf oder ob die Problematik vielschichtiger ist und ein Mehr an Reinigung und Leerung zwar die Folgen, aber nicht das Problem beseitigt. Eventuell benötigen wir auch eine höhere Kontrollfrequenz .

Fehlende öffentliche Toiletten sind eine der Ursachen für mangelnde Sauberkeit in bestimmten Bereichen der Stadt, sei es am Faulbrunnenplatz, am Luisenplatz oder an der Ringkirche. Wir wollen deshalb mehr Toiletten im öffentlichen Raum.

Konkret wollen wir:

- zur Unterstützung der Ordnungskräfte „Waste-Watcher“ einstellen. Diese sollen, nach unserer Vorstellung, bei der ELW angesiedelt sein und für die Sauberkeit im öffentlichen Raum sorgen. Aufgabe ist es nicht nur, den wild abgelagerten Müll zu entfernen, sondern auch die Verursacher zu ermitteln und Aufklärung zu betreiben.
- weniger Müll beim Coffee-to-go. Einige Cafés bieten schon Pfandsysteme an. Wir wollen, dass dieses Angebot flächendeckend zum Einsatz kommt und gemeinsam mit den Betreibern aktiv werden. Wünschenswert wäre, wenn ein möglichst großer Teil der Wertschöpfung in der Region bliebe. Als Vorbild kann hier z.B. die Stadt Darmstadt mit ihren Faircup dienen.
- weg von der Wegwerfgesellschaft. Nicht alles, was nicht mehr funktioniert, ist irreparabel kaputt. Deshalb wollen wir Initiativen, die sich damit beschäftigen, wie z.B. die Repaircafés unterstützen und ausbauen
- eine Lösung für die fehlenden öffentlichen Toiletten am Faulbrunnenplatz schaffen und temporäre Lösungen ermöglichen, wie etwa Dixi-Toiletten im Bereich der Ringkirche, die auch für den Denkmalschutz vertretbar sind

Wiesbaden ist… eine Stadt für Freizeit und Sport

In Wiesbaden ist der Sport zuhause: Mit dem VC Wiesbaden spielt unsere Stadt in der ersten Volleyball Bundesliga der Frauen. Seit 2016 gilt das auch für die Rollstuhlbasketballer der Rhine River Rhinos. Der SV Wehen Wiesbaden lockt Fans in das Stadion an der Berliner Straße. Auch die Judoka des JCW, die Bobfahrerinnen und Kunstturnerinnen der TuS Eintracht Wiesbaden, die Schwimmer des SCW wie auch die Leichtathlet:innen des WLV feiern regelmäßig großartige sportliche Erfolge. Und auch die Wiesbadener Sportschütz:innen sind deutschlandweit Spitzenklasse.

Mit dem Pfingstturnier, dem Liliencup, dem Finale im Bogenschießen, aber auch dem City-Biathlon kann Wiesbaden regelmäßig Besucher:innen über die Stadtgrenzen hinaus begeistern! Für uns steht fest: Wiesbaden ist Sportstadt. Dazu tragen gerade die vielfältigen und zahlreichen Vereine bei. Die Freizeitsportler:innen kommen zu Fuß, per Rad und zu Wasser in und um Wiesbaden auf ihre Kosten.

Schwimmbäder und Eissport

Mit sechs Schwimmbädern und zwei Thermen bietet der städtische Eigenbetrieb mattiaqua allen Schwimm- und Wellness-Begeisterten das ganze Jahr auf fast 12.000m² Wasserfläche Sport und Erholung an. Diese Wasserfläche werden wir im vollen Umfang erhalten – schließlich ist Wiesbaden zu Recht eine Bäderstadt. Einer immer wieder von anderen ins Spiel gebrachten Schließung von Bädern ohne Ersatzflächen oder der Verzicht auf einzelne Elemente oder Ausstattungen, kommt für uns nicht in Frage. Wir werden diesem Sportbereich auch weiterhin die erforderlichen Mittel im Investitions- und Zuschussbereich zur Verfügung stellen, um die Bäder zu sanieren und den Ersatz für das Freizeitbad Mainzer Straße sowie die Eisbahn zu schaffen. Hier liegt eine große Chance, Synergien bei der Technik zu nutzen und Energie zu sparen. Wichtig ist für uns, dass der Sportpark Rheinhöhe gegen die Konkurrenz im Rhein-Main-Gebiet bestehen kann und optimale Bedingungen für Vereinssport und Wettbewerbe bietet.

Konkret wollen wir:

- den Sportpark Rheinhöhe mit einem Ersatzneubau für das Schwimmbad Mainzer Straße sowie die Eisbahn am Kleinfeldchen umsetzen
- den Erhalt und kontinuierliche Sanierung der Wiesbadener Schwimmbäder und Thermen
- den Eigenbetriebs mattiaqua wirtschaftlich stärken, inkl. weiterer Ideen zur Nutzung der Freibadflächen in der Wintersaison (analog Martha-Hütte im Opelbad)

Investitionen in die Sport-Infrastruktur

In den vergangenen Jahren ist im Sportbereich unheimlich viel passiert. Das belegen die rund 68 Millionen Euro, die in moderne Sportanlagen investiert wurden. Dazu gehören große Projekte, wie die Sporthalle am Platz der Deutschen Einheit, aber auch die vielen kleinen Investitionen für Sportplätze und Funktionsgebäude. Zudem werden in den nächsten Jahren viele Sporthallen saniert oder neu errichtet, wie die Sporthallen in Biebrich, dem Schelmengraben, in Erbenheim, die Halle der Gerhart-Hauptmann-Schule oder an der Wettiner Straße für das Berufsschulzentrum.

Konkret wollen wir:

- ein Sanierungsprogramm Funktionsgebäude: pro Doppelhaushalt zwei Sanierungen; Prüfung von Modulbauweisen aus vorgefertigten Gebäudeteilen, um Bauzeiten und Kosten zu sparen
- die Abarbeitung der Prioritätenliste zur Umwandlung von Hart- in Kunstrasenplätze bis 2025
- ein Sanierungsprogramm Kunstrasenplätze: pro Doppelhaushalt zwei Sanierungen; dabei Verzicht auf Gummigranulat und Prüfung von umweltschonenden Alternativen zur Vermeidung des Mikroplastikproblems
- die Umsetzung der notwendigen Sanierungen und Neubauten von Sporthallen
- Planungen für die Sanierung des Helmut-Schön-Sportparks vorantreiben: enge Abstimmung mit zukünftigen Nutzern; Erweiterung der Laufbahn um zwei Bahnen
- die Weiterentwicklung von Sportplätzen zu Multisportparks: Nutzung von Freiflächen für andere Sportarten (z.B. Freeletics, Boule, Beachvolleyball, Basketball, Outdoor-Fitnessanlagen)

Vereinssport – Keimzellen der Demokratie und der Integration

Der Vereinssport erfüllt nicht nur gesundheitliche, sondern auch gesellschaftlich wichtige Funktionen. In Vereinen liegen demokratische Wurzeln. Kinder und Jugendliche üben Teamwork und Fairness. Sie erhalten Anerkennung für ihre sportlichen Leistungen, lernen aber auch, diese Anerkennung den anderen entgegenzubringen. Bei sportlichen Veranstaltungen kommen Menschen friedlich zusammen und feuern das eigene Team an. Sportler:innen trainieren für den Erfolg – aber auch Niederlagen gehören dazu. Das fördert auch die Integration.

Auf unsere Wiesbadener Sportler:innen – große wie kleine – können wir stolz sein. Damit das auch in Zukunft so bleibt, wollen wir nicht nur in die Sportstätten investieren. Wir fördern auch die ehrenamtlichen Leistungen derer, die hinter dem Erfolg stehen: die zahlreichen Trainer:innen und ehrenamtlich Engagierten hinter den Kulissen. Es ist eine gute und richtige Entscheidung, dass die Nutzung der Wiesbadener Sportstätten für die Vereine kostenfrei ist – und das soll auch so bleiben! Für uns ist wichtig: Der Sport in Wiesbaden muss auch künftig für jedermann erlebbar und bezahlbar sein.

Für viele ist das individuelle Sporttreiben die Erholung nach einem langen Arbeitstag. Auch hierfür wollen wir die besten Voraussetzungen schaffen – mit einer guten Ausschilderung von Wegen, mit Möglichkeiten zum Ausüben individueller Sportarten, mit Anlagen für Jung und Alt. Weitere Calisthenics-Anlagen sowie Fitness-Parcours sollen hierzu entstehen.

Konkret wollen wir:

- die kostenfreien Nutzung der Wiesbadener Sportanlagen beibe-

halten

- Jugend- und Vereinsförderung erweitern
- die Unterstützung bei der Unterhaltung vereinseigener Sportstätten aubauen
- Vereine bei der Durchführung von Meisterschaften, insb. Im Jugendbereich logistisch und finanziell unterstützen
- Initiativen gegen Gewalt, Hetze und Rassismus im Sport ideell und finanziell fördern

Sport ist Stadtmarketing

Sportveranstaltungen sind aber auch ein Wirtschaftsfaktor und Stadtmarketing. So ist es der Stadt gelungen, den Wegfall von Großveranstaltungen wie dem Ironman, mit neuen, attraktiven Angeboten wie dem City-Biathlon, zu kompensieren. Mit dem Ball des Sports der Deutschen Sporthilfe steht Wiesbaden einmal im Jahr im Fokus der Öffentlichkeit. Damit der Ball und dessen Kosten in Wiesbaden mehr Akzeptanz finden, haben wir uns in der Vergangenheit dafür eingesetzt, den Ball in die Stadt zu öffnen. Wir wollen das Engagement weiter vertiefen und mehr Profisportler:innen im Vorfeld für Aktionen mit Kindern und Jugendlichen gewinnen.

Als eine von 16 Landeshauptstädten kann Wiesbaden für sich in Anspruch nehmen, große sportliche Wettkämpfe auszutragen. Wir wollen in Gespräche mit verschiedenen Sportverbänden gehen, um Meisterschaften nach Wiesbaden zu holen. Hierfür wollen wir öffentliche Flächen gerne zur Verfügung stellen: So begeistern auch die Bogenschießer:innen seit einigen Jahren am Bowling Green mit ihrer Zielgenauigkeit.

Konkret wollen wir:

- Sportveranstaltungen mit besonderer Bedeutung fördern und beibehalten und attraktive Großsportveranstaltungen nach Wiesbaden holen

Neroberg als Hausberg Wiesbadens

Aber auch abseits des klassischen Sportangebots kann die Stadt mit vielen Freizeitmöglichkeiten punkten. Der Neroberg ist ein beliebtes Ausflugsziel – nicht nur für Besucher:innen der Stadt. Es ist schließlich unser Hausberg! Mit der Nerobergbahn, der Erlebnismulde, der russischen Kapelle und dem Kletter- und Stadtwald ist er bei den Menschen in Wiesbaden beliebt.

Nicht nur die Busanbindung sowie die Park- und Toilettensituation ist dabei verbesserungswürdig. Wir begrüßen daher die Ideen, die auf eine Aufwertung des gesamten Areals zielen. Unser Ziel ist es, bis 2025 einen neuen Neroberg zu haben, der für alle Nutzer:innen (wie auch dem beliebten Improtheater) bessere Möglichkeiten bietet.

Dabei wollen wir aber klare Rahmenbedingungen vorgeben:

- Neroberg für alle: Kein Ort der Exklusivität. Dementsprechend muss das gastronomische Angebot ausgestaltet sein. Zudem muss die Toilette auch den Besucher:innen des Nerobergs und des Kletterwaldes zur Verfügung stehen
- die kulturelle Nutzung der Erlebnismulde muss erhalten bleiben, das Improtheater muss bei der Gestaltung mit einbezogen werden
- Verbesserte Anbindung an den ÖPNV, klare Begrenzung von Parkplätzen
- wünschenswert ist die Einrichtung einer Aussichtsplattform auf dem Turm
- Wiederherstellung des denkmalgerechten Monopteros, dessen Stufen vor vielen Jahren mit dem Aushub der Mulde zugeschüttet worden sind.

Wiesbaden und seine Feste

Wiesbaden ist Landeshauptstadt. Eine Landeshauptstadt, die sich in den vergangenen 50 Jahren gewandelt hat. So lange ist es her, dass in Wiesbaden der Hessentag zu Gast war. Wir wollen auf das Land zugehen und ein zweites Mal Hessen nach Wiesbaden einladen – hierfür müssen frühzeitig die Weichen gestellt werden, denn die Termine für die nächsten Jahre sind bereits vergeben.

Aber auch zu anderen Gelegenheiten sind Hessen, aber auch Besucher:innen aus der ganzen Welt bei uns willkommen. Was wäre unsere Stadt ohne die vielfältigen großen und kleinen Feste in der Innenstadt und den Vororten? Den vielen Kerbe- und Brauchtumsveranstaltungen oder auch die Fastnachtskampagne? Sie gilt es nach Kräften zu unterstützen, insbesondere bei den zunehmenden Sicherheitserfordernissen und Genehmigungsverfahren – vor allem in der kommenden Zeit mit und nach Corona!

Wir sprechen uns für eine Verlängerung der beliebten Rheingauer Weinwoche aus oder wollen alternativ weitere Weinfeste mit speziellerem Charakter (wie ein Weinfest der Partnerstädte), um die Innenstadt weiter zu beleben. Dabei sollen andere Plätze als das Dernsche Gelände als Veranstaltungsort in Betracht gezogen werden. Insbesondere der Luisenplatz bedarf einer Belebung. Die Lebensqualität hängt in großem Maße davon ab, ob sich die Menschen in ihrem Quartier zu Hause fühlen und möglichst viele Nachbarn auch persönlich kennen. Dazu sollen Straßen- und Quartiersfeste gefördert werden, u.a. durch einfachste Antragsstellung für Straßensperrungen ohne viel Bürokratie und ohne zusätzliche öffentliche Toiletten stellen zu müssen. Bei neuen Quartieren sollen die baulichen Voraussetzungen für Quartiers- und Straßenfeste von Anfang geprüft und mitgedacht werden: feste Weinstände, öffentliche Toiletten, Lagerplätze für Bierbänke und Pavillons.

Auch der Sternschnuppenmarkt ist ein Tourismusmagnet weit über die Region hinaus. Längere Öffnungszeiten – insbesondere am Wochenende – würden zu einer noch höheren Attraktivität beitragen. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Anwohner:innen nach Möglichkeiten suchen.

Der Wiesbadener Wochenmarkt trägt zweimal in der Woche zu einer belebten Innenstadt bei. Gerade die angrenzenden Straßen profitieren hiervon. Wir wünschen uns, dass der Markttag am Samstag in den wärmeren Monaten sein kulinarisches Angebot erweitert. Mit mehr Sitzmöglichkeiten und einer geselligeren Atmosphäre würden wir

gegenüber dem beliebten Mainzer Marktfrühstück aufholen.

Konkret wollen wir:

- den Hessentag nach Wiesbaden (z.B. in 2030, dem 85. Geburtstag Hessens und dem 70. Hessentag) holen
- die Rheingauer Weinwoche und Öffnungszeiten des Sternschnuppenmarkte verlängern
- den Wochenmarkt am Samstag in Richtung eines Veranstaltungsangebotes mit Musik und Gastronomie ergänzen und attraktivieren
- Kerbe-, Brauchtums- und Fastnachtsvereine bei ihren Veranstaltungen und der Einhaltung der Auflagen unterstützen

Für Zentren abseits des Zentrums – unsere Bürgerhäuser

Die Bürgerhäuser in unseren Vororten sind Zentren vieler Veranstaltungen. Hier finden kulturelle und kulinarische Veranstaltungen statt. Auch die 5. Jahreszeit füllt die Säle. Für uns ist klar: Die Nutzung der Bürgerhäuser für Vereine bleibt kostenfrei!

Es muss unser Anspruch sein, dass unsere Bürgerhäuser technisch und baulich in einem angemessenen Zustand sind. Die Sanierung von Bürgerhäusern hat deshalb für uns Priorität. Mit den Bürgerhäusern in Dotzheim, Medenbach und Delkenheim und den hoffentlich bald im Bau befindlichen Bürgerhäusern für Kastel und Kostheim sind wir hier in den vergangenen Jahren sehr gut vorangekommen. Weitere Bürgerhäuser sollen nach Priorität folgen, dabei ist insbesondere Biebrich zu berücksichtigen. Mit dem zu errichtenden Sozialrathaus soll dort auch ein Bürgersaal entstehen.

Auch bei der Verwaltung der Bürgerhäuser wollen wir künftig neue Wege gehen. So sollen die Räume digital ausgewählt und vergeben werden können. Das spart Zeit und macht den Buchungsprozess transparenter. Ebenso soll mit den Grillplätzen vorgegangen werden. Beides spart viel Aufwand durch unnötige Anfragen für ohnehin schon blockierten Termine ein und auch die Nutzer:innen haben schnell Klarheit.

In den Bürgerhäusern selbst wollen wir leistungsfähiges W-LAN bereitstellen, um in Zukunft Veranstaltungen zu streamen.

Konkret wollen wir:

- die kostenfreien Nutzung der Bürgerhäuser für Vereine erhalten
- Bürgerhäuser sanieren und digitalisieren
- den Neubau eines Bürgersaals in Biebrich im Rahmen des Sozialrathauses
- eine digitale Vergabe von Bürgerhäusern und Grillplätzen

Freizeitflächen für Jung und Alt

Unsere Grünflächen sind nicht nur Orte der Ruhe, sondern auch Orte der Bewegung und des Spaßes. An vielen Orten wird gerne Sport getrieben, werden Freunde getroffen, gechillt, gelesen oder gesonnt. Wir wollen, dass diese Orte allen zur Verfügung stehen. Gemeinsam mit dem Stadtmarketing wollen wir die besten Orte für das jeweilige Anliegen in einer Stadtkarte zeigen. Entsprechend sollen sich diese Plätze auch den Gewohnheiten anpassen. Auch die Sitzmöglichkeiten wollen wir entsprechend anpassen. Die klassische Parkbank ist für ein kurzes Verweilen genau richtig. Drehbare Liegen, wie sie in Eltville an der Rheinpromenade zu finden sind, können diese für längere Aufenthalte an ausgewählten Plätzen ergänzen.

Für Kinder und Jugendliche ist Freizeit etwas ganz Besonderes. Deshalb sollen sie auch in Wiesbaden auf ihre Kosten kommen. Für die Kleineren sollen Spielplätze vor allem in einem guten Zustand sein. Wir wollen Kinderspielplätze alters- und geschlechtergerecht gestalten. Kleine Kinder sowie größere Mädchen und Jungen erleben und nutzen den öffentlichen Raum unterschiedlich. Bei der Neu- und Umgestaltung von Spielflächen werden wir die Bedürfnisse von Kleinkindern und Mädchen stärker in den Mittelpunkt rücken. Vorbild ist dabei das Münchner Modell zur gendergerechten Spielraumgestaltung. Dabei gilt für uns der Grundsatz: Spielplätze sind stets für Mädchen und Jungen mit und ohne Beeinträchtigung zu konzipieren. Zudem wollen wir, dass die Spielplätze schneller als bisher saniert werden. Hierfür werden wir in den nächsten fünf Jahren neue Konzepte vorlegen. In diesem Zug wollen wir nicht nur die sanitäre Situation auf den Spielplätzen, sondern mit Spielplatzbetreuer:innen generell die Sauberkeit nachhaltig verbessern.

Wiesbaden als Stadt der Quellen und des Wassers hat erstaunlich wenige Spielelemente, die mit Wasser zu tun haben. Das wollen wir ändern. Neben dem bereits geplanten, innerstädtischen Wasserspielplatz neben der KiTa Geschwister-Stock wollen wir weitere Elemente auch an anderen Spielplätzen installieren.

Im gleichen Zug soll auch die sanitäre Situation angegangen werden. Spielplätze, die fernab jeglicher Toiletten sind, wollen wir entsprechend ausrüsten. Spielplatzbetreuer:innen sollen für entsprechende Öffnungszeiten sorgen. So kann auch problemlos über längere Zeit gespielt werden.

Auch die Freizeitsituation von Jugendlichen wollen wir verbessern. Das Handlungsprogramm „Jugend ermöglichen" im Umfang von rund vier Millionen Euro war ein wichtiger Bauteil, der zusammen mit der Zielgruppe diskutiert und beschlossen wurde. Auch in den nächsten Jahren wollen wir in Projekte (vor allem in den Vororten) für Jugendliche investieren. Hier ist es uns wichtig, dass die Jugendlichen selbst sagen und entscheiden, was sie wollen und brauchen. *(Querverweis Kapitel Jugend)*

Die Planung für den Kulturpark am Schlachthof wollen wir in den nächsten Jahren vollständig umsetzen und so diesen zentralen Ort für Jugendliche noch attraktiver machen.

Ein Jugendkulturfestival als Nachfolger für Folklore bleibt unser Ziel, auch wenn die Entwicklung eines tragfähigen Konzeptes eine Herausforderung ist.

Konkret wollen wir:

- Freizeitflächen in Wiesbaden umgestalten, zum Beispiel durch neue Liegen statt Parkbänke und andere innovative Formen der Stadtmöblierung
- Kinderspielplätze sanieren und bei den Spielgeräten auch Bedar-

fe von Kleinkindern sowie Jungen und Mädchen gleichermaßen berücksichtigen

- einen Wasserspielplatz an der Reisingeranlage umsetzen und einzelne Wasserspielelemente auf weiteren Spielplätzen prüfen
- mehr Spielplatzbetreuer:innen mit längerer Anwesenheit und Toilettennutzung ermöglichen
- das Handlungsprogrammes „Jugend ermöglichen“ fortführen und umsetzen
- die Baumaßnahmen am Kulturpark Schlachthof abschließen
- ein Jugendkulturfestival etablieren

Wiesbaden ist... gute Schulpolitik

Gute Bildung und Bildungsgerechtigkeit sind Grundsteine sozialdemokratischer Politik. Ohne gut instand gehaltene und ausgestattete Schulen und ohne ausreichende Möglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen, einen guten Bildungsabschluss zu erreichen, wird die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Gewinnern und Verlierern des Systems noch weiter auseinandergehen. Das wollen wir nicht und deshalb sind für uns gute Bildung und Bildungsgerechtigkeit zentral für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Für mehr Bildungsgerechtigkeit

Auch wenn Bildungspolitik – insbesondere die Gliederung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium bzw. Integrierte Gesamtschule (IGS) – nicht in der Kommune, sondern im Land Hessen gemacht wird, so kann die Stadt doch dazu beitragen, dass die Bedingungen für gelingende Bildung geschaffen werden, um dem Ziel der Bildungsgerechtigkeit näher zu kommen. Nicht nur wir, sondern auch alle Experten – und fast alle Länder der Welt – sind davon überzeugt, dass eine inklusive Schulform die beste Variante bis zur Klasse 10 ist.

Um Bildungsgerechtigkeit nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität zu erreichen, fordern wir einen sogenannten städtischen Sozialindex. Das bedeutet, dass die Schulen mehr Aufmerksamkeit und auch mehr Ressourcen bekommen, die in Stadtquartieren mit hihen Bedarfslagen liegen oder die von vielen herausgeforderten Schüler:innen besucht werden. Wir wollen anhand fester Kriterien (sogenannten Indikatoren) einen Sozialindex für einzelnen Schulen erstellen. Schulen, die viele Schüler:innen mit Herkunfts- und Bildungsbiografien aufweisen, die zu Benachteiligung führen können, sollen stärker von städtischen Ressourcen profitieren als Schulen mit einer starken Schülerschaft.

Einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leistet die Schulsozialarbeit. Diese wollen wir flächendeckend an allen Wiesbadener Haupt- und Realschulen sowie IGSen einführen bzw. erhalten und nach Bedarfen ausbauen. An ausgewählten Gymnasien ist Schulsozialarbeit für uns ebenfalls vorstellbar.

Grundsätzlich verfolgen wir weiterhin das Ziel des vorgezogenen Aufnahmeverfahrens für alle Wiesbadener Integrierten Gesamtschulen. Dies bietet in der Tat nur Vorteile, erlaubt es doch bei Ablehnung von einer bestimmten Schule den Eltern sich für ihre Kinder danach noch einmal im gegliederten Schulsystem um einen Platz zu bemühen.

Auch die Wiesbadener Privatschulen gehören zur Schulvielfalt. Es muss jedoch ausgeschlossen sein, dass Kindern die Aufnahme aus finanziellen Gründen verweigert wird (Sonderungsverbot).

Konkret wollen wir:

- einen städtischen Sozialindexes für Schulen in belasteten Stadtgebieten bzw. mit vielen Schüler:innen aus sozialen Bedarfslagen einführen
- den Schlüssel an Schulsozialarbeiter:innen an allen Schulen mit Hauptschulbildungsgang und an gemischten Schulformen (IGS, H&R) auch für die dortigen Realschüler:innen erhöhen
- nach dem ersten Komplettdurchlauf eines Jahrgangs an der Mittelstufenschule im Dichterviertel (MSS) nach einer Auswertung prüfen, eine weitere Mittelstufenschule einzurichten zur Stärkung der Schulen mit berufspraktischen Abschlüssen und Schwerpunkten.

Für mehr Nachmittagsbetreuung

Wir wollen einen vorausschauenden Ausbau der Grundschulkinderbetreuung im Hinblick auf den bundesweit festgelegten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2025. Um nicht in Verzug zu geraten, setzen wir uns für einen schrittweisen Ausbau auf 90 Prozent (gemessen an den Grundschulplätzen insgesamt) ein. Dabei brauchen wir zunächst einen Überblick, was an welchen Schulen zum Erreichen des Ziels getan werden muss. Die notwendigen Mittel, wie etwa für den Ausbau von Betreuungsräumen, den Neu- und Umbau von Mensen etc., müssen in den Haushaltsjahren 2022-2024 bereitgestellt werden.

Konkret wollen wir:

- die Bedarfserhebung für bauliche Maßnahmen für den Ausbau der Grundschulkinderbetreuung umsetzen
- finanzielle Mittel bereitstellen, um den Ausbau der Grundschulkinderbetreuung bis 2025 zu garantieren

Für mehr Inklusion

Unser Ziel ist es, für alle Schüler:innen mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung oder mit einer nachgewiesenen Beeinträchtigung/Behinderung einen geeigneten Ort der Beschulung in Wiesbaden anzubieten. Das kann eine Förderschule sein, das muss aber auch ein inklusiver Platz an einer Regelschule sein können. Hierfür müssen wir die baulichen Voraussetzungen schaffen. Gerade Schüler:innen mit einer Beeinträchtigung oder Behinderung müssen optimale Förderung erhalten, um den für die Schüler:innen bestmöglichen Schulabschluss zu erreichen. Nur so ermöglichen wir umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Während die Stadt Wiesbaden die baulichen Voraussetzungen für die inklusive Beschulung an Grundschulen weitgehend geschaffen hat, muss dies auch an allen weiterführenden Schulen gewährleistet werden. Wir wollen weitere Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen und Realschulen so ertüchtigen, dass Kinder mit allen Förderschwerpunkten dort beschult werden können. Kinder mit einem Förderschwerpunkt sollen künftig an allen Schulen aufgenommen werden. Durch steigende Schüler:innenzahlen in Wiesbaden ist aber im Rahmen der Schulentwicklungsplanung auch zu untersuchen, ob ausreichend Plätze in den Förderschulen vorhanden sind.

Für mehr sanierte Schulen

Zentraler Punkt, den wir als Stadt auch beeinflussen können, ist der bauliche Zustand der Wiesbadener Schulen. Nachdem auf SPD-Initiative erstmals eine Prioritätenliste der sanierungsbedürftigen Schulen erstellt wurde, wird der Sanierungsstau nun konsequent abgearbeitet. Auch wenn die finanziellen Rahmenbedingungen und die langen Jahre guter Baukonjunktur keine schnellere Umsetzung zugelassen haben, so stellen doch immer mehr Schulgemeinden fest, dass endlich

Bewegung in den Schulbau gekommen ist. Es tut sich was an Wiesbadener Schulen.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in den kommenden 10 Jahren Neubauprojekte und grundlegende Sanierungen an Schulen im Volumen von 500 Millionen Euro (Planungs- und Baukosten) angestoßen werden - unabhängig davon, ob die Schulen über die WiBau oder das Hochbauamt errichtet oder generalsaniert werden.

Diese Aktivitäten wollen wir fortführen und den Sanierungsstau an Schulen weiter abarbeiten. Das Budget für Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen soll auf Grundlage der erwarteten Bedarfe in den einzelnen Schulgebäuden aufgestellt werden. Dafür ist die bereits in Umsetzung befindliche digitale Gebäudeverwaltung (CAFM – Computer Aided Facility Management) eine zentrale Grundlage.

Wiesbaden saniert ihre Schulen zum einen durch die städtische WiBau GmbH in Mietmodellen und über das Hochbauamt im Besitz der Stadt. Bei der WiBau wird für jedes Gebäude eine Instandhaltungsrücklage gebildet, die von Jahr zu Jahr anwächst, bis Mittel gebraucht werden.

Dies ist bei Schulen in der Verwaltung der Stadt nicht der Fall. Damit drohen zwei unterschiedliche Schulen in Wiesbaden – die sanierten bzw. neu gebauten WiBau-Projekte mit festen Instandhaltungsbudgets und die klassisch sanierten bzw. neu gebauten Schulen, deren Instandhaltungsmittel im städtischen Haushalt immer wieder neu verhandelt werden müssen und „nach Haushaltslage" saniert werden. Wir wollen, dass ein Instandhaltungsbudget für Schulgebäude entwickelt wird, das auf den erwarteten Bedarfen der einzelnen Schulen aufbaut. Diese lassen sich aus den Grunddaten der digitalen Gebäudeverwaltung zu einzelnen Gebäuden ableiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Instandhaltungsbudget jährlich mindestens 20 Millionen Euro beträgt, das in den so genannten Rahmenwerten bei der Haushaltsaufstellung fortgeschrieben wird, um nicht permanent in die Verteilungskämpfe der Haushaltsverhandlungen mit einbezogen zu werden. Die Zukunft unserer Kinder ist uns zu wichtig, um alle zwei Jahre wie auf dem Basar neu ausgehandelt zu werden.

Instandhaltungen durch die Eltern gehören der Vergangenheit an

Zur Sanierung gehört auch die Instandhaltung von Klassenräumen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden darauf verzichtet, dass Eltern die Klassenräume ihrer Kinder streichen müssen. Schönheitsreparaturen können aber als pädagogisches Projekt mit den (älteren) Kindern oder im Rahmen von „Wiesbaden engagiert!" weiterhin durchgeführt werden. Bisher werden Schönheitsreparaturen in Schulen mangels ausreichender Mittel häufig durch die Eltern erledigt. Die Stadt finanziert lediglich die Materialkosten. Zur Stärkung lokaler Handwerksbetriebe, aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, denn dies ist Teil der Benachteiligung von Kindern mit weniger engagierten oder zahlungskräftigen Eltern, sollten diese Aufgaben nicht von Eltern ausgeführt werden müssen – es sei denn es geschieht auf ausdrücklichen Wunsch der Schulgemeinde hin. Wir werden uns dafür einsetzen, die bisherige Praxis durch die Zuweisung entsprechender Haushaltsmittel schrittweise zu beenden. Zunächst soll dies für die Grundschulen und dann für die weiterführenden Schulen umgestellt werden.

Konkret wollen wir:

- eine zügige Abarbeitung der Prioritätenliste zur Sanierung der Schulen
- mindestens 40 Millionen Euro Instandhaltungsmittel pro Doppelhaushalt zur Sanierung der Wiesbadener Schulen – Festschreibung, ohne Verhandlung der Politik
- ein jährlich wachsendes Budget zur Sanierung von Schulen einführen
- keine Schönheitsreparaturen mehr durch die Schulgemeinde bzw. die Eltern

Digitalisierung – Schulen des 21. Jahrhunderts

Nicht erst seit Corona zeigt sich, dass die Schulen in Deutschland im Bereich der digitalen Bildung nicht auf dem neuesten Stand sind. Erst mit dem von der SPD maßgeblich durchgesetzten Digitalpakt auf Bundesebene und der damit verbundenen Aufhebung der strikten Bund-Länder-Trennung im Bildungsbereich, konnte hier ein erster maßgeblicher Erfolg erzielt werden. Dabei darf es nicht bleiben. Mit der Umsetzung des Digitalpaktes in Wiesbaden werden bis 2024 mehr als 20 Millionen Euro in die Datenverkabelung und die Anschaffung digitaler Endgeräte investiert. Wiesbaden liegt bereits jetzt bei den beantragten und bewilligten Mitteln hessenweit vorne.

Aber das ist nicht genug – denn es fehlt nicht nur an Breitbandverbindungen, sondern vor allem an Menschen, die die Digitalisierung an den Schulen auch betreuen. Wir werden daher ein Support-Programm auflegen, das dafür sorgt, dass ab 2021 pro Jahr zwei neue Mitarbeiter:innen als Netzwerkadministratoren, Software-Support-Mitarbeiter u.a. beim Medienzentrum Wiesbaden eingestellt werden. Diese insgesamt acht Mitarbeiter:innen sollen die Schulen bei Pflege, Wartung und Einsatz der neuen Endgeräte unterstützen. Gleichzeitig werden damit die Schulungsangebote ausgeweitet, die die Lehrer:innen auf Herausforderungen des digitalen Unterrichtens vorbereiten. Hierbei sehen wir das Land nicht nur in der Frage der Kofinanzierung in der Pflicht, sondern auch in der Konzeption von Fortbildungen inhaltlicher und didaktischer Art. Anknüpfend an das Sofortprogramm des Landes Hessen im Rahmen der Corona-Maßnahmen an Schulen wollen wir die digitale Ausstattung an Schulen massiv ausweiten: Ziel muss es sein, dass ein Wechsel von Distanz- und Präsenzunterricht auch außerhalb von Coronazeiten möglich ist. Um die Schüler:innen für die Zukunft fit zu machen, wollen wir langfristig ein digitales Endgerät pro Schüler:in bereitstellen. Dabei sehen wir auch das Land in finanzieller Verantwortung. Schulen, die über gute pädagogische Konzepte für den digitalen Unterricht verfügen, sollen diesen auch durchführen können. Eine „digitale Modellschule" mit entsprechender Ausstattung und Unterstützung kann hessenweit Vorbildfunktion haben. Die Mittel, die die Stadt als Schulträger aus dem Medienentwicklungsplan für die digitale Ausstattung der Schulen bereitstellt, müssen deutlich erhöht werden. Wir werden uns für eine Steigerung um 50 Prozent von rund zwei auf drei Millionen Euro pro Jahr einsetzen.

Konkret wollen wir:

- die Umsetzung des Medienentwicklungsplans vorantreiben und das Budget auf 3 Millionen Euro pro Jahr anpassen
- ein Support-Programm für die Digitalisierung der Schulen, inkl. Stellenschaffungen zur Unterstützung bei Pflege, Wartung und dem Einsatz der neuen Endgeräte (Datenverkabelung, W-LAN und Endgeräte (Tablets, Laptops)) initiieren
- mittelfristig ein digitales Endgerätes pro Schüler:in bereitstellen

Für gute Planung und mehr Innovationen

Wir wollen innovative Schulkonzepte ermöglichen: Die Wiesbadener Bildungslandschaft ist vielfältig und bietet eine gute Versorgung mit allen Bildungsgängen für alle Kinder. Aber Schulentwicklung darf nicht beim Status quo stehen bleiben, sondern muss immer wieder neue Wege gehen. Wir unterstützen daher die Schulgemeinden, die sich mit innovativen Konzepten weiterentwickeln wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass – immer, wenn die Schulgemeinde es befürwortet – Verbundschulen mit Schüler:innen der Klassen 1-10 (bzw. 1-13) gegründet werden können. Im neuen Stadtviertel im Ostfeld sehen wir dazu eine gute Gelegenheit, eine solche Schule auf freiwilliger Basis einzurichten. Deshalb wollen wir für das Neubaugebiet – neben einem Gymnasium und mehreren Grundschulen – auch eine Stadtteilschule für die Klassen 1-10, bzw. 1-13 als Integrierte Gesamtschule mit Grundschule und Oberstufe einrichten. Auch auf diese Weise können Brüche in der Schullaufbahn und damit häufig verbundene Frustrationserlebnisse minimiert werden. Darüber hinaus soll es eine Abfrage geben, welche Standorte sich möglicherweise als Verbundschulen eignen. Dies alles geschieht in dem Bewusstsein, dass die inhaltliche Federführung der Schulpolitik beim Hessischen Kultusministerium und hier die Hoheit für die Weiterentwicklung von Schulen liegt. Als Schulträger sind wir verantwortlich für die bedarfsgerechte Versorgung mit Schulplätzen für die Wiesbadener Schüler:innen. Die bisherige Praxis der vorausschauenden Planung hat daher in Wiesbaden für ein gutes Maß an Schulfrieden gesorgt und soll grundsätzlich weitergeführt werden. Besonders wichtig war uns die Umwandlung der Heinrich-von-Kleist-Schule in die IGS Rheingauviertel und die Etablierung einer neuen IGS in Bierstadt, die sich derzeit noch im Planungsstadium befindet. Ebenso verfolgen wir weiterhin den Bau einer gymnasialen Oberstufe an der Wilhelm-Leuschner-Schule in Kostheim.

Wir wollen weiterhin eine starke Beteiligung der Bürger:innen bei der Aufstellung von Schulentwicklungsplänen (SEP). Wir sind froh, dass aufgrund unserer Initiative jetzt ein neues Format für die Aufstellung des Schulentwicklungsplanes 2022-2026 erprobt wird. Darin ist eine stärkere Beteiligung interessierter Personen und Gruppen und vor allem der Eltern bereits in der Erarbeitung und Kommentierung des ersten SEP-Entwurfes vorgesehen.

Wichtig ist eine vorausschauende Planung und Berücksichtigung von Schulbelangen. Seit einigen Jahren ist die frühzeitige und vorausschauende Einbindung der Sozial- und Bildungsplanung bei allen Stadtentwicklungsprojekten gut geübte Praxis. Gleichzeitig hat das Stadtparlament 2018 auf Initiative der SPD die Richtlinie zur Wiesbadener Sozialgerechten Bodennutzung (WiSOBoN), zur Kostenbeteiligung bei der Wohnbaulandentwicklung in der Landeshauptstadt Wiesbaden verabschiedet. Die Richtlinie regelt die Beteiligung von Investoren bzw. Begünstigten an Kosten für Schulen oder Kindertagestätten, wenn durch die Änderung des städtischen Planungsrechts eine Wertsteigerung für die Grundstücke eintritt. In diesem Zusammenhang ist es uns wichtig, dass bei jeder notwendigen Wohnungsbauentwicklung die Belange von Schule und Kita mitbedacht und mitgeplant werden.

Konkret wollen wir:

- neue, innovative Schulkonzepte, wie Versuchs- oder Verbundschulen mit längerem gemeinsamen Lernen, fördern
- bei neuen Schulvorhaben ausreichende und qualitativ gut ausgestattete Integrierte Gesamtschulen vorziehen
- die Bürgerschaft bei der Aufstellung von Schulentwicklungsplänen beteiligen
- eine vorausschauende Planung von Schulen bei der Schaffung von Neubaugebieten inkl. der Umsetzung der WiSoBOn-Vorgaben (finanzielle Beteiligung von Investoren bei der sozialen Infrastruktur)

Wiesbaden ist... Hochschulstandort

Zum Bildungsangebot einer Stadt gehören auch die Hochschulen. Wir freuen uns über rund 14.000 Student:innen, die sich für Wiesbaden als Studienort entschieden haben. Davon sind über 10.000 an der Hochschule RheinMain eingeschrieben, die übrigen verteilen sich auf die Hochschule Fresenius, die European-Business-School und auch die Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung. Wir stehen zur Erweiterung und Campusentwicklung der Hochschule RheinMain am Kurt-Schumacher-Ring und freuen uns über die nicht nur bauliche Öffnung der Hochschule zur Landeshauptstadt Wiesbaden.

Die wieder nach Wiesbaden zurückgekehrte Hochschule Fresenius, die der Moritzstraße ein neues Profil und dem Hochschulstandort zusätzliche Perspektiven gibt, heißen wir herzlich willkommen. Insgesamt wollen wir die Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Landeshauptstadt auch weiterhin in vielen Projekten und Ausstellungen fördern, um deutlich zu machen, dass Wiesbaden auch ein attraktiver Hochschulstandort ist.

Wir sind jedoch auch der Meinung, dass Wiesbaden mehr Arbeitsräume für Studierende im Innenstadtbereich benötigt. Wir prüfen, ob insbesondere in den Prüfungsphasen zusätzliche Räumlichkeiten zur Vorbereitung bereitgestellt werden können. Dazu gehört auch eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Mediathek – denn gerade in den Prüfungszeiten sind alle Arbeitsplätze im Innenstadtbereich bereits frühmorgens belegt.

Zentral ist für Studierende auch das Thema Wohnraum. In Wiesbaden müssen Bewerber:innen durchschnittlich 14 Monate auf eine freie Wohnung warten. Wir setzen uns deshalb für weitere Azubi- und Studierendenwohnheime in Wiesbaden ein. Diese Herausforderung lässt sich nur durch ein breiteres Angebot lösen. Um dies zu schaffen, müssen vor allem mehr Wohnungen und Studierendenwohnheime gebaut sowie zu einem bezahlbaren Preis vermietet werden.

Das Nachtleben in unserer Stadt kann definitiv ein Update vertragen. Wir setzen uns für mehr Bars, Clubs und Kultureinrichtungen ein. Ein wichtiger Schritt ist die Einführung eines Nachtbürgermeisters, der sich speziell für die Interessen rund ums Wiesbadener Nachtleben einsetzen soll.

Konkret wollen wir:

- die Erweiterung des Campus der Hochschule RheinMain am Kurt-Schumacher-Ring
- die Ausweitung der Öffnungszeiten von Bibliotheken für Studierende in den Prüfungszeiten und Bereitstellung zusätzlicher Räumlichkeiten
- weitere Azubi- und Studierendenwohnheimen mit Mietpreisen, die auf dem Niveau der BAföG-Sätze liegen, bauen
- im Rahmen der Quartiersentwicklung dafür sorgen, dass in Wiesbaden mehr Wohngemeinschaften (WGs) entstehen. Dies kann z.B. durch geeignete Zuschnitte von Wohnungen berücksichtigt werden. Ein durchschnittliches WG-Zimmer kostet in Wiesbaden 429 Euro. Auch hier setzen wir uns für ein breiteres Angebot ein, um die Preise zu senken. Mehr Angebot sorgt für günstigere Preise.
- dem Nachtleben nach Corona ein Update geben. Die Einführung eines Nachtbürgermeisters, der sich speziell für die Interessen rund ums Wiesbadener Nachtleben einsetzen soll, unterstützen wir weiterhin.

Wiesbaden ist... eine lebendige Kulturszene und Städtepartnerschaften

Die Wiesbadener Kulturlandschaft ist geprägt durch ihre Vielfalt und einem lebendigen Miteinander. Neben großen Einrichtungen wie dem Hessischen Staatstheater, dem Landesmuseum, dem Stadtmuseum am Markt oder dem weit über die Stadt- und auch Landesgrenzen hinaus bekannten Kulturzentrum Schlachthof existieren eine Vielzahl von Heimatmuseen, freien Bühnen, musikalischen Einrichtungen, literarischen Orten der Begegnung etc., die das gesellschaftliche Leben unserer Stadt bereichern. Sie alle fördern unsere Stadtgesellschaft am besten, wenn sie sich unter nachvollziehbaren Rahmenbedingungen entfalten können. Sie begleiten den kritischen Diskurs über gesellschaftlich wichtige Themen, sie steigern die Attraktivität unserer Stadt und führen Menschen unterschiedlichster Herkunft und unterschiedlicher Altersgruppen zusammen. Für uns ist klar: Es braucht eine Mischung aus staatlichen Kultureinrichtungen und frei-gemeinnützigen Häusern. Idealerweise entstehen zwischen diesen Bereichen auch weitere Kooperationen.

Wir treten den Bestrebungen rechtsextremer Parteien entgegen, Kultureinrichtungen in den Dienst einer verengten „nationalen Kultur" zu stellen. Kunst und Kultur sind frei. Und bleiben es auch. *(Querverweis: Kapitel Haltung gegen Rechts)*

Kultur hat einen starken Bildungsauftrag. Deshalb war und ist die Stärkung und der Ausbau von Angeboten zur kulturellen Bildung eine zentrale Aufgabe der Stadtpolitik, die nur gemeinsam und im engen Austausch mit den Kulturakteuren, den Bildungseinrichtungen und den Zielgruppen vor Ort weiter vorangetrieben werden kann.

Konkret wollen wir:

- finanzielle Planungssicherheit für Kultureinrichtungen über längere Zeiträume
- bessere Sichtbarkeit im öffentlichen Raum
- verbesserte Arbeitsbedingungen unter sozialen, aber auch ökologischen Aspekten
- die finanzielle Stärkung der Wiesbadener Kultureinrichtungen fortführen

Volkshochschule

Wiesbaden verfügt mit der Volkshochschule und den Volksbildungswerken in den Stadtteilen über leistungsfähige und anerkannte Träger der Erwachsenenbildung. Jährlich nutzen tausende Teilnehmer:innen das vielfältige Angebot der VHS und der Volksbildungswerke (rund 4000 bis 4300 Kursangebote pro Jahr). Vor allem die Sprachförderung und berufsbildende Qualifizierung stellen neben dem weit gefassten Angebot der kulturellen Bildung einen wichtigen Baustein für Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt dar. Die besondere Wiesbadener Organisation aus einer zentralen Volkshochschule und dezentralen Bildungswerken in den Stadtteilen hat sich bewährt.

Konkret wollen wir:

- die Volkshochschule und ihre Volksbildungswerke weiterhin institutionell absichern und die städtischen Zuschüsse an die wachsenden Bedarfe anpassen
- Mitarbeiter:innen der VHS, die derzeit mit Honorarverträgen arbeiten, sozial besser absichern. Wir werden prüfen, wo eine Übernahme in eine Festanstellung möglich und sinnvoll ist
- ergebnisoffen und mit den Beschäftigen prüfen, ob wir die Volkshochschule in einen Eigenbetrieb der Stadt überführen

Musik- und Kunstschule Wiesbaden

Die Wiesbadener Musik- und Kunstschule leistet einen zentralen Beitrag zur musikalischen Entwicklung und Entfaltung aller Altersgruppen und ist mit ihrem Programm weit über die Stadtgrenzen hinaus erfolgreich.

Konkret wollen wir:

- die Wiesbadener Musik- und Kunstschule weiterhin institutionell absichern und die städtischen Zuschüsse an die wachsenden Bedarfe anpassen. Jedes Kind in Wiesbaden soll die Möglichkeit haben, ein Instrument zu lernen – unabhängig von seiner sozialen Herkunft
- eine stärkere Beteiligung des Landes Hessen an der Finanzierung der Musikschulen
- Mitarbeiter:innen der WMK, die derzeit mit Honorarverträgen arbeiten, sozial besser absichern. Wir werden prüfen, wo eine Übernahme in eine Festanstellung möglich und sinnvoll ist

Kulturentwicklungsplan umsetzen

Die Wiesbadener Kulturverwaltung hat auf Augenhöhe und gemeinsam mit den Kulturschaffenden, den Kulturpolitikern sowie Bürgerinnen und Bürgern einen Kulturentwicklungsplan erarbeitet. Darin werden die Stärken und Schwächen, aber auch die Chancen und Risiken der kulturellen Einrichtungen in der Landeshauptstadt betrachtet und konkrete Forderungen und Maßnahmen zur Stärkung der Wiesbadener Kulturlandschaft aufgezeigt.

Dazu gehören wichtige Themenfelder wie etwa die Sichtbarkeit von Kultur, die finanzielle Ausstattung der verschiedenen Kultureinrichtungen und den damit verbundenen Arbeitsbedingungen, die kulturelle Teilhabe oder auch die Verfügbarkeit von Arbeits- und Produktionsstätten. Wir wollen der Kultur eine gute Entwicklungsgrundlage geben, Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Kulturschaffenden stehen dabei an erster Stelle.

Konkret wollen wir:

- die im Kulturentwicklungsplan genannten Maßnahmen umsetzen, auch wenn dabei Finanzierungsvorbehalte gelten. Ein Schwerpunkt wird dabei zunächst die Überarbeitung der Förderregelung für freie Kultureinrichtungen sein. Die transparente an verschiedenen Parametern orientierten Kulturberichterstattung zu den Entwicklungen der Kulturträger sind hierzu wichtige Instrumente, die eingeführt werden sollen.
- neue Orte für Kultur unterstützen. Hierbei trauen wir uns auch,

unkonventionelle Wege zu gehen. Gerade für innovative Projekte und Start-ups bieten sich Pop-up Nutzungen (vorübergehende Nutzung leerstehender Räumlichkeiten) an, die wir über eine enge Abstimmung mit dem Citymanager erreichen wollen. Kultur soll einen Beitrag zur Erhaltung der Innenstadt leisten.

- nicht beim Kulturentwicklungsplan stehen bleiben. Es geht nicht nur um die Umsetzung der vorliegenden Maßnahmen, sondern auch um die Evaluation und Fortschreibung.
- das Kulturamt als verlässlichen und engagierten Partner der Wiesbadener Kulturszene stärken. Hierzu gehört u.a. der Aufbau einer Koordinierungsstelle für kulturelle Bildung und Teilhabe sowie die Einrichtung einer Stelle zur gezielten Umsetzung der Maßnahmen aus dem Kulturentwicklungsplan

Kulturbeirat als Stimme der Kulturschaffenden

Wiesbaden hat sich in der letzten Wahlperiode für die Einrichtung eines Kulturbeirates entschieden. Dieser soll die Stadtpolitik fachlich begleiten, Debatten anstoßen und auch mit eigenen Beschlussvorlagen Initiativen ergreifen. Der Kulturbeirat genießt ein hohes Vertrauen und hat sich in der ersten Wahlperiode auch öffentliche Aufmerksamkeit erarbeitet und wichtige Impulse gegeben. In den nächsten Jahren steht eine Evaluierung der Arbeit und Struktur des Kulturbeirates an.

Konkret wollen wir:

- den Kulturbeirats weiterführen und fortentwickeln. Als wichtige Aspekte für die Evaluation der Struktur und Arbeit sehen wir: Reduzierung der Größe, sowohl bei den Sparten als auch bei der Besetzung aus den Fraktionen, Verlängerung der Wahlperiode sowie das Thema Wahlbeteiligung

Kulturelle Nutzung der Walhalla

Die Walhalla ist nicht zuletzt durch ihre räumliche Verortung im Herzen von Wiesbaden, sondern auch durch ihre Geschichte und einzigartige Architektur für die Wiesbadener Kultur von großer Bedeutung. Wir freuen uns deshalb auf das Ergebnis zur Vergabe der kulturellen Nutzung der Walhalla. Dabei ist uns an dieser Stelle die Kooperation bzw. Einbindung des neuen Kulturformats mit dem bestehenden Kulturangebot besonders wichtig. Für die Übergangszeit bis zum Beginn des Umbaus ist für uns eine kulturelle Zwischennutzung von Teilflächen grundsätzlich vorstellbar. Wir sehen gerade aufgrund des Mangels an kulturell nutzbaren Räumlichkeiten im innerstädtischen Bereich auch bei einer Interimsnutzung den Mehrwert sowohl für die Kulturakteure als auch für die Stadtgesellschaft selbst. Gleichwohl muss eine Interimsnutzung im Verhältnis zum finanziellen Aufwand und insbesondere der Nachhaltigkeit der getätigten Auswendungen stehen.

Konkret wollen wir:

- den Prozess zur Vergabe der Walhalla auch weiterhin im Sinne einer bestmöglichen kulturellen Nutzung für Wiesbaden kritisch begleiten. Einer Interimsnutzung bis zum offiziellen Baubeginn stehen wir offen gegenüber, wollen dabei aber Kosten und Nachhaltigkeit nicht aus dem Auge lassen.

Kulturelle Arbeit der Kreativfabrik dauerhaft sichern

Der Verein Kreativfabrik Wiesbaden e.V. betreibt auf dem Kulturparkgelände am ehemaligen Schlachthof ein Kulturzentrum mit einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm rund um Konzerte, Theater und Tanzveranstaltungen. Daneben vermietet der Verein bezahlbare Proberäume an junge Nachwuchsbands aus Wiesbaden und stellt seine Räumlichkeiten für Initiativen und Seminare zur Verfügung. Die ebenfalls im Gebäude untergebrachte Skatehalle, die u.a. ein regelmäßiges Skateangebot für Menschen im Rollstuhl bereithält, ist regional einzigartig. In den vergangenen Jahren hat sich die Arbeit des Vereins zu einem lebendigen und unverzichtbaren Teil des Wiesbadener Kulturlebens entwickelt.

Im Jahr 2021 endet der Erbaurechtsvertrag und das von der Kreativfabrik genutzte Gebäude fällt zurück an die Stadt Wiesbaden. Wir wollen, dass die erfolgreiche Arbeit des Vereins vor Ort dauerhaft gesichert wird. Eine anderweitige und rein kommerzielle Verwertung des Gebäudes zu Lasten der Kultur lehnen wir ab. Zudem wollen wir die städtische Unterstützung des kulturellen Angebots in der Kreativfabrik weiter ausbauen und verlässliche Perspektiven für eine Weiterentwicklung vor Ort schaffen

Stadtgeschichte und Brauchtum

Das Stadtmuseum am Markt leistet ebenso wie das Stadtarchiv wichtige Vermittlungsarbeit im Bereich der Wiesbadener Stadtgeschichte und Identität. Wir wollen den Archivausbau für beide Einrichtungen weiter voranbringen. Die Zusammenarbeit mit den ehrenamtlich getragenen Heimatmuseen und Brauchtumsvereinen wollen wir mit einem „Jahr der Stadtteilgeschichten und des Wiesbadener Brauchtums“ gezielt fördern. Auch die Fastnacht ist ein wichtiger Teil des kulturellen Lebens. Wir werden diese weiterhin finanziell und organisatorisch unterstützen.

Staatstheater

Wir sind uns der Bedeutung des Hessischen Staatstheaters Wiesbaden für unsere Heimatstadt und darüber hinaus in die Region sehr bewusst und wollen dieses nach Kräften unterstützen, ohne dabei die freien Kultureinrichtungen zu übersehen. Die Bemühungen des Staatstheaters, mit anderen Kultureinrichtungen der Stadt zu kooperieren sehen wir und wünschen uns eine Intensivierung dieser Arbeit.

Konkret wollen wir das Staatstheater, gemeinsam mit dem Land Hessen, in die folgende Richtung weiterentwickeln:

- Sanierungsbedarfe (Brandschutz, Barrierefreiheit, Haus- und Bühnentechnik, Gebäudehülle des „Neubaus“) müssen erarbeitet und Lösungen für ein modernes Haus gefunden werden
- Erhalt aller Sparten des Staatstheaters sowie seiner Spielsätten. Traditionsveranstaltungen wie die Maifestspiele, aber auch neue Formate wie die Wiesbaden Biennale sollen fortgeführt und auskömmlich finanziert werden
- Wünschenswert erscheint uns eine Öffnung des Theaters zur Stadt. Theater Open-air: auf Plätzen und in Stadtteilen stärken die Verbindung zur Stadtgesellschaft und den Fragen, die sie bewegt.

Es bleibt die Herausforderung, neue und jüngere Publikumskreise zu

gewinnen. Wir finden: jedes Kind in Wiesbaden sollte mindestens einmal, besser mehrfach, im Staatstheater zu Besuch gewesen sein. Die theaterpädagogische Zusammenarbeit mit Schulen und Kitas soll auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Maßnahmen wie vergünstigte Restekarten sollen ausgebaut und auch Gruppen wie Auzbis und Schülerinnen und Schülern angeboten werden. Projekte zur Teilhabe, wie etwa vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, wollen wir fortsetzen.

Die Öffnung des Hauses, etwa durch Live-Übertragungen in den Warmen-Damm oder auch den Kurpark oder an den Schlachthof können zusätzliche Besucher:innen für das Staatstheater gewinnen.

Städtepartnerschaften

Die Landeshauptstadt Wiesbaden pflegt seit vielen Jahren partnerschaftliche Beziehungen zu insgesamt 17 Städten in Europa, im Nahen Osten und in Lateinamerika. Wir bedauern die Entscheidung von der Stadt Gent die Partnerschaft einseitig aufzulösen. Wir verbinden damit den Auftrag – gerade nach Corona – die Städtepartnerschaften zu intensivieren.

Städtepartnerschaften bieten die Chance, mehr über die Menschen, ihre Kultur und Gepflogenheiten und ihr Alltagsleben zu erfahren. Sie erleichtern es den Bürgerinnen und Bürgern, Kontakte zu knüpfen und ermöglichen es Vereinen und Institutionen, an Projekten von gemeinsamem Interesse zu arbeiten. Dabei stehen die Bereiche Kultur, Soziales und Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft sowie Jugend und Sport im Mittelpunkt.

Wir möchten das internationale Denken, Völkerverständigung und Anerkennung der Menschenrechte fördern und die Toleranz verstärken, denn wo Menschen sich begegnen, werden auch Vorurteile abgebaut. Wir wollen Orte, Gelegenheiten und Veranstaltungen für interkulturelle Begegnungen in den Wiesbadener Stadtteilen fördern.

Neben den offiziellen Zusammentreffen der Repräsentant:innen partnerschaftlich verbundener Städte, dem kommunalen Fachaustausch sowie gemeinsamen Projekten auf der Arbeitsebene, leben aktive Städtepartnerschaften vor allem von der direkten Bürgerbegegnung. Auch dazu wollen wir beitragen

In neuester Zeit nimmt besonders der Verwaltungsaustausch – Konferenzen zu aktuellen Städteproblemen wie Migration, Demografie, Städtebau, Umweltpolitik etc. einen immer größeren Stellenwert ein.

Mit viel ehrenamtlichem Engagement organisieren Partnerschaftsvereine mit ihren Mitgliedern vielfältige Austauschprojekte in den Bereichen Kunst und Kultur, Jugend und Sport sowie Reisen für Bürgerinnen und Bürgern in die Wiesbadener Partnerstädte. Darüber hinaus arbeiten sie eng mit den Schulen zusammen, um die bestehenden Schulpartnerschaften zu festigen und neue zu initiieren. Die Partnerschaftsvereine sind damit unsere wichtigsten Partner und zugleich eine der tragenden Säulen in der Städtepartnerschaftsarbeit. Ihren Mitgliedern bieten sie interessante Möglichkeiten, langjährige internationale Freundschaften aufzubauen, fremde Kulturen kennenzulernen sowie Erfahrungen zu sammeln und persönliche Kompetenzen weiterzuentwickeln. Wir werden daher die Arbeit der Partnerschaftsvereine weiter unterstützen.

Dabei wollen wir vor allem Schulen dazu ermutigen, ihre Klassenfahrten in unsere Partnerstädte zu legen, Austausche hier durchzuführen. Zudem wollen wir prüfen, wie die Partnerstädte noch mehr in Wiesbaden und auf ihren Festen wahrgenommen werden können. Was auf dem Weinfest bereits gut funktioniert, würden wir uns auch für den Weihnachtsmarkt wünschen.

Bevor weitere (bis auf die bereits in Gang gesetzte Partnerschaft mit einer Stadt in den Vereinigten Staaten) Städtepartnerschaften geschlossen werden, sollen die bestehenden Verbindungen intensiviert und weiter ausgebaut werden.

Konkret wollen wir:

- den Austauschs zwischen den Partnerstädten intensivieren
- Partnerschaftsvereine aktivieren und stärken
- zu einer Stadt in den USA Kontakt aufbauen. Danach Vorrang der vorhandenen Städtepartnerschaften vor der Entwicklung neuer Verbindungen
- Stände aus Partnerstädten auf dem Weihnachtsmarkt anbieten
- auskömmliche Finanzierung der Partnerschaftsvereine und Flexibilisierung der Mittel mit Blick auf die Aktivitäten und die Grundfinanzierung gewährleisten

Wiesbaden ist… Heimat für uns alle!

Seit vielen Jahren gibt es in unserer Stadt einen breit getragenen Grundkonsens in der Integrationspolitik und des friedlichen Zusammenlebens, an dem die Wiesbadener SPD aktiv mitwirkt.

Wer sich in unserer Stadt niederlässt, wird Teil unserer städtischen Gemeinschaft. Für die Wiesbadener SPD ist es selbstverständlich, dass ein gutes, friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben alter wie neuer Wiesbadener:innen ermöglicht wird und erhalten bleibt. Kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt begreifen wir als Chance, verschließen jedoch auch nicht die Augen vor den Problemen und Herausforderungen, die diese mit sich bringen.

Diese Herausforderungen werden in Wiesbaden seit vielen Jahren aktiv angegangen – mit Sprachkursen, frühkindlicher Bildung, Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogrammen, aber auch mit Aktivitäten zur Anerkennung von Qualifikationen und Berufsabschlüssen, die im Ausland erworben wurden. Grundvoraussetzung hierfür ist, dass wir uns in Wiesbaden auf Augenhöhe und mit Offenheit begegnen.

Extremistische Weltanschauungen hingegen, die mit unserem Grundverständnis der Demokratie nicht vereinbar sind, dürfen unser Zusammenleben nicht gefährden und müssen stets wachsam im Auge behalten werden. Ihnen muss präventiv und entschlossen entgegengetreten und sie müssen unterbunden werden. Wir stehen fest an der Seite derer, die sich für eine solidarische Stadtgesellschaft, für eine Stadt der gelebten Anerkennung und Vielfalt und gegen Rassismus, Antisemitismus, rechte Hetze und Gewalt, Sexismus, Homophobie sowie die Ausgrenzung von Minderheiten einsetzen.

Nach unserer Überzeugung verlieren Begriffe wie „Migrationshintergrund“ oder „Zuwanderungsgeschichte“ zunehmend an Aussagekraft und ihr Gebrauch wird insbesondere von den betroffenen Menschen als überflüssig, zum Teil auch stigmatisierend empfunden. Aus gutem Grund, schließlich leben unsere Nachbar:innen oftmals von Geburt an oder seit Jahrzehnten in Wiesbaden. Sind diese sozial benachteiligt, gibt es hierfür eine breite Palette an sozialpolitischen Strategien, Konzepten und Maßnahmen. *(Querverweis: Kapitel Haltung gegen Rechts)*

Eine gewisse ethnische Segregation lässt sich nicht verhindern, sie sollte aber auch nicht zunehmen und muss im Blick behalten werden. So haben manche Stadtteile als „Orte des Ankommens“ auch ihre positive Funktion insbesondere bei der ersten Orientierung. Sie gilt es, durch geeignete Infrastrukturen und Angebote zu stärken.

Für eine zunehmend vielfältigere Bevölkerung mit ihren Bedarfen sollten Räume für Begegnung und Formate des Austauschs bei Siedlungsentwicklungen und Wohnbauprojekten von Planungsbeginn an fester konzeptioneller Bestandteil sein. Im Zuge der Weiterentwicklung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung sollten Kriterien zu einer interkulturellen Öffnung von Bürgerbeteiligungsprozessen in den Leitlinien integriert werden.

Konkret wollen wir:

- nach wie vor eine kommunale Integrationsstrategie, jedoch mit dem besonderen Fokus auf die schnelle und bedarfsgerechte Förderung von Neuzugewanderten und Geflüchteten. Denn diese Menschen befinden sich in einer besonderen Situation und benötigen in der Phase der Erstintegration besondere Förderung im Bereich Deutscherwerb, Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt.
- bei der Zuwanderung den Blick auf die Potenziale wie Sprachkenntnisse oder Bildungs- und Berufsabschlüsse leiten. Für eine Beschäftigung gemäß der im Ausland erworbenen Qualifikation braucht es Strukturen wie z.B. die Anerkennungsberatung für Bildungsabschlüsse, berufsspezifische Sprachförderung, spezielle berufliche Nachqualifizierungsmaßnahmen sowie gute Beratungsstrukturen seitens der Ausländerbehörde für Arbeitgeber, die ausländische Fachkräfte beschäftigen und nach Deutschland holen möchten
- Migrantenselbstorganisationen fördern, da sie wichtige Partner im kommunalen Integrationsprozess sind. Ihre Rolle ist durch Einbindung, Unterstützung und Vernetzung weiter zu unterstützen
- zukünftig eine feste Ansprechperson für Migrantenorganisationen im Amt für Zuwanderung und Integration
- bereits implementierte Extremismuspräventionsprojekte wie z.B. die „Kommunale Beratungsstelle Salafismus“ und „Anlaufstelle Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Beratung, Fortbildung, Workshops“ weiterhin unterstützen und fördern werden. Veranstaltungsreihen wie „WIR in Wiesbaden“ oder die „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ bereichern unsere Stadt und werden auch zukünftig von uns unterstützt. Ebenso die Plattform Extremismus als kommunal vernetztes Gremium und als Seismograf für gesellschaftliche Entwicklungen in Wiesbaden
- Vielfalt leben und mitdenken bei der Siedlungsentwicklung und Stadtplanung

Wiesbaden ist... Arbeitsplatz und Wirtschaftsstandort

Mehr als nur Gewerbesteuer – alle Standortfaktoren stärken

Die Qualität eines Standortes reicht über Themen wie Flächenverfügbarkeit, Digital- und Verkehrsinfrastruktur und Gewerbesteuer hinaus. Im Wettbewerb liegen regelmäßig diejenigen Städte vorne, die ein hohes Maß an Lebensqualität sicherstellen. Diese ist ein maßgeblicher Faktor, um ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte in der Stadt und Region zu halten. Verkehrsanbindung, das kulturelle Angebot, Betreuungsplätze, die Qualität der Schulen und vor allem die Verfügbarkeit von Wohnraum spielen immer stärker in die Standortattraktivität hinein. Gerade die Wohnraumfrage sorgt derzeit für erhebliche Abwertungen des Standortes Wiesbaden, da Wohnen in Wiesbaden sehr teuer geworden ist. Es ist die Aufgabe der Kommune, an allen diesen Stellschrauben zu arbeiten und gute Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen. *(Querverweise: Kapitel Wohnen, Verkehr und Schule)*

Eine vielfältige und starke Wirtschaft

Die Wiesbadener Wirtschaft lebt von einem vitalen Mix kleiner, mittlerer und großer Betriebe aus den unterschiedlichsten Branchen. Alles ist vertreten: vom attraktiven Einzelhandelsgeschäft, über Dienstleistungen bis hin zum Verarbeitenden Gewerbe. Und Wiesbaden ist – auch wenn es oftmals nicht so scheint – ein großer Industriestandort im Rhein-Main-Gebiet.

In den kommenden Jahren wollen wir – gerade wegen der Corona-Pandemie – die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Wiesbaden weiter verbessern: für bestehende Betriebe und Neuansiedlungen, für gute Arbeitsplätze und sichere Beschäftigung.

Dazu gehört an erster Stelle, dass wir mit den finanziellen Rahmenbedingungen unserer Stadt verantwortungsbewusst umgehen. Wir werden unsere umsichtige Finanzpolitik konsequent fortsetzen und den Schwerpunkt weiter auf die notwendigen Zukunftsinvestitionen legen. *(Querverweis: Kapitel Finanzen)*

Die SPD Wiesbaden steht dafür, dass unsere Stadt ein attraktives Umfeld für Unternehmen und Beschäftigte ist. Für uns ist dabei der Dialog mit Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, den Kammern, Unternehmerverbänden und Unternehmen wichtig. Für sie muss die städtische Wirtschaftsförderung Serviceplattform sein. Sie ist Ansprechpartner von der ersten Idee bis hin zur Ansiedlung.

Wir wollen neue Unternehmen in unsere Stadt locken und so den Wirtschaftsstandort Wiesbaden qualitativ weiterentwickeln. Im Wettbewerb um Neuansiedlungen machen wir Wiesbaden zur Marke ‚Gründerfreundlichste Stadt'. Mit unseren attraktiven Hochschulen sind wir auch im Bereich der Zukunftsbranchen gut aufgestellt und streben eine Neu- und Ausgründungsinitiative an.

Konkret wollen wir:

- Wiesbaden als Industriestandort bewerben, halten und erweitern. Dazu wollen wir das Monitoring und Handlungsprogramm ‚Industriestandort' umsetzen. Die 2016 durchgeführte Studie zum Industriestandort Wiesbaden wird in regelmäßigen Abständen (alle 5 Jahre) wiederholt werden
- den runden Tisch „Industriestandort Wiesbaden" fortführen

Für sichere Arbeitsplätze

Wir stehen für die Sicherung und den Ausbau guter, sicherer und tariflich entlohnter Arbeitsplätze in unserer Stadt. Gleichzeitig müssen auch die Interessen von Betrieben, betroffener Anwohner:innen sowie des Umweltschutzes mitberücksichtigt werden. Wir haben die Entwicklung des Arbeitsmarkts in Wiesbaden fest im Blick. Insbesondere die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden wir abfedern. Vieles ist noch nicht absehbar und planbar. Dort, wo es die Stadt kann, sichern wir Arbeitsplätze.

Generell liegt unser Schwerpunkt auf der Integration der Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Dabei nimmt die Stadt eine wichtige Gestaltungsfunktion ein. Wir stehen für das Nebeneinander von wirksamen Qualifizierungsangeboten und zukunftsorientierten Beschäftigungsprogrammen. Wichtig ist die Ansiedlung von Unternehmen, die auch für geringqualifzierte Arbeitsmöglichkeiten geben.

Für uns ist Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Stadt und ihre Gesellschaften haben hier auch in der Arbeitswelt eine besondere Verantwortung. Integrativ arbeitende Betriebe wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten noch besser unterstützen.

Mit den Vertretern der Wiesbadener Wirtschaft, des Handwerks und den Gewerkschaften wollen wir weitere Initiativen im Bereich der Fachkräftesicherung und der Gewinnung neuer Fachkräfte – überregional und international – starten. Die Absolvent:innen der Hochschulen wollen wir an den Standort binden. Wir wollen insbesondere die Stadt und die städtischen und stadtnahen Gesellschaften bei ihrem Engagement für Ausbildungsplätze und bei Initiativen gegen den Fachkräftemangel unterstützen. Wiesbaden ist eine bunte und internationale Stadt. Wir steigern die Quote von Mitarbeiter:innen mit und ohne Migrationshintergrund in unserer Verwaltung und stärken die Vernetzung aller mit Migrationsfragen befasster Dienststellen der Stadt. *(Querverweis: Kapitel Moderne Stadtverwaltung und Digitalisierung)*

Gründerszene unterstützen

Wiesbaden verfügt über eine große und erfolgreiche Gründerszene. Gleichzeitig wird das mit Wiesbaden eher selten in Verbindung gebracht; andere Städte und Regionen gelten bisweilen als hipper und innovativer. Wir wollen auch auf unsere Hochschulen setzen, die viele junge, kreative Menschen in die Stadt ziehen. Mit dem Heimathafen und dem Startwerk A verfügt Wiesbaden bereits über Ankerpunkte der Szene. Mit dem Kreativ- und Gründerzentrum im Alten Gericht wollen wir einen zentralen Ort schaffen, der als Signal weit über Wiesbaden hinausreichen soll und deutlich macht, wie stark die Gründerszene und Kreativwirtschaft in Wiesbaden ist. Dieser Standort soll auch als Diskussionsplattform für Themen wie New Work, Industrie 4.0 und Digitalisierung allgemein dienen. Dafür sind wir bereit, auch längerfristige Unterstützung aus der Wirtschaftsförderung zu gewähren, soweit das beihilferechtlich möglich ist.

Wir wollen ein Gründerzentrum für Handwerkerdienstleistungen

einrichten, um den Einstieg in die Selbstständigkeit zu erleichtern und Ideen für die gemeinsame Nutzung von Lagerflächen, aber auch Maschinen und Technik entwickeln – so wie dies bereits bei landwirtschaftlichen Genossenschaften der Fall ist.

Konkret wollen wir:

- das Alten Gerichts als Ort der Kreativwirtschaft und Gründerszene
- der Gründerszene eine Chance geben: regelmäßigen Austausch mit dem Amt für Digitalisierung, dem Organisationsamt und dem städtischen IT-Dienstleister Wivertis ermöglichen, um Anwendungs- und Testbereiche in der Verwaltung oder bei städtischen Beteiligungen auszuprobieren und Praxistests zu unterziehen
- Projekten, die Menschen beim Start in die Selbstständigkeit unterstützen, fördern
- Jungunternehmer*innen im Rahmen von Stipendien oder Fördermitteln individuell fördern
- ein Gründerzentrums für Dienstleistungen des Handwerks einrichten

Flächen für die Wirtschaft

Wiesbaden ist eine hoch verdichtete Stadt. Freie Flächen sind begrenzt und die verschiedenen Nutzungen stehen in Konkurrenz zueinander: Wohnraum, aber auch Flächen für schulische und soziale Infrastruktur auf der einen Seite, der Raumbedarf für Neuansiedlungen und vor allem auch Betriebserweiterungen auf der anderen Seite. Hinzu kommen Herausforderungen der verkehrlichen Anbindung und die Bedeutung von unversiegelten Flächen für Stadtklima und Kaltluftentstehung.

Das Ostfeld ist zwingend notwendig, um Wohnen und Gewerbe mehr Raum zu geben und gleichzeitig die Anforderungen an den Klimaschutz zu erfüllen. Als urbaner Stadtteil sollen hier Gewerbe und Wohnen gemeinsam gedacht werden.

Konkret wollen wir:

- ein Flächenmanagement für Unternehmen: Lösungen für Wirtschaft, Wohnen und Ökologie entwickeln: gemeinsam mit den Kammern einen Kriterienkatalog entwickeln, nach dem Flächen an Unternehmen vergeben werden
- Nachverdichtung für Gewerbe: Anpassungen von Bebauungsplänen mit Blick auf betroffene Stadtteile und Verkehrsbelastungen
- eine ernsthafte Prüfung von interkommunalen Gewerbegebieten mit Umlandgemeinden, um Flächen zu erschließen und Pendlerströme zu beeinflussen. Denn Wiesbaden ist nicht alleine
- Wohnortnahe, kleine und preisoptimierte Grundstücke (1.000 bis 3.000 m^2), vergleichbar mit dem Kloppenheimer Weg in Bierstadt. Zielgruppe hierfür sind Handwerksbetriebe, die auf dem Grundstück auch wohnen und kleine gewerblich genutzte Hallen brauchen (Werkstatt, Lager oder Ausstellung). Ebenso wollen wir uns besser um den Ersatz wegfallender Gewerbeflächen kümmern.

Zukunftsfähige Verwaltung

Die Wiesbadener Verwaltung verändert ihr Gesicht. Wir steigern die elektronischen Angebote für Unternehmen. Am Ende der Wahlperiode kann jeder Behördengang digital abgewickelt werden. Aber nicht nur digital, auch analog stehen wichtige Veränderungen an: In den nächsten zehn Jahren werden sehr viele städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ruhestand gehen. Wir sorgen vor und stellen jetzt die Weichen. Wir bündeln unsere Maßnahmen zur Personalentwicklung. Dabei gehen wir zukünftig auch ungewohnte Wege und prüfen Initiativen, bezahlbare Wohnungen, flexible Arbeitszeitmodelle oder die Einrichtung von Homeoffice-Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Erfahrungen aus der Corona-Pandemie sind dabei zu berücksichtigen. *(Querverweis: Kapitel Moderne Stadtverwaltung und Digitalisierung)*

Attraktives Einkaufen

Der Einzelhandel ist im Umbruch. Wir möchten Wiesbaden als attraktive Einkaufsstadt erhalten und für gute Arbeit sorgen. Die dafür existierenden städtischen Konzepte entwickeln wir im Eindruck des weiteren Wandels und der Auswirkungen der Corona-Pandemie fort. Dabei berücksichtigen wir die Bedürfnisse, die durch unsere städtebaulichen Initiativen und die Mobilitätsentwicklung durch die City-Bahn neu entstehen. Leerstehende Immobilien in der Innenstadt wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten schnell und attraktiv wiederbeleben. *(Querverweis: Kapitel Innenstadt)*

Tourismus und Veranstaltungsstandort

Wir sind stolz auf das RMCC. Es macht Wiesbaden zu einem der modernsten Veranstaltungsorte in Deutschland. Durch attraktive Veranstaltungen wirkt es weit über Wiesbaden hinaus und stärkt den Standort nachhaltig.

Immer wichtiger wird auch die touristische Entwicklung unserer Stadt im Herzen einer der besten Wein- und Ausflugsregionen Europas. Diese Stärke wollen wir gemeinsam mit den Akteuren nutzen und neue touristische Impulse setzen. Dazu gehören u.a. unser Einsatz für weitere Verbesserungen in den Bereichen Barrierefreiheit, Beschilderung, Busparkplätze, Fahrradverleihstationen und des Radwegenetzes.

Die Initiativen des Stadt-Marketings unterstützen wir und multimediale Angebote bauen wir konsequent weiter auf und aus. Bei allen Maßnahmen sind die Bedürfnisse der Wiesbadener Bürger:innen zu berücksichtigen. Wir werden weitere kostenfreie WLAN-Hotspots in Wiesbaden einrichten. Ziel ist die Abdeckung der gesamten Fußgängerzone. *(Querverweis: Kapitel Digitalisierung)*

Die Nach-Corona-Zeit vorbereiten

Wir wollen die Nach-Corona-Zeit intensiv vorbereiten, mit einer Task-Force zur Wiederbelebung von Handel, Gastronomie, Messe und Kongress, Kunst und Kultur. Ebenso müssen wir uns intensiv mit der sich verändernden Nachfrage von Büroflächen auseinandersetzen. Wir wollen den Leerstand großer, „alter“ und nicht mehr genutzter Büroflächen vermeiden und hier die Umwandlung in Wohnen prüfen. Gleichzeitig müssen wir uns auf die Nachfrage von Flächen für moderne Arbeitswelten einstellen.

Wiesbaden ist... eine lebendigere Innenstadt

Ziel des Handlungsprogramms der SPD für die Innenstadt ist es, dass die zentralen Funktionen dieses besonders lebendigen Teils unserer Stadt für das öffentliche Leben, Kultur und Handel erhalten bleiben bzw. gestärkt werden und sich viele Wiesbadener Bürger:innen weiterhin mit ihrer Heimatstadt identifizieren. Im Zentrum des Innenstadtprogramms steht zwar das „Historische Fünfeck", aber auch die angrenzenden Quartiere sind einzubeziehen. Denn das „Historische Fünfeck" profitiert von den innerstädtischen Wohngebieten wie selbstverständlich auch umgekehrt.

Erhalt der historischen Bausubstanz: Identifikation für alle

Die SPD hat in den Jahrzehnten nach 1970 für die Innenstadt eine Wende in der Stadtentwicklungspolitik durchgesetzt: weg von der autogerechten Stadt, hin zum Erhalt der durch die Baukunst des 19. Jahrhunderts geprägten historischen Stadtviertel, vor allem durch die Rettung des Villenhangs östlich der Wilhelmstraße („City Ost") und durch die Umgestaltung der Adolfsallee vom geplanten Autobahnzubringer zu einem Innenstadtpark. Trotz späterer "Bausünden", wie z.B. die Fassade des Luisenforums und sein überdimensionierter Übergang über die Schwalbacher Straße, verkörpert Wiesbadens Stadtbild nach wie vor einzigartig in Deutschland die Baukunst des 19. Jahrhunderts. Damit sich alle Wiesbadener:innen mit ihrer Stadt identifizieren können, wird sich die SPD weiter dafür einsetzen, dass der besondere historisch gewachsene, reizvolle städtebauliche Charakter der Innenstadt erhalten bleibt. Dafür sind eine Neuordnung des Straßenraums zugunsten von Fußgängern und Radfahrern und eine spürbare Entlastung des „Historischen Fünfecks" vom Autoverkehr bis 2026 unerlässlich.

Die Innenstadt als Ort des öffentlichen Lebens

Der Innenstadt kommt eine herausgehobene Bedeutung als ein Ort des öffentlichen Lebens zu. Ziel sozialdemokratischer Politik ist eine lebendige Innenstadt, in der sich die Besucher:innen aus Wiesbaden und von außerhalb wohlfühlen und sich gerne – nicht nur zum Einkaufen – aufhalten. Es gilt, die soziale Funktion des öffentlichen Raumes zu fördern – als Treffpunkt, der zum zwischenmenschlichen Zusammenhalt und zu einer offenen, demokratischen Gesellschaft beiträgt. Wichtig ist deshalb eine strategische Orientierung, die dieser gesellschaftlichen Funktion der Innenstadt Rechnung trägt. Eine besondere Bedeutung bekommt dabei die Neuordnung des Straßenraums in Richtung eines öffentlichen Freiraums mit mehr Aufenthaltsqualität. Fehlplanungen wie die Haltestelle am Platz der Deutschen Einheit müssen zukünftig vermieden und korrigiert werden. Als SPD werden wir uns deshalb für deren Umbau einsetzen und den weiteren Ausbau verkehrsberuhigter Bereiche forcieren, wie die Erweiterung der Fußgängerzone in der Wellritzstraße, die Umgestaltung der Moritz-, Oranien- und Gerichtsstraße sowie der Saalgasse und endlich die Schaffung eines Platzes mit Aufenthaltsqualität rund um die Ringkirche. Auch die Trennungswirkung der Schwalbacher Straße wollen wir durch einen Umbau überwinden – dazu sollen die Querungsmöglichkeiten verbessert und ein begrünter Boulevard auf der innenstadtzugewandten Seite entstehen. In der Innenstadt – und nicht nur dort – sind Grün- und Freiflächen, insbesondere Spielplätze, Orte des Zusammenlebens. Ohne ein Gefühl der Sicherheit rund um die Uhr leidet allerdings das öffentliche Leben beträchtlich. Der Schutz der Parks und eine Aufsicht auf den Plätzen müssen deshalb wieder einen hohen Stellenwert erhalten.

Mit dichter Bebauung und wenigen Freiflächen ist es in Städten meist deutlich wärmer als im Umland. Dieser Effekt wird durch den Klimawandel noch verstärkt und ist eine Belastung für die Menschen in der Stadt. Eine verantwortungsvolle Politik muss klimabewusst agieren. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, Flächen zu entsiegeln und uns generell für mehr Stadtgrün mit vielen Pflanzen und Wasserspielen als natürliche Klimaanlagen einsetzen. Das Programm „Bäche ans Licht" möchten wir weiter umsetzen.

Die Innenstadt als Ort der Kultur.

Kaum zu übersehen ist die Vielfalt des kulturellen Angebots in der Innenstadt mit ihren zahlreichen Theatern, Museen, Galerien, freien Initiativen, Spielstätten, Veranstaltungsräumen, Kinos, Buchhandlungen und Bibliotheken. Beklagt werden häufig fehlende Räume für Ateliers, Proben, Konzerte usw. Hier sollte die Stadt bei der Erschließung von Räumlichkeiten eine vermittelnde und stärkere Rolle übernehmen. Als SPD setzen uns dafür ein, dass Leerstände auch über Interimsnutzungen durch Kulturschaffende vermieden oder verkürzt werden. Eine Innenstadt ohne Kultur wäre eine Ansammlung von Gebäuden ohne Leben. Aus diesem Grund wollen wir die Walhalla sanieren und kulturell nutzen. Den Kulturentwicklungsplan zur Stärkung des kulturellen Lebens wollen wir umsetzen – davon profitiert auch die Innenstadt.

Stabilisierung und Ausbau des Wohnorts Innenstadt.

Wohnumfeld und Nachbarschaften in der Innenstadt unterscheiden sich deutlich vom Wohnumfeld in den Vororten. Die Sozialstruktur in den innerstädtischen Quartieren scheint sich zu polarisieren. Nur wohlhabendere Haushalte können sich die Mieten in den großzügigen, sanierten Altbauten leisten. Andere Haushalte müssen – mit dem angespannten Wohnungsmarkt in Wiesbaden – auch Wohnlagen an Hauptverkehrsstraßen mit Verkehrslärm und Abgasen in Kauf nehmen.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, das Wohnen in der Innenstadt zu stabilisieren und künftig verstärkt auszubauen. Deshalb wird sich die SPD für eine Milieuschutzsatzung für das Westend, das Rheingauviertel und die südliche Innenstadt einsetzen. Künftig soll eine gewerbliche Nutzung auch nur noch in Verbindung mit der Schaffung von Wohnraum genehmigt werden. Leerstände sind mit dem Ziel zu erfassen, die Wohnungen wieder dem Markt zuzuführen.

Als SPD werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Stadt Wiesbaden an städtebaulichen Programmen des Bundes und des Landes teilnimmt und sich um Fördermittel bewirbt, um so auch Eigentümer:innen Verbesserungen des Wohnumfelds Stadt zu erleichtern. Dies gilt insbesondere für die Fortsetzungsprogramme zu den Förderprogrammen „Soziale Stadt".

Die Erhöhung des Wohnanteils rund um die Fußgängerzone trägt zur

vielfältigen Entwicklung der Innenstadt bei und verhindert ihre Verödung nach Ladenschluss. Ihr gehört deshalb bei allen innerstädtischen Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit.

Stärkung der Innenstadt als Einzelhandelsstandort.

Unter Innenstadt wird in besonderem Maße die City mit dem Schwerpunkt Einzelhandel verstanden.

Dieser steht aber nicht erst seit der Corona-Pandemie unter dem Druck eines anhaltenden Strukturwandels. Immer mehr Umsatz wandert in den Onlinehandel ab, auch die umfassende Beratung und ein höherer Service des Fachhandels können dessen Vorteile wie Angebotsbreite, Warenverfügbarkeit und Preisniveau trotz aller Bemühungen nicht ausgleichen. Gleichzeitig werden zentrale Innenstadtlagen häufig von Immobilienfonds verwaltet, die eine hohe Renditeerwartung haben. Für den innerhabergeführten Einzelhandel bleibt da wenig Raum.

Die Folgen sind immer mehr Filialen großer Ketten und Resteverwerter mit hohen Margen gepaart mit zeitlich langen und spekulativen Leerständen. Anstatt mit einer geringeren Miete zufrieden zu sein, wird lieber Leerstand in Kauf genommen. Corona verstärkt den Effekt der Verödung der Innenstädte noch, weil Umsätze noch stärker in den Onlinehandel abfließen und vermehrt Insolvenzen und Leerstand drohen. Ebenso drohen Geschäftsgebäude im Besitz von Einzelpersonen noch stärker in die Hand von Immobilienfonds zu wandern – der Renditedruck wird dadurch noch höher.

Ein Ansatz für attraktivere Innenstädte ist die Verlagerung weg vom reinen Einkaufen hin zu einem Aufenthalts- und Freizeiterlebnis. Dabei verbindet sicher Einkauf mit Gastronomie und Veranstaltungsangeboten, die der Onlinehandel nicht bieten kann: Von Straßen und Stadtfesten über Weinstände bis hin zu kulturellen Angeboten.

Aber je stärker die Digitalisierung unser Leben bestimmt, desto stärker verlangen Menschen auch nach einer entschleunigten Gegenwelt, eine analoge Insel im digitalen Meer. Darin sehen viele Experten des Einzelhandels Chancen für die Innenstädte: eine neue Urbanität, ein hochverdichteter Wohnbezirk für alle, die kompakte Innenstadt als Ziel - mit Platz für all jene kleinen Betriebe, die aufgrund des Prinzips der Mietenmaximierung weichen mussten, mit Platz für kleine Läden, vielfältige Start-ups und Werkstätten.

Die Wiesbadener Innenstadt bietet genug Raum, um beide Strategien, „Steigerung der Attraktivität“ und „Neue Urbanität“ zu verfolgen.

Der Markt kann die genannten Probleme aber nicht alleine lösen. Die Herausforderungen sind komplex und vielschichtig. Mit der Berufung eines City-Managers ist bereits ein erster Schritt unternommen, um einen stetigen Austausch zwischen Immobilienbesitzer:innen, Händler:innen und der Stadt zu etablieren. Es sind aber weitere Maßnahmen darüber hinaus zu ergreifen.

Die SPD fordert eine offensivere Rolle der öffentlichen Hand. Wo die Möglichkeit besteht und es planerisch sinnvoll ist, sollen Grundstücke und Gebäude angekauft oder Vorkaufsrechte genutzt werden – auch um über angemessenere Mieten den inhabergeführten Einzelhandel zu unterstützen, soweit das beihilferechtlich möglich ist. Eine Pacht in Abhängigkeit vom Umsatz könnte ein Lösungsansatz auch für private Immobilienbesitzer sein.

Die Bündelung lokaler Marketingaktivitäten und lokaler Onlineangebote (und -shops) muss weiter vertieft werden, da Unternehmen hier ein zweites Standbein zum Publikumsverkehr aufbauen können.

Mehr Aufenthaltsqualität in der Fußgängerzone

Wiesbadens Fußgängerzone braucht eine höhere Aufenthaltsqualität: Mehr Sitzgelegenheiten und Verweilmöglichkeiten ohne Konsumzwang, mehr Bäume und mehr Wasserfläche, aber auch mehr Sauberkeit. Wir wollen einen umfassenden Workshop durchführen, bei dem sich die Bürger:innen aktiv mit der Gestaltung ihrer Fußgängerzone auseinandersetzen.

Die städtebauliche Entwicklung der Fußgängerzone muss fortgesetzt werden. Die SPD strebt eine Überprüfung der städtebaulichen Gestaltung der Gebäude in der Fußgängerzone durch den Gestaltungsbeirat an und will einen Sondertopf einrichten, mit dem bauliche Verbesserungen unterstützt werden können. Insbesondere der Zugangsbereich zur Mauergasse und die rückwärtige Ansicht des Karstadt sind erhebliche Problemstellen. Auch sollte die Gelegenheit, das Gebäude des ehemaligen Karstadt Sport/Kaufhalle in der Langgasse aufzuwerten, unbedingt weiterverfolgt werden.

Die Citypassage muss endlich in Angriff genommen werden. Sollte sich in absehbarer Zeit kein Investor zur Umsetzung des 5-Gassen-Konzeptes finden, dann soll die Stadt ernsthaft in Erwägung ziehen, das Areal selbst zu entwickeln. Es sollte dabei ein neues kleinteiliges Konzept erarbeitet werden, das auch Raum für eine Stärkung der „neuen Urbanität“ aus Wohnen und kleinen Läden lässt. Die vorliegenden Handlungskonzepte zur Steigerung der Attraktivität des Gebiets zwischen der Fußgängerzone und Schwalbacher Straße sowie des Übergangs von der City zum Westend für die städtebaulichen Förderprogramme des Bundes und des Landes „Aktive Kernbereiche“/ „Lebendige Zentren“ sind dabei zu berücksichtigen.

Wiesbadens Plätze – ein Schatz, der gehoben werden muss!

Die Plätze in Wiesbaden fristen ein Schattendasein. Bis auf das repräsentative und oft für Veranstaltungen genutzte Bowling Green fehlt es den Plätzen in der Innenstadt an Aufenthaltsqualität. Diese wollen wir in den nächsten Jahren angehen. Dafür muss ein Konzept erarbeitet werden, dass nicht nur die Plätze, sondern die gesamte Innenstadt mit ihren eignen Identitäten und Nutzungsformen im Blick hat.

Konkret wollen wir:

- verkehrsberuhigter Bereiche ausbauen: Erweiterung der Fußgängerzone in der Wellritzstraße und im Bereich der Saalgasse
- eine Umgestaltung der öffentlichen Räume der Moritz-, Oranien- und Gerichtsstraße mit dem Ziel einer verbesserten Aufenthaltsqualität rund um die Neubauten der Hochschule Fresenius und des alten Gerichts
- eine Verkehrsberuhigung rund um die Ringkirche und Schaffung eines Platzes mit Aufenthaltsqualität
- ein Gestaltungskonzept für Wiesbadens Plätze

- die Vollendung und Belebung des Faulbrunnenplatz durch ein von der Stadt gebautes und verpachtetes Café
- die Bushaltestelle am Platz der Deutschen Einheit umbauen
- das Programms „Bäche ans Licht“ fortführen
- den Rückbau von versiegelten Stellplätzen und „Vorgärten“ fördern
- eine spürbare Entlastung innerhalb des Historischen Fünfecks vom Autoverkehr in den nächsten fünf Jahren
- Leerständen mit dem Ziel erfassen, wieder mehr Wohnungen dem Markt zuzuführen
- gewerbliche Nutzungen nur in Verbindung mit Schaffung von Wohnraum genehmigen
- Workshops zur Gestaltung der Fußgängerzone zur Steigerung der Aufenthaltsqualität durchführen
- Gespräche über die bauliche Aufwertung der Innenstadt mit den Eigentümern und dem Gestaltungsbeirat, insbesondere im Bereich Neugasse/Mauergasse, führen
- die Entwicklung der Citypassage für Handel, Gastronomie und Wohnen vorantreiben
- Sanierungskonzept für eine kulturelle Nutzung der Walhalla und Ausschreibung in 2021
- ein Städtebauförderungsprogramme wie „Lebendige Zentren“ maximal ausschöpfen, um die Vielfalt in der Innenstadt zu fördern
- freies W-LAN in der gesamten Fußgängerzone
- Kindern an Samstagen ein gutes Spiel-, Jugend und Freizeitangebot ermöglichen – In Kooperation mit ausgebildeten Jugendleitern, Jugendverbänden und Vereinen, während Eltern drei Stunden shoppen gehen. Die Angebote sollen je nach Jahreszeit draußen oder drinnen organisiert werden
- eine Vorkaufsrechtssatzung für Geschäftsgebäude im historischen Fünfeck erarbeiten sowie ein Konzept für Pop-Up-Nutzungen für mehr Vielfalt in der Fußgängerzone
- eine weitere Vereinfachung von Sondernutzung für außengastronomische Angebote
- die hier lebenden US-Amerikaner für das Einkaufen in der Innenstadt gewinnen. Hierfür bedarf es der Ansprache und des Dialogs mit dieser Zielgruppe – von entsprechenden Hinweisschildern bis zu gezielten Aktionen.

Wiesbaden ist... aktive Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement und Ehrenamt

Bürger:innen wollen aktiv an den Entscheidungen, die im Rathaus getroffen werden, beteiligt sein – und das nicht nur bei den regelmäßig anstehenden Wahlen. Um diesem Wunsch entgegenzukommen, setzt sich die SPD seit vielen Jahren für unterschiedliche Formate der Partizipation ein: Nicht nur über die zahlreichen Beiräte, sondern auch über Dialogveranstaltungen und eine eigene, beim Oberbürgermeister angegliederte Stabsstelle (WIEB: Wiesbadener Identität. Engagement. Bürgerbeteiligung.) werden die Bürger:innen bereits in laufende Verfahren aktiv eingebunden – bzw. können selbst initiativ werden. Denn nicht die Kultur der Brechstange, sondern eine Kultur des Zuhörens und des miteinander Redens kann Konflikte lösen, Ausgleich schaffen und Akzeptanz erhöhen. Gleichwohl kann es immer Projekte geben, bei denen sich die Konflikte nicht moderieren lassen, sondern entschieden werden müssen. Dennoch sind Beteiligungsprozesse sinnvoll, da oftmals wichtige Impulse bei der Beratung gegeben werden. Mit den Leitlinien und der Vorhabenliste zur Bürgerbeteiligung sind wir in den vergangenen Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Doch müssen beide Instrumente nicht nur noch stärker in Politik und Verwaltung verinnerlicht, sondern auch an die Bürger:innen kommuniziert werden. Mit dem Jugendparlament und dem Kulturbeirat haben wir Gremien, die nicht in der Hessischen Gemeindeordnung genannt werden, geschaffen. Damit wollen wir engagierten Menschen in Wiesbaden die Chance gegeben, aktiv am politischen Geschehen abseits von Wahlen und Infoveranstaltungen teilzuhaben. Diesen Schritt wollen wir weitergehen: Mit einer erneuten Prüfung für einen Bürgerhaushalt wollen wir die Wiesbadener:innen über die Zuordnung von Mitteln für bestimmte Projekte entscheiden lassen. Dabei soll die Basisfinanzierung für die wichtigsten Projekte gesichert sein.

Konkret wollen wir:

- die „Vorhabenliste Bürgerbeteiligung“ erweitern
- die „Leitlinien für Bürgerbeteiligung“ mit dem Ziel der Verknüpfung von Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung evaluieren und weiterentwickeln
- eine digitale Plattform „Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung“ schaffen
- Fachtagungen zum Thema „Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement“ etablieren
- das Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie von sozial benachteiligten Gruppen stärken
- Kompetenzen der gewählten Beiräte in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen vereinheitlichen
- die Mittel des Stadtschülerrates und des Jugendparlamentes aufstocken
- die Wiederauflage des „Bürger:innenhaushalts“ prüfen

Ausweitung des Wahlrechts

Am Ende werden Entscheidungen aber dennoch durch Wahlen entschieden. Wir treten dafür ein, dass möglichst viele Menschen wählen gehen. Das setzt nicht nur möglichst viele und gute Informationen rund um eine Wahl voraus. Wir wollen auch, dass mehr Menschen an Wahlen teilnehmen dürfen. Jugendliche haben bereits viele Pflichten, doch ihre Rechte sind beschränkt. Deswegen fordern wir das Land auf, das Wahlrechtsalter auf 16 Jahre zu senken und sich damit vielen anderen Bundesländern anzuschließen.

Wiesbaden ist vielfältig: Von den rund 63.000 ausländischen Mitbürger:innen sind wiederum die Hälfte Nicht-EU-Bürger. Diese sind von Wahlen auf kommunaler Ebene ausgeschlossen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese Menschen aktiv wählen dürfen.

Konkret wollen wir:

- des Wahlrechts ab 16 Jahren einführen und gemeinsam mit anderen Kommunen ans Land appellieren
- das Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger:innen

Ein starkes Ehrenamt

Zudem fördern wir aktiv das Ehrenamt und das Bürgerengagement in Wiesbaden. Fast jede dritte Wiesbadener:in engagiert sich in ihrerFreizeit ehrenamtlich und freiwillig – in Vereinen, in Verbänden, bei der Feuerwehr oder in Parteien, aber auch in vielen Initiativen und Projekten. Befragungen ergeben, dass noch mehr Bürger:innen bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Ohne dieses bürgerschaftliche Engagement wäre unsere Stadt weniger bunt und lebenswert. Dieses Engagement und die Bereitschaft wollen wir noch stärker wertschätzen und fördern. Deshalb muss die Stadt unterstützen, wo sie kann und das Frustrationspotenzial durch möglicherweise hohe bürokratische Hürden geringhalten. Besonders stolz sind wir deshalb auf Initiativen und Einrichtungen wie das Freiwilligenzentrum, das Bürgerkolleg und den Stadtjugendring, durch deren Engagement und Herzblut Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Wiesbaden sichtbar und erfahrbar wird. Wir unterstützen daher die Forderung der Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement nach einer Anlaufstelle in der Innenstadt.

Konkret wollen wir:

- eine Servicestelle für Vereine, Initiativen und Projekte als zentrale Beratungs- und Anlaufstelle in allen Fragen der Führung eines Vereins bzw. der fachlichen Begleitung von Initiativen und Projekten einrichten
- einen Anerkennungsfonds zur Wertschätzung von Engagierten schaffen
- eineersonelle Erweiterung der Stabsstelle WIEB sowie eine Stärkung durch mehr Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und die Arbeit vor Ort
- Fort-und Weiterbildungsmaßnahmen für Engagierte unterstützen
- weiteren Gruppen wie beispielsweise Neubürger:innen, Migrant:innen, Jugendlichen usw. aktivieren
- Maßnahmen und Initiativen von sozial benachteiligten Menschen fördern

Wiesbaden ist... selbstverständlich Frauen- und Gleichstellungspolitik

Die Gleichstellung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen ist ein Grundrecht – und leider noch eine große Herausforderung. Insbesondere durch die #MeToo-Bewegung hat es bei dem Thema etwas Bewegung gegeben, aber es gibt auch bei uns in Wiesbaden noch viel Luft nach oben. Für uns ist eine geschlechtergerechte, sozialdemokratische Frauen- und Gleichstellungspolitik eine Querschnittsaufgabe, die immer mitgedacht werden muss.

Dabei ist die Bekämpfung von Diskriminierungen und Benachteiligungen aufgrund der geschlechtlichen Identität zentraler Bestandteil unserer Politik. Bei allen Entscheidungen in Politik und Verwaltung soll die Geschlechterperspektive berücksichtigt werden.

Frauen an die Spitze

Wir streben eine paritätische Besetzung der Führungspositionen in der Stadtverwaltung und in den städtischen Gesellschaften an. Noch immer sind Frauen besonders in den Führungsebenen der Stadtverwaltung und in den städtischen Gesellschaften unterrepräsentiert. Der Stadt als öffentlicher Arbeitgeber kommt hier eine Vorbildfunktion zu. Führen in Teilzeit und Sharing-Modelle werden ausdrücklich unterstützt. Wir stehen für einen kontinuierlichen Ausbau und eine konsequente Umsetzung des Frauenförderplans der Stadtverwaltung.

Wir wollen mehr Frauen an der Spitze. Die Aufsichtsräte und Betriebskommissionen von städtischen Beteiligungen sollen zu 50 Prozent mit Frauen besetzt werden. Zielführend ist ein regelmäßiges Controlling auf Ebene des Frauenausschusses und des Beteiligungsausschusses, um die Transparenz über den Frauenanteil in den Aufsichtsräten herzustellen. Eine Geschlechterquotierung über alle Aufsichtsräte hinweg wäre ein erster Schritt, Druck auf die Fraktionen bei der Besetzung auszuüben. So müsste jede Fraktion dann 50 Prozent ihrer gesamten Aufsichtsratsplätze weiblich (oder männlich) besetzen, ohne dass das für jeden einzelnen Aufsichtsrat erfüllt sein müsste. Zur Durchsetzung sind geeignete Sanktionierungsmittel festzulegen, eine Selbstverpflichtung der Fraktionen ist zu wenig.

Konkret wollen wir:

- mehr Frauen in Führungsfunktionen bei der Stadt und stadtnahen Gesellschaften
- 50 Prozent Frauen (bzw. Männer) in Aufsichtsräten und Betriebskommissionen

Politische Beteiligung für Frauen erleichtern

Für Frauen ist es komplizierter, Familie, Beruf und Mandat zu vereinbaren, da alte Rollenbilder noch immer präsent sind. Die Anzahl der Frauen in der Stadtpolitik ist niedriger, insbesondere in verantwortlichen Rollen. Dadurch fehlt oft an entscheidenden Stellen die Perspektive der Hälfte der Gesellschaft. Um die Position der weiblichen Stadtverordneten zu verbessern, fordern wir die Umsetzung der neuen HGO-Regelung, die eine Anpassung der Geschäftsordnungen an die Vereinbarkeit von Familie und Mandat vorsieht: Bereits bei der Terminplanung von Sitzungen etc. werden Vereinbarkeitsthemen berücksichtigt. Kosten für Kinderbetreuung werden erstattet oder Kinderbetreuung wird bereitgestellt. Wenn die Präsenzpflicht nicht erforderlich oder möglich ist, wird politische Arbeit bedarfsorientiert digital ermöglicht. Davon profitieren übrigens nicht nur Mütter, sondern auch Väter bei der Vereinbarkeit von Mandat und Familie.

Entgeltgleichheit von Frauen und Männern

Wir wollen, dass Frauen genauso gut verdienen und nach den gleichen Kriterien entlohnt werden wie ihre männlichen Kollegen. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass die Stadt bei der Transparenz von Entgeltregelungen, die in Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten gilt, mit gutem Beispiel vorangeht. Im Zuge dessen werden wir auch die Vergabe der Leistungszulagen geschlechtersensibel überprüfen.

Hilfen bei häuslicher Gewalt

Wir werden das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) in Wiesbaden weiter umsetzen. Hierfür wollen wir eine umfassende Gesamtstrategie entwickeln und eine Koordinierungsstelle einrichten. Wir bekämpfen jede Form von Sexismus und sexualisierte Gewalt. Wir werden einen bedarfsgerechten Ausbau der Frauenhäuser veranlassen, die ausreichende finanzielle Ausstattung, außerdem den Schutz und die Beratung von besonders bedrohten Frauen, geflüchtete Frauen und Frauen ohne Wohnung fördern. Die Kapazitäten und Unterstützung für die Zeit im Anschluss an den Aufenthalt im Frauenhaus sollen bedarfsgerecht und zielorientiert ausgebaut werden. Hierbei wird auch die psychosoziale Unterstützung berücksichtigt. Wir werden dafür sorgen, dass das bundesweite Hilfetelefon für Frauen stadtweit bekannt gemacht wird und alle Anlauf- und Beratungsstellen für betroffene Frauen leicht zu finden und sie untereinander gut vernetzt sind.

Wir unterstützen weiterhin freie Träger, wie etwa proFamilia und Wildwasser, bei ihrer Arbeit mit Mädchen, Frauen und Familien. Daneben werden wir zukünftig Organisationen, die (potentielle) Täter in der Gewaltprävention und -deeskalation unterstützen, fördern.

Konkret wollen wir:

- weitere Umsetzung der Istanbul-Konvention
- Unterstützung freier Träger in der Arbeit mit Mädchen und Frauen
- Beitritt zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Gestaltung des öffentlichen Raums

Die Gestaltung des öffentlichen Raums ist elementar für die gefühlte Sicherheit. Das gilt im Grundsatz für alle Menschen, Frauen sind aber häufiger von Unsicherheit betroffen. Deshalb ist besonders auf deren Bedürfnisse bei der Stadtplanung und Verkehrsplanung einzugehen. *(Querverweis Sicherheit)*

Wir wollen Kinderspielplätze und Schulhöfe geschlechtergerecht gestalten. Mädchen und Jungen erleben und nutzen den öffentlichen Raum unterschiedlich. Bei der Neu- und Umgestaltung von Spiel-

flächen werden wir die Bedürfnisse von Mädchen stärker in den Mittelpunkt rücken. Vorbild ist dabei das Münchner Modell zur gendergerechten Spielraumgestaltung. Dabei gilt für uns der Grundsatz: Spielplätze sind stets für Mädchen und Jungen mit und ohne Beeinträchtigung zu konzipieren.

Konkret wollen wir:

- die spezifischen Anforderungen von Frauen an Sicherheit im öffentlichen Raum berücksichtigen
- Spielplätze stets für Mädchen und Jungen mit und ohne Beeinträchtigung zu konzipieren

Frauenförderung unter Berücksichtigung kultureller Aspekte

Frauen mit Migrationshintergrund haben häufiger als Männer Bildungsrückstände, die ihnen die Integration erschweren. Für sie wollen wir mit speziellen Bildungsprogrammen, Digitalisierungsangeboten, Sprachkursen sowie rechtlichen Informationen die Teilhabe am sozialen und am Arbeitsleben in Wiesbaden steigern.

Kostenfreie Hygieneartikel in öffentlichen Toiletten

Die anhaltende Debatte um Mehrwertsteuersätze oder Kostenfreiheit für Hygieneartikel für die Menstruation werden wir für Wiesbaden mit kostenfreien Hygieneartikeln in städtischen und öffentlichen Toiletten beantworten. Kein Mädchen oder Frau soll mehr in der Situation sein, sich in der Schule, beim Sport oder in der Stadt plötzlich schamvoll verbergen zu müssen.

Für ein regenbogenbuntes Wiesbaden

Wiesbaden ist eine bunte Stadt. Wir wollen, dass das auch zukünftig so bleibt. Wir sind stolz auf unsere Community, die nicht nur beim jährlichen Christopher Street Day Flagge zeigt. Hier ist der Verein Warmes Wiesbaden e.V. besonders zu nennen: Er tritt seit 2011 für eine offene und tolerante Stadt ein. Wiesbaden soll für Menschen jeglicher sexuellen Orientierung mit einem vielfältigen Kultur- und Freizeitangebot etwas bieten.

Mit der LSBT*IQ-Koordinierungsstelle haben wir eine zentrale, beim Oberbürgermeister angesiedelte Stelle geschaffen, die hier unterstützen soll. Zudem gilt es, Barrieren im Kopf abzubauen. Wir wollen mehr Angebote bei der Antidiskriminierungs- und Aufklärungsarbeit. Dazu zählt z.B. das Coming-Out-Beratungsprojekt „Bunte Nummer“, die jungen Menschen Orientierung und Halt während des Coming-Outs geben soll. Legendär sind die (in normalen Zeiten) monatlich stattfindenden Partys „Lets go queer“ im Schlachthof. Hier ist eine Vernetzung der Szene weit über Wiesbaden und das Rhein-Main-Gebiet hinaus (und die Community an sich) entstanden.

Konkret wollen wir:

- die LSBT*IQ-Koordinierungsstelle ausbauen
- weitere Angebote bei der Antidiskriminierungs- und Aufklärungsarbeit fördern
- bei der Durchführung des CSD mithelfen
- die Idee eines queeren Zentrums für Wiesbaden unterstützen

Wiesbaden ist... klare Haltung gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

In Wiesbaden leben Menschen aus 170 Nationen und unterschiedlichsten Milieus gut und nachbarschaftlich zusammen. Sie prägen unsere Stadt mit und sind fester Bestandteil unserer Stadtgesellschaft. Wiesbaden ist eine weltoffene, aufgeschlossene und tolerante Stadt. Wir wollen, dass das so bleibt.

Diskriminierende, antisemitische und rechtsextremistische Einstellungen sind aus unserer Gesellschaft nie gänzlich verschwunden und verfestigen sich seit einiger Zeit in neuen Erscheinungsformen und Gruppierungen. Spätestens mit dem Mord an Dr. Walter Lübcke und den terroristischen Anschlägen in Halle und Hanau gibt es keinen Zweifel an der eindeutigen Bedrohung durch den Rechtsextremismus und dessen brutales und mörderisches Vorgehen. Dem treten wir entschlossen und deutlich in allen Bereichen entgegen. Wir sehen, dass einige Menschen mit Angst und Verunsicherung auf veränderte Lebenswelten und für sie neue Lebensformen reagieren. Hass und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit darf jedoch niemals die Antwort darauf sein.

Mit politischer Bildung für eine starke Demokratie

Politische Bildung für alle Menschen, die Sensibilisierung von Multiplikator:innen für rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Tendenzen und die Hilfe für Betroffene bleiben zentrale Antworten auf eine zunehmende gesellschaftliche Radikalisierung. Wir lassen uns nicht spalten.

Das Gedenken an den Holocaust, die Ermordung unserer jüdischen Mitbürger:innen und das Bewusstsein für die zerstörerische Dynamik des Antisemitismus ist tief in der Wiesbadener Erinnerungskultur verankert. Dieses werden wir weiter pflegen und an die zukünftigen Generationen weitergeben. Deshalb werden wir wichtige Einrichtungen wie etwa das Namentliche Gedenken, aber auch die Verlegung von Stolpersteinen und das Aktive Museum Spiegelgasse ebenso weiter unterstützen, wie das kulturelle Programm der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden. Die Umbenennung von Straßen wegen ungeeigneter, durch den Nationalsozialismus belasteter Namenspaten bleibt für uns eine Option. Eine historische Fachkommission ist dazu bereits beschlossen worden und wird fachliche Expertise zur Entscheidung liefern.

Das umfassende, oftmals auch ehrenamtliche Engagement von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Institutionen, freien Trägern und Initiativen aus unterschiedlichsten Bereichen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie bereichert unsere Stadtgesellschaft. Dies werden wir weiterhin fördern und unterstützen.

Auch die queere Szene sieht sich vor der wachsenden gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bedroht. Um Vorbehalte abzubauen und mehr Aufklärung zu betreiben, werden wir die Szene unterstützen. *(Querverweis: Kapitel Frauen und Gleichstellung)*

Politische Bildung muss deshalb gerade in der Kommune stetig betrieben werden. Wir fördern deshalb gezielt Initiativen, die sich in diesem Bereich engagieren. Auch die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserer Stadt ist. Wir werden deshalb die Anlaufstelle für Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Regelangebot ebenso weiterführen und bedarfsgerecht unterstützen wie das Bildungsprogramm X-Dream der Initiative Spiegelbild. Gleiches gilt für das Projekt "Kommunale Beratungsstelle Salafismus" des VIBIS e.V.

Gerade im Bereich der Sicherheitsorgane darf es keinen Platz für Intoleranz und Diskriminierung geben, da hier zusätzlich zum Grundproblem Rassismus ein erheblicher Vertrauensverlust gegenüber dem Staat droht. Daher setzen wir uns als SPD Wiesbaden dafür ein, dass die Stadtpolizei und die Ordnungs- und Einsatzkräfte der Stadtverwaltung in Bezug auf diskriminierende und rechte Strukturen und Positionen entsprechend sensibilisiert und geschult werden. Gleichzeitig verwehren wir uns aber einem pauschalen Verdacht gegen die Mitarbeiter:innen.

Die Kriminalisierung von aus Seenot geretteter Menschen lehnen wir ab. Wiesbaden bleibt „Sicherer Hafen". Wir setzen uns dafür ein, dass auf Bundes- und Landesebene die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auch praktisch umsetzen zu können. Es muss in einem zivilisierten Land Konsens sein, dass ertrinkenden Menschen geholfen wird.

Konkret wollen wir:

- die Wiesbadener Erinnerungskultur erhalten und pflegen
- Maßnahmen und Initiativen zur politischen Bildung unterstützen
- Maßnahmen und Initiativen gegen Antisemitismus und Rassismus fördern – insbesondere die Programme der Initiative Spiegelbild
- sicherer Hafen für Flüchtlinge bleiben

Klare Kante gegen rechtsextremistische Parteien und Gruppierungen

Wiesbaden soll eine weltoffene, demokratische und tolerante Stadt bleiben. Als SPD stellen wir uns extremistischen, antisemitischen und fundamentalistischen Bewegungen entschieden entgegen. Als SPD Wiesbaden wenden wir uns klar gegen Ausgrenzung, Rassismus und Hetze. Wir werden uns mit einem verrohten und nach rechts verschobenen gesellschaftlichen Diskurs auch im politischen Kontext nicht abfinden. Was früher zu Recht unsagbar war, darf heute nicht akzeptabel sein. Aus diesem Grund positionieren wir uns eindeutig gegenüber Gruppierungen und Parteien wie beispielsweise der AfD. Wir tauschen uns nicht mit ihnen aus und wir geben ihnen nicht mehr Raum, als ihnen gemäß der Hessischen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zusteht: Wir wählen keine ihrer Mitglieder in Funktionen, insbesondere nicht in solche, in denen sie Außenwirkung entfalten wie Ausschussvorsitze oder in das Präsidium der Stadtverordnetenversammlung oder als Schöffen.

Wiesbaden ist... der Einsatz für Sicherheit und Rettungskräfte

Gefühlte und gemessene Sicherheit

Sicherheit ist für alle Menschen ein wichtiges Thema. Nur wenn man sich sicher fühlt, fühlt man sich auch wohl. Wiesbaden ist eine sichere Stadt. Das belegen die Statistiken der Polizei. Aber dennoch fühlen sich viele Menschen, insbesondere Frauen sowie jüngere und ältere Menschen, zunehmend unsicher. Dunkle, kaum oder schlecht ausgeleuchtete Ecken, große Menschenansammlungen und alkoholisierte Menschen werden meistens als Unsicherheitsfaktoren genannt. Als Orte werden überwiegend die Fußgängerzone, aber auch die Bereiche rund um den Hauptbahnhof und den Platz der deutschen Einheit genannt. Viele meiden den nächtlichen Gang durch die Innenstadt.

Das ist für uns nicht hinnehmbar. Es ist für uns von oberster Priorität, an diesen Orten zu handeln. Der öffentliche Raum muss allen Menschen in Wiesbaden jederzeit ein Gefühl von Sicherheit geben. In der Planungs- und Verkehrspolitik sollen daher die notwendigen Gesichtspunkte berücksichtigt werden. In Wiesbaden wurde das Programm „Gemeinsam sicheres Wiesbaden" zwischen der Landeshauptstadt und dem Polizeipräsidium Westhessen ins Leben gerufen. Diese Kooperation zur Steigerung der Sicherheit in Wiesbaden soll fortgeführt und ausgebaut werden. Dadurch sollen unter anderem die Aspekte Steigerung der Veranstaltungssicherheit, Sperrkonzept gegen Amokfahrten, Verstärkung der Präsenz- und Präventivstreifen in der Innenstadt und gezieltes Vorgehen gegen Intensivtäter weiter vertieft werden. Das Haus des Jugendrechts werden wir daher weiter unterstützen.

Nicht nur mit der Präsenz von Landes- und Stadtpolizei, sondern auch mit der Umgestaltung und Aufhellung von innerstädtischen „dunklen Ecken" und dem Einsatz von Videokameras hat Wiesbaden auf das Problem reagiert. Diese wollen wir kritisch begleiten, denn eine Videoüberwachung des öffentlichen Raums stellt immer auch einen Eingriff in Persönlichkeitsrechte dar. Dieser Eingriff muss gerechtfertigt und verhältnismäßig zum Erfolg der Gefahrenabwehr sein.

Konkret wollen wir:

- verstärkte Präsenz der Stadtpolizei, in Absprache mit dem Land: Stärkung der Landespolizei mit zusätzlichem Personal auf der Straße, insbesondere in der Innenstadt und an besonders betroffenen Bushaltestellen
- Projekte, wie „Gemeinsam sicheres Wiesbaden" und „Haus des Jugendrechts", fortführen
- bauliche Maßnahmen, wie Beleuchtungskonzepte: Die sprichwörtlichen dunklen Ecken müssen müssen aufgehellt werden
- Videoüberwachung des öffentlichen Raums – an ausgewählten Standorten und bei einer kritischen Begleitung im politischen Raum sowie Evaluation der Standorte
- Sicherheitskonzepte, die speziell auf die Bedürfnisse von Frauen eingehen, inkl. verlässlicher Mobilität oder auch Frauentaxis
- das Pollerkonzept zur Amokprävention für die Innenstadt umsetzen
- das Schilderkonzepte „You'll never walk alone" ausweiten

Waffenverbotszone

Auch die in der Wiesbadener Innenstadt eingerichtete Waffenverbotszone wollen wir kritisch begleiten. Mit der Waffenverbotszone soll der zunehmenden Bewaffnung junger Menschen mit Messern und anderweitigen Stichwaffen entgegengetreten werden. Sie ist eine richtige Intervention, um der Unsitte, Messer mit sich zu führen, zu begegnen. Jugendliche, die Messer mit sich führen, haben laut einer BKA-Studie ein doppelt so hohes Risiko, Gewalttaten auszuführen, wie Jugendliche, die kein Messer mit sich führen. Bei der jährlichen Evaluation werden wir genau beobachten, ob Grundrechtseingriff, Kontrollaufwand und Nutzen der Verbotszone in einem angemessenen Verhältnis zueinanderstehen. In jedem Fall braucht es zusätzliche Präventionsarbeit unter Jugendlichen.

Konkret wollen wir:

- eine kritische, wissenschaftliche und fachliche Begleitung der Waffenverbotszone
- eine Aufklärungskampagne, die auf die Gefahren von Messern und anderen waffenähnlichen Gegenständen hinweist, analog des alkoholbezogenen Präventionsprojekt „HALT!"

Trinkergruppen

Auch von übermäßigem Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit – zu Tag- und Nachtzeiten – fühlen sich viele Wiesbadener:innen verunsichert. Allein repressive Maßnahmen beseitigen die Ursachen der Probleme nicht! Alkoholverbotszonen reichen nicht aus, sondern verlagern das Problem häufig nur an einen anderen Ort. Regelmäßig wird der öffentliche Raum von Trinkergruppen besetzt. In der Folge geht die Aufenthaltsqualität für den Rest der Bevölkerung zurück. Die Situation am Luisenplatz, dem Platz der Deutschen Einheit, rund um die Teestube, der Ortsmitte in Dotzheim oder auch an der Ringkirche und in der Marcobrunnerstraße ist bekannt und für Bürger:innen, aber auch die die Anwohner:innen eine große Belastung. Es gibt kein Allheilmittel, um dieses großstädtische Problem in den Griff zu bekommen. Vielmehr bedarf es in jedem Fall einer differenzierten Herangehensweise aus sozialpolitischen Unterstützungsmaßnahmen und ordnungspolitischen Sanktionen. Alkoholverbote, ggf. auch nur temporär, können eine wirksame Intervention sein, um zumindest kurzfristig an besonders betroffenen Orten für Entlastung zu sorgen. Gerade weil alkoholkranke Menschen durch Verbote noch mehr an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden, braucht es einer Gesamtstrategie.

Konkret wollen wir:

- das Alkoholverbot am Platz der deutschen Einheit fortsetzen, aber auch die aufsuchende Sozialarbeit personell stärken: Wir

werden zudem ergebnisoffen prüfen, ob das Essener Projekt „Pick Up“ ein Lösungsansatz für Wiesbaden sein kann. Das Projekt kann einen Ausstieg aus der Sucht ermöglichen und bringt den Betroffenen eine Tagesstruktur

- das Präventionsprojekt HALT! fortsetzen: Sensibilisierung von Jugendlichen, weniger Alkohol zu konsumieren.

Trennung von Stadtpolizei und kommunaler Verkehrspolizei

In vielen anderen Städten, zum Beispiel Frankfurt, ist die kommunale Verkehrspolizei und die Stadtpolizei getrennt worden und die Zusammenarbeit funktioniert gut. Aus unserer Sicht ist fraglich, ob sich die Trennung in Wiesbaden bewährt hat. Seit Langem beklagen sich die Bürger:innen über unklare Zuständigkeit, das Wegschieben von Verantwortung und die unterschiedliche Erreichbarkeit.

Konkret wollen wir:

- eine Organisationsuntersuchung durchführen, die insbesondere die Bereiche Erreichbarkeit, Bürgerservice und Effizienz sowie einer gemeinsamen Leitstelle beleuchten soll. Entsprechend den Ergebnissen der Untersuchung wird dieser Bereich der Stadtverwaltung weiterentwickelt werden.

Rechtsextreme Strukturen in Sicherheitsbehörden

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in Hessen ist es Ziel der SPD Wiesbaden, dass auch im Bereich der kommunalen Sicherheitsverwaltung kein Platz für Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung ist. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Stadtpolizei und die Ordnungs- und Einsatzkräfte der Stadtverwaltung noch konsequenter gegen extremistische Strukturen und Rassismus geschult werden. Damit verbunden ist ausdrücklich kein Generalverdacht gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung. *(Querverweis: Kapitel Haltung gegen Rechts)*

Rettungskräfte bestmöglich unterstützen

Unsere Rettungskräfte sind unsere Lebensversicherung: Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienste, aber auch das Technische Hilfswerk leisten großartige Arbeit in Wiesbaden und darüber hinaus. Diese Arbeit unterstützen wir weiter. Von kommunaler Seite sind wir vor allem für die Feuerwehr verantwortlich. Wir wollen den Mitarbeiter:innen der Berufsfeuer beste Voraussetzungen bieten, damit sie uns im Notfall schnell zur Hilfe kommen können. Dazu gehört nicht nur eine ausreichend gute Personaldecke, um Überstunden zu minimieren, sondern auch Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote sowie eine gute Bezahlung und ausreichende Beförderungsmöglichkeiten. Eine moderne technische Ausrüstung ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit. Zudem wollen wir die tägliche Arbeit der Einsatzkräfte auch in angemessenem Rahmen wertschätzen: Wir wollen prüfen, ob bei den Gehaltsstufen Spielräume nach oben offen sind und den Mitarbeiter:innen die Möglichkeit zu beständiger Fortbildung anbieten.

Bei Großeinsätzen unterstützen zudem zahlreiche Freiwillige Feuerwehren. Diese gefährliche ehrenamtliche Arbeit kann nicht hoch genug geschätzt werden. Deshalb braucht es auch hier es Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie moderne Geräte und Gebäude. Dazu gehört auch, dass der Nachwuchs entsprechend gefördert wird.

Es gilt zudem, die Menschen in Wiesbaden stärker darauf aufmerksam zu machen, dass bei Rettungseinsätzen jede Sekunde zählt. Rettungsgassen auf der Autobahn oder Innenstadt sind ebenso wichtig wie das Freihalten von Sperrflächen, damit im Notfall die Einsatzkräfte schnell und ungehindert an ihr Ziel kommen.

Die Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten ist von grundsätzlicher Bedeutung für unsere (Stadt-)Gesellschaft. Daher verurteilen wir die Behinderung von Einsätzen oder gar Angriffe gegen Einsatzkräfte auf das Schärfste. Als Stadt unternehmen wir erforderliche Maßnahmen, um unsere Einsatzkräfte durch gute Ausrüstung zu schützen und fordern den gesellschaftlichen Respekt vor ihrer Tätigkeit ein. Dabei können auch entsprechende Werbekampagnen beitragen.

Konkret wollen wir:

- die Personalgewinnung bei der Feuerwehr durch Steigerung der Attraktivität des Berufs verstärken: bessere Gehälter, moderne Geräte und Einsatzfahrzeuge
- hohe Qualitätsstandards schaffen durch gute Qualifizierung und Weiterbildungen – wir brauchen eine eigene Ausbildungsabteilung mit einem neuen Ausbildungszentrum; das macht die Feuerwehr auch als Arbeitgeber attraktiv
- marode Feuerwehrgerätehäuser sanieren und eine entsprechende Prioritätenliste muss erarbeitet werden
- die Planungen für den Neubau der Feuerwache 1 vorantreiben, um eine Grundsatzentscheidung bis 2023 treffen zu können.
- Kampagnen und Kontrollen zum Freihalten der Sperrflächen und Rettungswegen intensivieren – bei Einsätzen geht es um wenige Minuten, die den Unterschied zwischen Leben und Tod bedeuten können.

Wiesbaden ist... kritisch im Umgang mit städtischen Beteiligungen

Kontrolle städtischer Beteiligungen

Mit dem Beteiligungsausschuss hat die Stadt seit 2013 ein Gremium geschaffen, um die Angelegenheiten der städtischen Beteiligungen, einschließlich der Wirtschaftspläne, im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung und damit über den Aufsichtsrat hinaus zu diskutieren und zu kontrollieren.

Viele Anstrengungen haben wir in den letzten Jahren darauf verwandt, einheitliche Strukturen vorzugeben. Daraus ist das Regelwerk „Grundsätze guter Unternehmensführung der Landeshauptstadt Wiesbaden" entstanden; der sogenannte Beteiligungskodex.

Der jährliche Beteiligungsbericht fasst die zentralen Informationen zu allen städtischen Beteiligungen und Unternehmen übersichtlich zusammen und sorgt für Transparenz.

Damit zudem nicht nur Mustersatzungen und Musteranstellungsverträge sowie einheitliche Größen der Aufsichtsräte festgelegt sind, gilt es, den Beteiligungskodex weiter mit Leben zu füllen. Wir brauchen einen Kodex, der sich auf neue Situationen anpasst und sich stetig fortentwickelt. So ist in Zukunft zu berücksichtigen, dass bei Entscheidungen der Gesellschaften von besonderer Bedeutung die Stadtverordnetenversammlung bzw. der Beteiligungsausschuss zwingend einzubinden ist.

In der Vergangenheit hatten einige Stadtverordnete eine Vielzahl an Aufsichtsratsmandaten inne. Dies führt zum Aufbau von Herrschaftswissen, verringert Teilhabemöglichkeiten anderer Stadtverordneter und verengt letztlich den politischen Diskurs. Daher wollen wir die Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Person deckeln – auch weil der damit verbundene Aufwand bei vielen Mandaten kaum zu leisten ist.

Konkret wollen wir:

- den Beteiligungskodex fortführen und weiterentwickeln
- Aufsichtsratsmandate pro Stadtverordneten begrenzen – dabei müssen aber die Beteiligungsrechte kleinerer Fraktionen beachtet werden.

Weniger ist mehr: Zahl und Struktur der städtischen Gesellschaften

Wir verfolgen weiterhin das Ziel, die Notwendigkeit und Organisationsstruktur der städtischen Beteiligungen bzw. einzelner Gesellschaften zu überprüfen. Dabei gilt es, steuerliche Auswirkungen und organisatorische Fragen zu beachten. Unsere Forderung bleibt: Wir wollen insgesamt weniger städtische Unternehmen und weniger Untergliederungen (sog. Tochter- bzw. Enkel-Ebene zur Muttergesellschaft).

Konkret wollen wir:

- keine Voll- oder Teilprivatisierung städtischer oder stadtnaher Unternehmen
- die Zahl und der Gliederungstiefe städtischer Unternehmen reduzieren. Im Bereich der Immobiliengesellschaften der Stadt (Stadtentwicklungsgesellschaft SEG, WiBau GmbH, GWI GmbH und dem WIM Liegenschaftsfonds) sehen wir Handlungsbedarf. Hier könnten aus vier Gesellschaften ein bis zwei Unternehmen werden und außerdem die Zwischenebene der GWI wegfallen. Aus unserer Sicht ist dies sinnvoll, weil die Geschäftsführungen bereits heute weitgehend personenidentisch sind und weil die Unternehmen untereinander teilweise auf Personal- und Dienstleistungen zurückgreifen (und dafür aufwendige Rechnungen schreiben).

Für mehr Transparenz bei Gehaltsstrukturen und Vertragsgestaltung

Die Höhe der Bezüge der Geschäftsführungen und deren Nebentätigkeiten sorgt immer wieder für öffentliche Kritik. Wir stehen für mehr Kontrolle und Transparenz. In den Aufsichtsräten sollen bei der Bestellung bzw. Verlängerung von Geschäftsführungen Angemessenheitsprüfung der Bezüge vorgelegt werden. Dies kann auf Grundlage spezieller Gehaltsmonitorings bei Geschäftsführungen kommunaler Betriebe vorgenommen werden.

Die Vertragsdauer von zunächst drei Jahren bei der ersten Bestellung von Geschäftsführungen und danach ein Turnus von fünf Jahren hat sich bewährt. Eine vorzeitige Verlängerung sollte grundsätzlich vermieden werden. Die Bestellung von mehr als einer Geschäftsführer:innen muss in besonderem Maße begründet werden. Gehälter für Geschäftsführer:Innenposten müssen nach Verhältnismäßigkeit und Sparsamkeit bemessen werden.

Konkret wollen wir:

- mehr Transparenz bei Gehältern der Geschäftsführung, inkl. eines Gehaltmonitorings bei Bestellung/Verlängerung, in der Branche, Betriebsgröße und Zahl der Mitarbeiterinnen mit einfließen. Weichen die Bezüge um mehr als 25 Prozent ab, muss dies durch den Aufsichtsrat erörtert werden. Damit wollen wir klarere Regeln für das Gehaltsgefüge von städtischen Geschäftsführungen schaffen
- die Gestattung privater Nebentätigkeiten von Geschäftsführungen zurückführen. Neue Verträge und Vertragsverlängerungen sollen keine privaten Nebentätigkeiten mehr zulassen

Stärkung der Tarifgemeinschaft

Die Stärkung der Tarifgemeinschaften ist uns ein wichtiges Anliegen. Daher müssen alle städtischen Gesellschaften, an denen die Stadt die Mehrheit der Anteile hält, Mitglied in einem Arbeitgeberverband werden, damit die entsprechenden Tarifverträge zum Tragen kommen. Dies ist bereits bei den allermeisten Gesellschaften der Fall. Zuletzt ist es uns gelungen, die WJW in einen Überleitungstarifvertrag hin zum TVöD zu bringen. Ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Tarifgemeinschaft.

Konkret wollen wir:

- die Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband und damit Teil der Tarifgemeinschaft für alle städtischen Mehrheitsbeteiligungen
- die Tariftreue bei Vergaben an private Unternehmen sowie einen kritischen Blick auf (globale) Lieferketten und die Einhaltung von arbeitsrechtlichen und ökologischen Standards einfordern

Wiesbaden ist... solide Finanzen und städtischer Haushalt

Solide Finanzpolitik

Unsere Haushalts- und Finanzpolitik ist solide und zeichnet sich durch Verlässlichkeit aus. Das haben wir in den vergangenen 10 Jahren bewiesen. Insbesondere blicken wir auf einen größeren Rahmen, als nur ein oder zwei Haushaltsjahre – denn ein Gemeinwesen lässt sich nicht durch kurzfristigen finanzpolitischen Aktionismus steuern. Kürzungen in einem Jahr und Zusetzungen im nächsten schaffen keine Verlässlichkeit gegenüber der Stadtverwaltung, aber auch nicht gegenüber den Initiativen und Vereinen in unserer Stadt. Deshalb gilt unser Blick auch der mittelfristigen Finanzentwicklung und den vorhandenen Rücklagen. In den letzten zehn Jahren hat die Stadt Wiesbaden mit den für sie zur Verfügung stehenden Mittel gut gehaushaltet. Die Rücklage beläuft sich derzeit auf nahezu 200 Millionen Euro. Die Schuldenbremse betrachten wir kritisch. Bei aller Notwendigkeit, die laufenden Ausgaben und Einnahmen im Blick zu behalten: Eine Kommune muss die Möglichkeit zur Investition in die Zukunft haben. Dazu gehört die öffentliche Infrastruktur (Bäder, Sporthallen, Schulen, Verkehrswege, Bürgerhäuser) ebenso wie das soziale und kulturelle Netz, Sport und Bildung oder auch umweltpolitische Belange. Heute unterlassene Instandhaltung sind hohe Kosten von morgen. Für diese wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge muss es möglich sein, auch im moderaten Umfang neue Kredite aufzunehmen – gerade bei den derzeitigen Zinsen.

Bund und Land in der Verantwortung

Wir sehen grundsätzlich den Bund und das Land Hessen in der Verantwortung, die Kommunen in ihrer finanziellen Stabilität zu stärken – nicht zuletzt, weil die Kommunen wichtige Aufgaben wie etwa die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung zu erfüllen haben. Ebenso fordern wir, die kommunale Selbstverwaltung zu achten – Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich oder aus den Umsatzsteueranteilen der Kommunen sollten nicht durch Landesgesetzgebung einer Zweckbindung unterworfen werden. Vielmehr muss die Entscheidungshoheit über die Verwendung kommunaler Mittel in den Kommunen bleiben. Deshalb lehnen wir Projekte, wie die sogenannte Heimatumlage des Landes Hessen, ab.

Wer bestellt, der bezahlt!

Auf Bundes- und Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Kommunen dauerhaft finanziell gut ausgestattet werden. So wird die Handlungsfähigkeit in den Kommunen gesichert. Andersrum gilt eben auch, dass Gesetze, die auf Bundes- oder Landesebene verabschiedet werden, zu nicht unwesentlichen Kosten in den Kommunen führen. Besonders sind hier Rechtsansprüche im Sozial- oder Schulbereich zu nennen. Deswegen setzen wir uns auch dafür ein, dass derjenige die Rechnung bezahlt, der der Verursacher ist.

Besonders begrüßen wir das langjährige und erfolgreiche Engagement der Bundes-SPD gegen das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen. Der große Erfolg des Digitalpaktes sorgt dafür, dass Wiesbaden in den nächsten Jahren 20 Millionen Euro erhalten wird, um die Schulen fit für die Digitalisierung zu machen. Angesichts der Corona-Pandemie hat diese Unterstützung nochmals deutlich an Bedeutung gewonnen.

Gewerbesteuereinnahmen

Das Land Hessen hat für die Grund- und die Gewerbesteuer Durchschnittssätze festgelegt. Weicht eine Kommune von diesem Wert ab, dann hat das negative Auswirkungen bei der Festlegung der Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich. In Wiesbaden liegen die Sätze derzeit genau auf dem vom Land Hessen vorgeschlagenen sog. Nivellierungsniveau. Eine Senkung der Gewerbesteuer erteilen wir allein schon aus diesem Grund eine Absage. Darüber hinaus ist die Gewerbesteuer für die Qualität des Wirtschaftsstandortes Wiesbaden nur ein Aspekt unter vielen. Ebenso wichtig für Unternehmen ist eine gute Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur, die Ausweisung neuer Flächen für Betriebsansiedlungen und -erweiterungen, eine gut organsierte Verwaltung und Wirtschaftsförderung. Im Wettbewerb um Fachkräfte gewinnen auch weiche Standortfaktoren wie eine gute Kinderbetreuung, bezahlbarer Wohnraum sowie das kulturelle Angebot an Bedeutung. All das muss aber auch finanziert werden – und genau dazu brauchen wir auch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer auf dem jetzigen Niveau.

Die negativen finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie spielen auch für den städtischen Haushalt eine Rolle. So musste der Haushalt 2021 mit einem erheblichen Defizit geplant werden, um die Leistungen für die Bürger:innen nicht zusammenzustreichen. Ein Defizit in dieser Höhe kann nur einen Übergangscharakter haben. Es bleibt abzuwarten, wie die weitere wirtschaftliche Entwicklung sich auswirken wird. Für uns als Sozialdemokratie ist aber klar: Eine Konsolidierung des städtischen Haushaltes darf nicht zu Lasten der Schwächsten in der Stadt gehen und wichtige Investitionen in die Zukunft nicht behindern.

Auskömmliche Gebühren

Die Stadt Wiesbaden erhebt verschiedene Gebühren für bestimmte Leistungen, etwa Friedhofsgebühren, Wassergebühren, Müllgebühren oder auch die Gebühren für die Straßenreinigung. Diese Gebühren müssen auskömmlich sein - wir setzen uns dafür ein, dass die Gebührenhöhe regelmäßig überprüft und angepasst wird, anstatt nach vielen Jahren mit hohen Preisanstiegen nachzusteuern.

Wir wollen:

- die solide Finanzpolitik der letzten Jahre fortführem, die Spielräume für Instandhaltungen und hohe Investitionen in die kommunale Infrastruktur, aber auch das soziale und kulturelle Netz und die Umwelt ermöglicht
- die Gewerbesteuer auf dem derzeitigen Niveau beibehalten
- Land und Bund an ihre finanzielle Verantwortung gegenüber den Kommunen erinnern
- eine stetige Überprüfung der städtischen Gebühren, um erhebliche Steigerungen zu vermeiden

Wiesbaden ist… eine Stadtverwaltung auf dem Weg zur Digitalisierung

Die Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung und der städtischen Gesellschaften sind diejenigen, die unsere Stadt am Laufen halten – das hat sich auch und gerade in der Corona-Pandemie gezeigt. Dafür gebührt Ihnen Dank und Anerkennung. Sie erbringen an ihren jeweiligen Arbeitsplätzen wertvolle Dienstleistungen, sind aktiv im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge und arbeiten engagiert an einer guten Zukunft unserer Stadt.

Demografischer Wandel in der Stadtverwaltung gestalten

Die Stadtverwaltung steht jedoch auch vor großen Herausforderungen: Der demografische Wandel und der mit ihm einhergehende Fachkräftemangel führen zu einem verstärkten Wettkampf um die besten Köpfe und in der Folge zu einer erhöhten Fluktuation. Die Auswirkungen sind bereits jetzt spürbar: Bundesweit können bei Kommunen, Länder und Bund rund 185.000 Stellen nicht besetzt werden. Diese Situation ist in Wiesbaden besonders gravierend, da hier die Stadtverwaltung mit großen Bundes- und Landesbehörden um dieselben Mitarbeiter:innen konkurriert. Dazu kommen die steigenden Anforderungen an einen zukunftsfähigen, attraktiven und familienfreundlichen Arbeitgeber. Insbesondere im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit gilt es daher, die bisherigen Verfahren und Arbeitsmodelle an die Ansprüche und Lebensrealitäten der städtischen Mitarbeiter:innen, der Bürger:innen und den gesetzlichen Anforderungen anzupassen. Für uns bleibt der Gesamtpersonalrat der Stadt sowie die einzelnen Personalräte dabei wichtige Ansprechpartner und als Stadtpolitik werden wir uns in die konkrete Ausgestaltung zwischen Arbeitnehmer:innen und der Arbeitgeberin nicht einmischen.

Konkret wollen wir:

- wo immer es sinnvoll ist, den Beschäftigten Zugang zu Homeoffice-Lösungen ermöglichen. Dies dient der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bietet durch den Wegfall von Pendlerbewegungen Chancen zur Verbesserung des Stadtklimas und verbessert die Attraktivität der Stadtverwaltung im Wettbewerb um gute Fachkräfte
- verstärkt moderne Mittel zur Personalgewinnung einsetzen, um dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel angemessen zu begegnen und mit dem vermeintlichen „verstaubten Beamtenimage“ aufzuräumen
- flexible Arbeitszeit, Führungs- und Organisationsmodelle fördertn und umsetzen
- moderne Büroarbeitsplatzausstattung sowie zeitgemäße Arbeitsplatztechnologien fördern
- die erfolgreichen Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements fortgeführen wie das kommunale Jobticket

Führungskompetenz ist keine Frage des Geschlechts oder der Herkunft

Wiesbaden ist eine bunte und internationale Stadt. Sowohl in den städtischen Gesellschaften als auch in den Ämtern sind Frauen ohne und besonders mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert. Wir wollen den Anteil von Mitarbeiterinnen mit und ohne Migrationshintergrund in den Führungsgremien der Verwaltung steigern und die Vernetzung aller mit Migrationsfragen befasster Dienststellen der Stadt stärken.

Konkret wollen wir:

- gute Personalentwicklungsmaßnahmen für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (bspw. Führen in Teilzeit)
- in der Stadtverwaltung Raum für einen konstruktiven Umgang mit Fehlern (Fehlerkultur) und ein innovationsfreundliches, lösungsorientiertes Klima
- auch den bereits eingeleitete Wandel in der Führungskultur konsequent fortführen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden benötigt eine wertschätzende und kooperative Führungskultur, welche die Stärken der Mitarbeiter:innen fördert, Potenziale erkennt und aktiviert und in kooperativen Prozessen zu Rollen- und Aufgabenklarheit führt
- eine Erhöhung des Anteils weiblicher Führungskräfte anstrebe. Der Frauenanteil von Führungskräften ist im öffentlichen Dienst zwar deutlich höher als in der Privatwirtschaft, aber immer noch zu gering
- Standards zur Einarbeitung inkl. einheitliche Personalressourcen wie Trainer-/Mentorenstellen in den Ämtern schaffen und regelmäßig evaluieren, um Fluktuationen zu verringern und gute Fachkräfte dauerhaft zu binden

Stadt 4.0 – Digitalisierung der Verwaltung

Gleichzeitig gibt es veränderte Erwartungen der Bürger:innen: Der „Gang zum Amt“ und langwierige Prüf- und Bearbeitungszeiten entsprechen längst nicht mehr der Lebenswirklichkeit unserer digitalen Welt. Um den Anforderungen an einen modernen Dienstleister gerecht zu werden, braucht es daher neue und digitale Zugangswege zu tatsächlich allen Dienstleistungen der Stadtverwaltung, soweit dies rechtlich möglich. Dabei müssen wir darauf achten, dass das Angebot digitaler Dienstleistungen nicht zu einer Einschränkung von Beratungsdienstleistungen oder gar Abschottung der Verwaltung führt. Im Gegenteil: Durch die Verfahrensvereinfachungen soll mehr Zeit für Beratungen und den persönlichen Bürgerkontakt zur Verfügung stehen und damit letztlich zu einer Verbesserung von städtischen Dienstleistungen führen.

Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig eine für alle Menschen zugängliche digitale Ausstattung ist. Die Digitalisierung steckt allerdings in Deutschland noch in den Kinderschuhen, besonders in den Kommunen ist noch viel Potenzial nach oben. Dabei müssen gerade hier – in den Verwaltungen und Schulen – die Grundlagen gelegt werden. Deswegen muss die Infrastruktur ausgebaut, Mitarbeiter:innen geschult und Prozesse digitalisiert werden. Wir erhoffen uns hier vom neu gegründeten Amt für Digitalisierung neue Impulse. Ebenso gilt es, den nun rekommunalisierten IT-Dienstleister Wivertis in seiner

Leistungsfähigkeit zu verbessern.

Konkret wollen wir:

- eine innovative Verwaltung, die Trends erkennt und veränderte Rahmenbedingungen berücksichtigt
- digitale Verwaltungsprozesse und digitale Dienstleistungen, die der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen und den Kontakt mit „dem Amt“ spürbar vereinfachen
- digitale Dienstleistungen werden barrierefrei zur Verfügung gestellt und die Teilhabemöglichkeiten (bspw. Sprachassistenten) berücksichtigen
- bei der Digitalisierung von Dienstleistungen Bürger:innen von Anfang an beteiligen, damit die Dienstleistungen auch den tatsächlichen Bedarfen entsprechen und letztlich genutzt werden.

Wiesbaden ist... ein anderes Selbstverständnis der Stadtpolitik

Das politische Wiesbaden ist in den vergangenen Jahren von vermeintlichen und tatsächlichen politischen Skandalen betroffen gewesen. Das Fehlverhalten einzelner Stadtverordneter und Magistratsmitglieder war dabei zumeist nicht strafrechtlich relevant, aber unter moralischen Gesichtspunkten dennoch nicht zu vertreten. Aus diesem Grund möchten wir für klarere Regeln und mehr Transparenz eintreten. Wiesbaden braucht einen Ehrenkodex für Mandatsträger:innen.

Transparenz über Mandate und Aufwandsentschädigung

Wir wollen die Personenprofile im Politischen Informationssystem (PIWI) der Stadt um die Aufsichtsratsmandate der jeweiligen Stadtverordneten ergänzen. Damit wird für alle ohne aufwändige Recherche im Beteiligungsbericht nachvollziehbar, wie viele Mandate einzelne Stadtverordnete wahrnehmen. Vor allem sind diese Informationen dann tagesaktuell, währenddessen der Beteiligungsbericht auf Grund seiner lediglich jährlichen Erstellung regelmäßig überholte Daten beinhaltet. Wir wollen darüber hinaus auf Grundlage der Jahresbescheinigungen der Stadt und ihrer Beteiligungen für die Steuererklärungen alle erhaltenen Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder in den Profilen der Mandatsträger:innen im PIWI veröffentlichen. Im Grundsatz ist dies – mit Ausnahme der Sitzungsgelder – bereits heute rechnerisch nachvollziehbar, bedingt aber eine gute Kenntnis der entsprechenden Regelungen und Gremienbesetzungen. Wir wollen transparenter werden.

Ehrenkodex für Mandatsträger:innen

Die Stadtverordnetenversammlung soll sich einen Ehrenkodex geben, dessen Einhaltung durch einen Ehrenrat überwacht werden soll. Als Anregung soll dabei der Ehrenkodex der Städte Köln, Stuttgart, Mainz, Halle und Wuppertal dienen. Der Ehrenrat könnte sich aus den Stadtältesten, den Ehrenbürgern und einer Person aus jeder Fraktion sowie der Stadtverordnetenvorsteherin zusammensetzen. Beratend sollen dem Ehrenrat in diesem Zusammenhang die Antikorruptionsbeauftragte sowie eine Vertretung des Revisionsamtes sowie der Konzernrevision und des Rechtsamtes zur Seite stehen.

Im Ehrenkodex sollen die folgenden kritischen Punkte durch klare Regelungen und Berichtswesen überwacht werden:

- Regelungen zur Annahme von Geschenken und Bewirtungen sowie von Freikarten und Einladungen
- Transparenzregeln und Selbstverpflichtungen zu privaten Geschäftsbeziehungen (z.B. Anwaltsmandate, Berater- und Honorarverträge) zwischen Mandatsträger:innen und der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie städtischen Gesellschaften, aber auch gegenüber Geschäftsführungen städtischer Beteiligungen und Magistratsmitgliedern
- Transparenzregelungen zur Mitgliedschaft in den Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungen
- Offenlegung sämtlicher individueller Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder aus dem Stadtverordnetenmandat sowie der Mitgliedschaft in Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungen
- Regelmäßige und verpflichtende Schulungsangebote im Bereich Antikorruption und Compliance

Wiesbaden ist mehr als die Innenstadt

Wiesbaden ist so vielfältig wie seine 26 Stadtteile. Neben der hochverdichteten Innenstadt lebt mehr als die Hälfte der Menschen in Wiesbaden in den Vororten und an der Rheinschiene: Angefangen beim vielfach noch ländlich geprägten Wiesbadener Osten oder in Frauenstein, über die ehemals Mainzer Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim bis hin zu Biebrich, dem mit fast 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern der größte Stadtteil. Aber auch Dotzheim und Schierstein zählen zu diesen Stadtteilen, in denen oftmals noch eine starke lokale Identität gelebt und gefeiert wird. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn die Zukunft Wiesbadens als Ganzes gestaltet wird. Eine alleinige Ausrichtung an den Bedürfnissen der Innenstadt ist dabei nicht zielführend. Denn ein wesentlicher Teil der Menschen in Wiesbaden wohnt nicht in der Innenstadt. Auch wenn diese das Zentrum unserer Stadt bildet und dort viele Herausforderungen zu lösen sind, muss die Stadtpolitik sich um alle Menschen in Wiesbaden kümmern. Die Anforderungen der Vororte sind dabei andere als in der Innenstadt. Als SPD Wiesbaden nehmen wir die Forderungen aus den Stadtteilen ernst. Wir haben die ganze Stadt im Blick.

Den spezifischen Anforderungen der Stadtteile jenseits der Innenstadt widmen wir daher ein eigenes Kapitel im Wahlprogramm, auch wenn sich in den thematischen Kapiteln häufig auch Projekte für die Vororte wiederfinden.

Mobilität für alle

Auf Grund der Entfernungen und der fehlenden Infrastruktur vor Ort (etwa im Bereich Nahversorgung) sind die Menschen in vielen Vororten häufiger auf das Auto angewiesen als Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt. Dies ist bei allen Diskussionen über die Verkehrswende zu berücksichtigen. Wir wollen deshalb gerade in den Vororten die Mobilitätsangebote ausbauen und attraktiver machen, um gute Alternativen zum Auto bereitzustellen. Gleichzeitig braucht es Maßnahmen, um die erhebliche Verkehrsbelastung besser zu steuern.

Wir wollen:

- neue Busverbindungen zwischen den Vororten, aber auch in Richtung Innenstadt (z.B. zur besseren Anbindung des Gewerbegebietes in Delkenheim) und den Ausbau der bestehenden Verbindungen. Dazu gehören auch Schnellbuslinien mit wenigen Haltepunkten für den Berufsverkehr
- Verkehrskonzepten für die vom Durchgangsverkehr belasteten Vororte entwickeln (insb. für Erbenheim, Igstadt und Bierstadt, aber auch darüber hinaus), aber auch für die Anbindung der Wallauer Spange
- den Schienenverkehr auf der Ländchesbahn und der Rheingaulinie attraktiver machen, Aufwertung der Bahnhöfe und Haltestellen.

Kultur vor Ort und Vereinsleben

Die Vororte leben von ihrer reichen und vielfältigen Vereinsstruktur. Ob Sportvereine, Freiwillige Feuerwehr, Kerben und Brauchtum, Fastnacht, Stadtteilgeschichte oder Theater und Musik – sie alle sorgen für Miteinander und Geselligkeiten, integrieren die Menschen und halten die Gesellschaft zusammen. Und Spaß macht das Ganze auch noch!

Wir wollen dies nach Kräften unterstützen:

- Weiterhin kostenfreie Nutzung von Bürgerhäusern für Vereine
- Unterstützung bei Veranstaltungen und Erfüllung der Sicherheits- und Umweltauflagen
- Unterstützung bei (Neu-)Einrichtung und Erhalt von Vereinshäusern und Funktionsgebäuden, z.B. von Sportvereinen
- Zuschüsse für Jugendarbeit von Vereinen erhalten und ausbauen, Gerätehäuser und Ausstattung der freiwilligen Feuerwehren erneuern

Wohnen

Wohnen im Vorort bedeutet häufig Wohnen in den eignen vier Wänden. Zahlen des Städtischen Statistikamtes belegen, dass gerade im „Ländchen“, also dem Wiesbadener Osten, die Eigentumsquote im Vergleich zur Innenstadt deutlich höher ist. Die Orte „leben“ von ihrer gewachsenen Struktur. Da gibt es die alten Ortskerne sowie die Neubaugebiete. Wir wollen die alten Strukturen gerne auch in der Zukunft. Das bedeutet, dass wir weniger große Investoren-Neubauten wollen, dafür kleinteiligere, individuelle Häuser und Plätze, die sich an der Bausubstanz im Ort orientiert. Gleichwohl gilt: ohne Nachverdichtung und Neubaugebiete werden wir beim Thema Wohnen keine Lösung finden.

Daseinsvorsorge und kommunale Infrastruktur

Der Neubau der Feuer- und Rettungswache in Igstadt oder auch des Bürgerhauses in Medenbach zeigt: Wir setzen kommunale Infrastruktur auch für die Vororte um. Auch darüber hinaus gilt es, wesentliche Angebote der Stadt in den Vororten und Stadtteilen zu erhalten und auszubauen.

Wir wollen:

- Ortsverwaltungen mit einer angemessenen Personalausstattung und die Einrichtung von Geldautomaten prüfen, sofern keine anderen Angebote im Stadtteil vorhanden sind
- Stadtteilbibliotheken und Volksbildungswerke in den Vororten erhalten
- ein wohnortnahes Angebot an Betreuungsplätzen, Schulen und Sporteinrichtungen
- ein Sozial-Rathaus in Biebrich etablieren und das Bürgerhaus Kastel-Kostheim umsetzen
- Spielplätze und Grünflächen in den Vororten sanieren und pflegen

- soweit ddie Ansiedlung von Nahversorgern in den Vororten unterstützen
- ärztliche Versorgung auch in den Vororten – wir unterstützen die Arbeit von Curandum.

Das Wahprogramm der Wiesbadener SPD für die Kommunalwahl am 14. März 2021 wurde durch die Mitgliederversammlung am 21. Januar verabschiedet.

Wir danken allen Arbeitskreisen, Arbeitsgemeinschaften und Foren sowie allen Mitgliedern der Wiesbadener SPD, die an diesem Programm über viele Monate mitgearbeitet haben. Ein besonderer Dank geht an die Programmkommission, die die einzelnen Thesen und Diskussionsstände zusammengeführt und in ein Dokument überführt haben. Am Schluss dieser langen Arbeit steht dieses Programm, das die sozialdemokratische Idee für Wiesbaden umreißt.

Der Vorstand, im Februar 2021

WWW.SPD-WIESBADEN.DE